

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



März 2026

Gastbeitrag der ehemaligen Staatssekretärin für Frauenpolitik in Sachsen-Anhalt

Jeder Tag ist ein Frauentag

1995 war die vierte und letzte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen. 6.000 offizielle Delegierte aus 189 Ländern trafen damals in Peking zusammen. Als offizielle Vertreterin der Frauenminister*innen der Bundesrepublik Deutschland war Elke Schilling dabei.

Damals verpflichteten sich alle teilnehmenden Länder dazu, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, zu fördern, die Rechte der Frauen zu schützen, die Armut von Frauen zu bekämpfen, Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung zu verfolgen und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem abzubauen.

Die EU, auch Deutschland, waren dabei und verpflichteten sich in der Folge zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting als Strategien, diese konsequent umzusetzen. Fünf Jahre später wurde die UN-Resolution 1325 verabschiedet, die als Meilenstein zur Ächtung sexueller Kriegsgewalt gegen Frauen und Mädchen gilt. Politik verläuft in Wellen, hat Auf und Ab zu verzeichnen. Die Rah-



Foto: Gordon Welters
Elke Schilling

menbedingungen verändern sich und im Generationenwechsel werden Prioritäten anders gesetzt. Vieles des vor dreißig Jahren erreicht Geglaubten wurde nicht umgesetzt, glatt ignoriert oder wird wieder infrage gestellt.

Es ist trotzdem gut, hinzuschauen, was sich dennoch alles sinnvoll entwickelt, erhalten und unschwer manifestiert hat, auch wenn kaum darüber berichtet wird. Es gibt Gleichstellungsgesetze, die Behindertenrechtskonvention, die Istanbul-Konvention, Antidiskriminierungsgesetze und inzwischen ist auch eine UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen auf dem Weg. Zu all dem haben Frauen in wachsendem Maße machtvoll beigetragen, in öffentlichen Ämtern auf allen Ebenen und in Nichtregierungsorganisationen.

Seit 115 Jahren wird der Internationale Frauentag gefeiert. Initiiert wurde er, natür-

lich, von Frauen. Im Silbernetz haben wir die Zeitzeuginnen all dieser Veränderungen am Telefon. Es ist gut, ihnen zuzuhören. Sie haben sich den Herausforderungen ihrer Zeit gestellt und sie jede auf ihre Weise bestanden. Ihr Zeugnis kann uns ermutigen, das unsere zu tun, damit sich das nicht wiederholt. Acht von zehn Anrufenden am Silbertelefon sind Frauen. Auch statistisch sind sie in unserer Zielgruppe der Menschen 60 plus eine stetig wachsende Mehrheit und eher bereit, unser Angebot zum einfach mal Reden zu nutzen. Im Gespräch mit ihnen teile ich Erfahrungen, Frustration, Resignation, aber auch Gelassenheit und Zuversicht. Das Wissen darum, wieviel sich in den letzten 100 Jahren für Frauen auf der Suche nach Chancengleichheit und Selbstbestimmung verändert hat. Darum, dass Ziele nur erreicht werden können, wenn Mensch sie sich stellt. Dass der Weg dahin Schleifen, Umwege und Brüche haben kann und dennoch weiterführt. Dass Frauen jeden Alters, Töchter, Enkelinnen, Freundinnen auch heute an vielen Brandstellen dieser Welt aktiv und unterwegs sind, um auf ihre eigene Weise nachhaltige Veränderung für ein lebenswertes, selbstbestimmtes Leben auf diesem Planeten zu erreichen. Denn jeder Tag ist Frauentag!

Autorin: Elke Schilling



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde des SoVD,

der Monat März steht nicht nur für den Frühling und neue Anfänge, sondern auch für einen bedeutenden Anlass: den Internationalen Frauentag am 8. März. Es ist ein Tag, der weltweit gefeiert wird, um auf die Errungenschaften von Frauen aufmerksam zu machen und gleichzeitig die bestehende Benachteiligung und die Ungleichheit zu thematisieren, die viele Frauen weiterhin erfahren.

Im Laufe der Geschichte haben Frauen in den unterschiedlichsten Bereichen – sei es in der Politik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft oder in der Kunst – bahnbrechende Leistungen erbracht. Dennoch zeigt sich, dass Geschlechterungleichheit nach wie vor ein drängendes Problem ist. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer, sie sind in Führungspositionen unterrepräsentiert und sehen sich häufig Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt.

Der Frauenmonat März ist daher eine Gelegenheit, diese Ungleichheiten ins Bewusstsein zu rücken und aktiv für Veränderung einzutreten. Veranstaltungen, Workshops und Diskussionen bieten Plattformen, um über Themen wie Gender Pay Gap, Gleichstellung am Arbeitsplatz und das Recht auf Selbstbestimmung zu sprechen.

Es ist wichtig, dass sowohl Frauen als auch Männer gemeinsam an einem Strang ziehen, um stereotypes Denken abzubauen und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen.

In diesem Jahr ist es unerlässlich, Geschichten von starken Frauen zu erzählen, die Barrieren durchbrochen haben. Jeder Erfolg, jede Leistung ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein Beweis dafür, dass Veränderung möglich ist. Der Frauenmonat soll uns inspirieren, über unsere eigenen Rollen nachzudenken und aktiv an der Schaffung einer gerechten Welt mitzuwirken.

Wir freuen uns auf den Austausch zu diesem Thema bei den verschiedenen Veranstaltungen in unseren Orts- und Kreisverbänden.

Mit Themen, die besonders Frauen betreffen, aber die auch Männer angehen, befassen sich auch mehrere Beiträge in dieser Ausgabe unserer Verbandzeitung.

Lasst uns den März nutzen, um nicht nur zu feiern, sondern auch zu fordern: Gleiche Chancen für alle!

**Euer Armin Dötsch,
Vorstandssprecher**



Armin Dötsch

Info

Elke Schilling ist Pro-Age-Aktivistin und Initiatorin des Silbernetz e.V. Die ehemalige Staatssekretärin für Frauenpolitik in Sachsen-Anhalt erhielt 2024 das Bundesverdienstkreuz und brachte das Buch „Die meisten wollen einfach mal reden. Strategien gegen Einsamkeit im Alter“ heraus.

Berliner Initiative setzte ein starkes Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung

Eine Tonne Kartoffeln für den guten Zweck

Anfang Januar war in der Geschäftsstelle des SoVD Landesverbandes Berlin-Brandenburg richtig was los: Eine ganze Tonne gerettete Kartoffeln wurde geliefert! Dank der Initiative der Berliner Morgenpost und der Suchmaschine Ecosia durfte der SoVD Teil einer großartigen Aktion sein und die Kartoffeln kostenfrei an Interessierte weitergeben.

Südlich von Leipzig lagerten 4.000 Tonnen beste Kartoffeln, die von der Osterland Agrar GmbH angebaut, geerntet und eingelagert wurden. Das Angebot war zu viel und es gab keine Nachfrage. Viele tonnenweise geerntete Kartoffeln landen jedes Jahr auf dem Müll, weil sie nicht den gängigen Handelsnormen entsprechen oder

schlicht zu viel produziert wurde.

Mit der Initiative „4.000 Tonnen Kartoffeln“ setzten die Berliner Morgenpost und Ecosia ein starkes Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung. Die Partnerorganisationen sorgten dafür, dass diese Kartoffeln nicht vernichtet, sondern sinnvoll weitergegeben wurden an

soziale Einrichtungen, Organisationen und Privatpersonen. Der SoVD war Teil dieser solidarischen Aktion, nicht nur um der Lebensmittelverschwendung aktiv entgegenzuwirken, sondern auch um den Menschen in Berlin etwas Gutes zu tun.

Ehrenamtliche Helfer*innen tüteten die Kartoffeln ein.





Foto: Heike Roß-Ritterbusch

Am 5. Mai 2025 demonstrierten Teilnehmer*innen gegen Gewalt an Frauen mit Behinderungen.

Menschen mit Behinderungen und Gewalterfahrungen

Strafverfolgung schwierig

Der Landesbehindertenbeirat Brandenburg stellte auf seiner Behindertenpolitischen Konferenz im Herbst 2025 dar, wie komplex das Thema Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen sein kann. Einer der Referenten war der Opferbeauftragte des Landes Berlin, Roland Weber, der zwei anonymisierte Fälle vorstellte

Im ersten Fall wurde eine junge Frau mit schweren mehrfachen Behinderungen und kognitiven Beeinträchtigungen in einer besonderen Wohnform sexuell missbraucht. Der Täter war ebenfalls schwer mehrfach behindert und kognitiv beeinträchtigt. Er räumte die Taten ein, gab jedoch an, die Betroffene als seine Freundin wahrgenommen zu haben und von ihrem Einverständnis ausgegangen zu sein.

Im zweiten Fall war eine schwer körperliche und demenziell erkrankte Bewohnerin einer Pflegeeinrichtung von einer Pflegekraft verbrüht worden. Eine umfassende Sachverhaltsaufklärung war nicht möglich, da die Betroffene nicht als Zeugin gehört werden kann beziehungsweise ihre Aussage keinen ausreichenden Beweiswert gehabt hätte.

Diese Fälle verdeutlichen die komplexen Konstellationen, die in derartigen Situationen bestehen können, und macht zugleich deutlich, dass Gewaltdelikte nicht ausschließlich von Menschen ohne Behinderungen an Menschen mit Behinderungen begangen werden. Hinzu kommt die Problematik, dass strafrechtliche Verfahren in solchen Fällen häufig nur eine begrenzte Wirksamkeit entfalten.

Beide Fallbeispiele werfen die grundlegende Frage auf, ob in bestimmten Konstellationen eine angemessene strafrechtliche Sanktion überhaupt möglich ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es umso wichtiger, dass Einrichtungen sowie die Zivilgesellschaft wirksame präventive und reaktive Schutzkonzepte entwickeln und umsetzen, um Gewalt vorzubeugen und Betroffene nach entsprechenden Vorfällen angemessen zu schützen und zu unterstützen.

Der Landesbehindertenbeirat Brandenburg setzt sich für diese notwendigen Schritte im Land Brandenburg ein.

Denkmal für Trostfrauen

Die Friedensstatue Ari in Berlin-Moabit soll an die Kriegsverbrechen und die sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Frauen durch das japanische Militär während des Asien-Pazifik-Krieges erinnern. Eigentümerin und Initiatorin ist die Arbeitsgruppe „Trostfrauen“ im Korea Verband e.V., ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin.

Ursprünglich war die Aufstellung der Statue als temporäre Kunst im öffentlichen Raum nur für ein Jahr genehmigt worden, sie stand dann aber von 2020 bis 2025, durch Initiativen erkämpft, in Moabit. Seit dem 22. Januar ist die Statue für die Dauer eines Jahres zu Gast am Zentrum für Kunst und Urbanistik, Siemensstraße 27, 10551 Berlin.

Die Bedeutung der Symbole auf der Statue wird auf der Webseite des Vereins erklärt unter: <https://koreaverband.de/trostfrauen/friedensstatue/>.

Pflegekassen übernehmen Kosten für Nachbarschaftshilfe in Brandenburg

Gute Nachricht für Pflegende

Ehrenamtliche Helfer*innen können pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige stundenweise im Alltag unterstützen. Ab sofort kann auch in Brandenburg für die sogenannte Nachbarschaftshilfe der Entlastungsbetrag der Pflegekasse verwendet werden.

Nachbarschaftshelfer*innen müssen sich vorab über das Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus registrieren. Außerdem müssen sie an einer sechsstündigen Schulung teilnehmen, bei der es unter anderem um Hilfen im Notfall und um rechtliche Fragen geht. In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt soll es künftig einen sogenannten Service-Punkt geben, der Interessierte berät und die Schulungen anbietet.

Ein*e Helfer*in darf maximal zwei Pflegebedürftige betreuen. Zudem dürfen als Aufwandsentschädigung höchstens zehn Euro pro Stunde abgerechnet werden. Diese Grenzen gibt es, damit das Angebot nicht zu einem Geschäftsmodell gemacht wird. Für direkte Angehörige gilt das Angebot nicht. Sie müssen ihre Leistungen weiter direkt über die Pflegekasse abrechnen.

Derzeit gibt es in Brandenburg mehr als 190.000 pflegebedürftige Menschen, die zu



Foto: Daisy Daisy / Adobe Stock

Registrierte Nachbarschaftshelfer*innen bekommen im Land Brandenburg ab sofort Geld für ihre Unterstützung.

Hause versorgt werden. Bislang nutzt nur etwa jede*r Zweite den Entlastungsbeitrag der Pflegekassen.

Um den Entlastungsbetrag in Höhe von 131 Euro zu erhalten, beantragt man eine Kostenerstattung bei seiner Pflegekasse. Man geht zunächst in Vorleistung für anerkannte Betreuungs- oder Entlastungs-

leistungen und reicht dann Rechnungen und Zahlungsnachweise ein, um sich das Geld zurückzuholen, wobei einige Dienstleister direkt mit der Kasse abrechnen können.

Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Beantragung bzw. Kostenerstattung steht auf der SoVD-Webseite unter: www.sovd-bbg.de.

Frauen zunehmend von Hassrede und Bedrohungen im Internet betroffen

Feminismus im digitalen Zeitalter

Frauen, die sich öffentlich äußern, sind überdurchschnittlich häufig von digitaler Gewalt betroffen. Hassrede, Bedrohungen und sexualisierte Angriffe gehören für Journalistinnen, Politikerinnen oder Aktivistinnen zum Alltag. Besonders betroffen sind Frauen mit Migrationsgeschichte, queere und trans* Personen sowie Frauen mit Behinderungen.

Digitale Gewalt bleibt nicht folgenlos. Viele Betroffene ziehen sich aus öffentlichen Debatten zurück oder verzichten ganz auf digitale Präsenz. Das schwächt nicht nur individuelle Stimmen, sondern auch den demokratischen Diskurs insgesamt.

In manchen Fällen gehen digitale Drohungen sogar in reale Gewalt über oder bereiten diese vor.

Gleichzeitig sind digitale Räume für feministische Bewegungen unverzichtbar geworden. Kampagnen wie #MeToo haben sexualisierte Gewalt sichtbar gemacht und gesellschaftliche Debatten angestoßen, die lange tabuisiert waren. Doch mit wachsender Sichtbarkeit wächst auch der antifeministische Gegenwind. Rechte und antifeministische Akteure nutzen digitale Plattformen gezielt, um Desinformation zu verbreiten und feministische Positionen zu diskreditieren.

Hinzu kommt: Digitale Tech-



Foto: peopleimages.com / AdobeStock

Frauen werden online besonders heftig beleidigt, weil die Täter sich anonym sicher fühlen.

nologien sind nicht neutral. Algorithmen und automatisierte Systeme spiegeln gesellschaftliche Machtverhältnisse wider und können Diskriminierung verstärken, wenn sie nicht bewusst reguliert und überprüft werden. Wer digitale Räume ge-

stalten will, muss daher soziale Gerechtigkeit mitdenken.

Feminismus im digitalen Zeitalter ist damit eine Frage sozialer Rechte. Schutz vor digitaler Gewalt, gerechte Teilhabe und der Zugang zu sicheren digitalen Räumen dürfen nicht vom individuellen Durchsetzungsvermögen abhängen. Sie sind eine politische Aufgabe.

Daher besteht der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg darauf, dass Rechte auch im digitalen Raum gelten müssen. Digitale Gewalt ist Teil geschlechtsspezifischer Gewalt und muss als solche anerkannt werden. Wer Frauen aus digitalen Räumen verdrängt, schränkt deren demokratische Teilhabe ein.

Besonders Frauen in prekären Lebenslagen sind auf digitale Zugänge angewiesen, etwa für Beratung, Information oder Behördenkontakte. Schutz und Teilhabe im digitalen Raum sind daher auch Fragen sozialer Gerechtigkeit.



Aus dem Landesverband, den Orts- und Kreisverbänden

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Das erste Mitgliedertreffen im neuen Jahr war ein Neujahrsbrunch im Restaurant „Ännchen von Tharau“. Unter anderem wurde über anstehende sozialpolitische Veränderungen gesprochen. Ein Thema war natürlich auch der Stromausfall in Berlin und wie man sich auf solche Krisen vorbereiten kann. Auch die künftigen Vorhaben und Veränderungen im Landesverband kamen zur Sprache. Die neuen Mitglieder nutzen an diesem Tag die Möglichkeit, mit dem Ortsvorstand in Kontakt zu kommen sowie andere Mitglieder kennenzulernen.



Treffpunkt Wilmersdorf

Wasser- und Heizkosten zu senken, mit individuell Tipps und kostenlosen Soforthilfen wie Spartrafos und LED-Leuchtmitteln sowie Zuschüssen, um Energiefresser auszutauschen.

Kreisverband Neukölln

Zur Mitgliederversammlung hatte Alfred Lotz einen Energiekostenberater der Caritas eingeladen. Der Stromspar-Check ist ein kostenloses Beratungsangebot der Caritas und anderer Partner, das speziell auf Senior*innen mit geringem Einkommen zugeschnitten ist. Der Check soll helfen, Strom,

dazu Fragen aus dem Publikum. Der 2. Kreisvorsitzende Joachim Melchert bedankte sich bei ihr mit einem Blumenstrauß (s. Foto).

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Noch im letzten Jahr hatte der Kreisvorstand zu drei vorweihnachtlichen Veranstaltungen eingeladen. Mehr als 75 Teilnehmer*innen waren dabei. Beim traditionellen Neujahrsfrühstück wurde die Veranstaltungsplanung für 2026 diskutiert. Neben den Ausflügen stehen auch regelmäßige Berichte von Rita Krüger-Bieberstein aus den bezirklichen Beiräten und dem Behindertenbeirat sowie von Joachim Krüger aus dem Teilhabebeirat auf dem Plan. Vor den Berliner Bezirks- und Abgeordnetenhauswahlen im September will man sich mit den sozialpolitischen, aber auch grundsätzlichen Aussagen der Parteien beschäftigen. Für die zweite Jahreshälfte sind Neuwahlen im SoVD-Kreisvorstand vorgesehen.



Kreisverband Tiergarten-Wedding



Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost



Sozialrechtsberatung

Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zuerst an die zuständige Sozialberatung in Ihrer Gliederung. Zur Kontaktaufnahme bitte deutlich Name, Mitglieds- und Telefonnummer auf dem Anrufbeantworter hinterlassen!

Landesgeschäftsstelle

3. und 17. März, 9–12 Uhr: Offene Sprechstunde der Sozialrechtsberatung, letzte Anmeldung 11 Uhr. Beratung max. 15 Minuten pro Person, Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Kreisverband Berlin-Ost

Dienstags 10–12 Uhr und donnerstags nach Vereinbarung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Ansprechpartner: Uwe Beck, Tel.: 030/72 62 22 385, E-Mail: uwe.beck@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Mittwochs 10–12 Uhr nach Vereinbarung, Galileistraße 31, 12435 Berlin (im Wahlkreisbüro von Alexander Freier-Winterwerb, MdA) Ansprechpartner: Uwe Beck, Tel.: 030/72 62 22 385, E-Mail: uwe.beck@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln

Jeden Mittwoch, 13–15 Uhr, Werbellinstraße 42, 12053

Berlin. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, Nachbarschaftsheim, Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin. Ansprechpartner*in: Jutta Zoll, Tel.: 0151/10 02 62 69, E-Mail: jutta.zoll@sovd-bbg.de; Jürgen von Rönne und Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

Ansprechpartner: Quentin Mönich, E-Mail: quentin.moennich@sovd-bbg.de.

Kreisverband Spandau

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beratungstermine nach

Vereinbarung, Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Termine nach Vereinbarung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Beratungstermine jeden Dienstag und nach Vereinbarung, Waldstraße 48, 10551 Berlin. Ansprechpartner*in: Joachim Krüger und Marion Halten-Bartels, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost Ortsverband Prignitz-Ruppin

Termine nach Vereinbarung. Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brbrnordost@sovd-bbg.de und Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Beratung jeden 2. und 4.

Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr, im Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg/Havel. Ansprechpartner: Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636, E-Mail: ks.brandenburg-havel@sovd-bbg.de.

Eisenhüttenstadt, OT Fürstenberg / Oder-Spree

Sozialberatung montags 16.30–17.30 Uhr und donnerstags 15.30–17.30 Uhr. Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307. E-Mail: ks.oder-spree@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil im südlichen Brandenburg

Mobile Sozialberatung nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. Ansprechpartnerin: Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Beratungstermine nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. Ansprechpartnerin: Cornelia Schrei-

ber, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Beratungstermine nach Vereinbarung. Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Kontaktadressen des Landesverband Berlin-Brandenburg

Adresse: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12).

Landesgeschäftsführung (kommissarisch): Michael Meder, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: gf@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin und Mark Jeroen Brozek, E-Mail: redaktion@sovd-bbg.de.

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!



Foto: Ortis / Adobe Stock

*Je mehr Freude wir anderen Menschen machen,
desto mehr Freude kehrt ins eigene Herz zurück.*

Unbekannt

Im Namen des gesamten Vorstandes und des Mitarbeiter*innen-Teams gratuliert der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern herzlich zum Geburtstag!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 7.3.: Ingrid Stamm, Berlin; 11.3.: Brigitte Chwarelnik, Berlin; 31.3.: Peter Dornbusch, Berlin.

91 Jahre: 10.3.: Joachim Werner, Berlin; 19.3.: Edith Hinz, Berlin; 20.3.: Gisela Otto, Berlin.

92 Jahre: 9.3.: Adolf Bernau, Schönwalde-Glien; 10.3.: Rita Patsch, Berlin; 10.3.: Erika Schmidt, Berlin.

96 Jahre: 16.3.: Brigitte Lieberuks, Berlin; 20.3.: Edith Schulze, Brandenburg.

97 Jahre: 3.3.: Gertrud Adler, Berlin.

98 Jahre: 25.3.: Ernst Köhler, Hennigsdorf; 25.3.: Alexander Hultzs, Berlin.

100 Jahre: 1.3.: Ingeborg Brandt, Hohen Neuendorf; 14.3.: Gerda Bussenius, Dannenberg.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband gehen an:

35 Jahre: 1.3.: Brigitte Bastling, 1.3.: Eva-Maria Hinz, Berlin. 1.3.: Egon Hübner, Dannenwalde; 1.3.: Hans-Jürgen Tripphahn, Potsdam; 6.3.: Peter Büttner, Berlin.

40 Jahre: 19.3.: Klaus-Jürgen Thiede, Berlin.

50 Jahre: 1.3.: Dagmar Schulz, Berlin.

Termine

Landesgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch, 17–19 Uhr: LineDance. Anmeldung bei Sabine Laudahn, Tel.: 0171/41 45 266, E-Mail: sabine.laudahn@sovdbbg.de.

Jeden Donnerstag, 12–17 Uhr: Nähwerkstatt. Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovdbbg.de.

4. März: Tagesausflug zum Industriemuseum Brandenburg an der Havel, mit Führung, 10 Euro pro Person, Möglichkeit zur Einkehr in der Stadt Brandenburg. Genaue Abfahrtszeiten werden vor dem Ausflug bekannt gegeben. Anmeldungen über Dieter Roch. E-Mail: d.r-bear50@web.de, Telefon: 0176/46 04 19 60.

10. März, 14 Uhr: Treffen der Aktion Herzkissen, Ansprechpartnerin Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovdbbg.de.

30. März, 16 Uhr: AG-Ehrenamt, Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovdbbg.de.

Ort: Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, barrierefreier Eingang Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

5. März, 10–18 Uhr: Infostand: Sozialtage „sozial & engagiert“ im Eastgate Berlin, Marzahn-Hellersdorf.

24. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Ruschestr. 43, 10367 Berlin. Ansprechpartner: Bernd Röber, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovdbbg.de.

Ortsverband Berlin-Mitte

18. März, 16 Uhr: Offener Stammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin. Ansprechpartner: Michael Meder, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinmitte@sovdbbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Ansprechpartner: Holger Kahl, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovdbbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

17. März, 15 Uhr: Treffpunkt Charlottenburg. Mitgliedertreffen mit Vortrag des Malteser Hilfswerkes zum Thema Notrufknopf, Stadtteilzentrum, Nehringstraße 8, 14059 Berlin.

Wichtige Vorsorgemaßnahmen, um für kommende Notfälle gerüstet zu sein

Was tun bei Stromausfall?

Anfang Januar gab es durch einen Brandanschlag den längsten Blackout der Berliner Nachkriegsgeschichte. Wie gut ist Deutschland für Krisenfälle gewappnet? Und wie sollten Bürger*innen vorbereitet sein?

Durch einen Brandanschlag an einer Kabelbrücke im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf wurde ein Stromausfall ausgelöst. In mehreren Stadtteilen waren 45.000 Haushalte und 2.200 Unternehmen ohne Strom und infolgedessen auch ohne Heizung, Internet und Mobilfunk. Von einem Stromausfall sind viele Bereiche des Alltags betroffen: Kühlschrank und Herd fallen aus, Licht und Heizung funktionieren nicht mehr. Es kommt kein Wasser mehr aus der Leitung und Internet und Mobilfunk sind gestört. Mit diesen Tipps können Sie sich auf einen Stromausfall vorbereiten.

- Batteriebetriebene Radios oder Kurbelradios: Das sichert den Zugang zu Nachrichten und Informationen zum Stromausfall.
- Generell geladene Akkus, eine Powerbank oder solarbetriebene Ladegeräte, die tagsüber aufgeladen werden können: So funktionieren Handys auch bei einem Stromausfall.

- Bargeld im Portemonnaie: Fehlt die Elektrizität, funktionieren auch die Geldautomaten nicht mehr.
- Kerzen, Taschenlampen oder kleinere batteriebetriebene Leuchten als Lichtquellen.
- Campingkocher oder alternativ ein Grill, der mit Holzkohle oder Gas betrieben wird – wichtig dabei: Nicht in der Wohnung oder im Haus grillen, weil dann eine Erstikungsgefahr besteht.
- Essen und Trinken für zehn Tage als Vorrat zu Hause. Das BBK rät etwa zu Getreideprodukten wie Reis, Nudeln, Brot und Kartoffeln, aber auch zu Gemüsen und Obst in Konserven sowie zu 20 Litern Wasser.
- Gerade im Winter ist die Kälte ein großer Faktor: Wer einen Kamin oder einen Ofen hat, sollte sich einen Vorrat an Kohle, Holz oder Briketts anlegen.
- Auch mit warmer Kleidung und Decken lässt sich die

Heizung eine Zeit lang ersetzen. Wählen Sie möglichst einen Raum zum Aufenthalt und halten Sie die Türen geschlossen, damit Wärme nicht entweichen kann. Achten Sie jedoch trotzdem darauf, regelmäßig zu lüften! Besonders wenn Sie beispielsweise Kerzen als alternative Lichtquelle nutzen, ist eine regelmäßige Erneuerung des Sauerstoffgehalts in Ihren Räumen wichtig.

Im Grundgesetz ist geregelt, wer für den Katastrophenschutz in Deutschland zuständig ist. Das ist der Bund, wenn es eine Gefahr von außen gibt, also im Spannungs- oder Verteidigungsfall, wenn Deutschland von außen angegriffen wird. Im Prinzip für fast alles andere sind dann in erster Linie die Länder, die Kreise, Städte und Bezirke zuständig.

Empfehlungen für Notfälle gibt es beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte

15. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffeetafel, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27–29, 13581 Berlin.

26. März, 18.45 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen. Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovdbbg.de.

Ortsverbände Spandau Nord / Süd und Falkensee

19. März, 18.30 Uhr: „Frauengesundheit“, Vortrag von Frauensprecherin Barbara Bilicka, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Anmeldung bei Christiane Ketzmer, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovdbbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

5. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, SoVD-Treff Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

25. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, SoVD-Treff Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin. Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovdbbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

14. März, 15 Uhr: Frauentagstreffen mit Infos zur SoVD-Frauenpolitik, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovdbbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

8. März, 14 Uhr: Vortrag über Alexander von Humboldt und über berühmte Frauen, die in der Humboldtstraße lebten. Sozialwerk Berlin, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin.

10. März, 14.30 Uhr: Berichte von der SoVD-Landesebene und aus den bezirklichen Beiräten. Waldstraße 48, 13403 Berlin.

Anmeldung erbeten bei Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder Tel.: 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovdbbg.de.

Feierstunde der Staatlichen Sozialverwaltung in der Würzburger Residenz

Personalwechsel in der Landesbehörde

Seit Juli 2025 leitet Regierungsdirektorin Carmen Ringelmann die Regionalstelle Unterfranken der Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) in Würzburg. Die Amtseinführung fand am 14. Januar als Feierstunde in der Residenz Würzburg statt. Gleichzeitig wurde Kerstin Altenbeck als ehemalige Regionalstellenleiterin verabschiedet.

Ministerialdirektor Dr. Markus Gruber, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, hieß die neue Regionalstellenleiterin willkommen, dankte der scheidenden Vorgängerin für ihr jahrelanges, engagiertes Wirken und überbrachte Glückwünsche von Staatsministerin Ulrike Scharf: „Die ZBFS-Regionalstelle Unterfranken in Würzburg bleibt in guten und erfahrenen Händen. Ich gratuliere Frau Ringelmann herzlich zur neuen Aufgabe und bedanke mich zugleich bei ihrer Vorgängerin Frau Altenbeck für ihren Einsatz und ihr Engagement. Frau Ringelmann ist eine erfahrene Persönlichkeit, die die ZBFS-Regionalstelle Unterfranken bereits seit April 2025 kommissarisch geleitet hat. Ich wünsche ihr eine gute Hand bei allen Entscheidungen. Das ZBFS ist die Herzkammer unseres Familienlandes Bayern und eine zentrale Anlaufstelle für

die Menschen im Freistaat. Das ZBFS ist ein Garant, dass Bayern gemeinsam stark bleibt.“

Carmen Ringelmann trat im September 1989 beim Landesamt für Finanzen in den öffentlichen Dienst ein und wechselte im September 1990 zum Versorgungsamt Würzburg in die gehobene Beamtenlaufbahn. Nach Stationen als Sachbearbeiterin für das damalige Erziehungsgeld, in der Sozialen Entschädigung, wo sie sich unter anderem als Sonderbetreuerin um Opfer von Gewalttaten kümmerte, sowie in der Personalabteilung, nahm sie ab August 2006 die Aufgaben der Fachgebietsleitung für Zentrale Aufgaben wahr. Von Mitte 2011 bis Oktober 2025 war die erfahrene Verwaltungsbeamtin zudem Ausbildungsleiterin in der Regionalstelle Würzburg und wirkte in den Jahren 2009/2010 beim Aufbau der Würzburger Prothesensammlung „Second Hand“

sowie 2018/2019 bei deren Erweiterung um einen großen Selbsterfahrungsbereich federführend mit.

Kerstin Altenbeck war von 2008 bis 2012 in der Zentrale des ZBFS in verschiedenen Führungspositionen tätig und wechselte 2013 als Richterin ans Arbeitsgericht Bamberg. Nach einer Abordnung an das Landesarbeitsgericht Nürnberg übernahm sie im Februar 2022 die Leitung der Regionalstelle Unterfranken. Von Mai 2023 bis März 2025 war sie zudem zentrale Ansprechpartnerin für Opfer von Terror und von auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen in Bayern. Zum 1. April 2025 kehrte sie als Direktorin an das Arbeitsgericht Bamberg zurück. Seit 1. November 2025 ist sie Vizepräsidentin des Landesarbeitsgerichts Nürnberg.

In der Regionalstelle Unterfranken in Würzburg sind neben den Hauptaufgaben Familien-



Foto: ZBFS/Roos

V. li.: Matthias Fiedler, Personalratsvorsitzender des ZBFS in Würzburg, Würzburgs Oberbürgermeister Martin Heilig, Carmen Ringelmann, Kerstin Altenbeck, Dr. Gabriele Roos, leitende Ärztin der ZBFS-Regionalstelle Unterfranken, Dr. Norbert Kollmer, Präsident der Landesbehörde ZBFS und Dr. Markus Gruber, Amtschef im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

leistungen, Schwerbehinder-
tenfeststellungsverfahren und
Inklusionsamt unter anderem
die Anerkennungsstellen für
Sozial- und Kindheitspädago-
gen und für Assistenzhunde
sowie das Servicetelefon Fa-
milienleistungen angesiedelt.
Weiterführende Infos gibt es
auf der Internetseite unter:

www.zbfs.bayern.de.

Der SoVD Bayern hat als
Vertreter seiner Mitglieder in
sozialen Fragen gute Kontakte
zum ZBFS. So erhielt Landes-
vorsitzende Meta Günther 2024
Besuch vom Leiter der Regio-
nalstelle Oberbayern. Hendrik
Maler stellte sich ihr persönlich
vor.

Quelle: ZBFS

AOK Bayern und BHÄV stärken die hausärztliche Versorgung in der Region durch neue Leistungen

Geschulte Coaches und digitale Angebote

Die AOK Bayern und der Bayerische Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V. (BHÄV) stärken gemeinsam die hausärztliche Versorgung in Bayern: Im Rahmen ihres Hausarztvertrags haben beide Vertragspartner neue Leistungen vereinbart mit dem Ziel, die hausärztliche Versorgung im Freistaat durch mehr Arbeitsteilung und Telemedizin zukunftsfähig aufzustellen.

Die Förderung des Einsatzes akademisch ausgebildeter nichtärztlicher Fachkräfte in den Praxen sowie bei Hausbesuchen soll gestärkt werden. Außerdem werden die Praxen bei der Finanzierung von telemedizinischen Geräten unterstützt, mit denen Gesundheitsdaten direkt bei den Patient*innen vor Ort erhoben und sicher an die Hausarzt- bzw. Hausärztinpraxis übermittelt werden können. Insgesamt stellt Bayerns größte Krankenkasse dafür zusätzlich vier Millionen Euro im Jahr zur Verfügung.

Hausarzt- und Hausärztinnenpraxen sind für viele Menschen in Bayern bereits heute erste und zentrale Anlaufstelle in Gesundheitsfragen. In Zukunft werden aufgrund des demografischen Wandels im-

mer mehr Menschen medizini-
sche Behandlung in Anspruch
nehmen. Darauf wollen sich
die AOK Bayern und der BHÄV
gemeinsam vorbereiten. Die
Erweiterung des Hausarztver-
trags knüpft an die im Herbst
vereinbarte Studienförderung
für nichtärztliches Personal an.
Konkret honoriert die AOK Bay-
ern unter anderem den Einsatz
von sogenannten Primary Care
Managern, die Ärztinnen und
Ärzte im Praxisalltag unterstüt-
zen.

Hausbesuche und digitale Angebote ausweiten

Auch Hausbesuche durch
entsprechend geschulte nicht-
ärztliche Mitarbeitende werden
finanziell gefördert. In enger Ab-
sprache mit der behandelnden
Hausärztin oder dem Hausarzt

können sie Routineaufgaben
wie einfache Untersuchungen
oder Messung von Körperwer-
ten übernehmen. Dies entlastet
die Praxen und ermöglicht ge-
rade älteren, chronisch kranken
Menschen eine kontinuierliche
Betreuung im eigenen zuhause.
Ergänzend dazu haben sich
BHÄV und die AOK Bayern da-
rauf geeinigt, dass im Rahmen
ihres Hausarztvertrags die Fi-
nanzierung für moderne tele-
medizinische Geräte gefördert
wird, mit denen sich beispiels-
weise die Hausärztin oder der
Hausarzt per Videochat zu-
schalten kann.

Prävention stärken mit AOK-Coaches

Eine weitere Neuerung im
Hausarztvertrag von AOK Bay-
ern und BHÄV ist die Förderung



Foto: DragonImages / Adobe Stock

Speziell geschulte Coaches sollen die Arztpraxen entlasten und zu chronisch kranken Patient*innen ins Haus kommen.

des Einsatzes von AOK-Coaches
– etwa zu Bluthochdruck und
Diabetes Mellitus Typ II – in
der hausärztlichen Versorgung.
Die Online-Programme unter-
stützen Versicherte im Umgang
mit chronischen Erkrankungen
und erhöhen die Gesundheits-
kompetenz. Gerade Prävention

und Gesundheitskompetenz
sind wichtige Schlüssel, um
die Gesunderhaltung weiter zu
stärken. Die AOK Bayern und
der BHÄV arbeiten hier Hand in
Hand für das gemeinsame Ziel:
Mehr gesunde Lebensjahre für
alle Menschen in Bayern.

Quelle: AOK Bayern, BHÄV

Polizeieinsätze bei Gehörlosen nur mit Dolmetscher*in

Eskalation vermeiden

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e.V. (LVBYGL) hat zum Tag des Notrufs eine kritische Zwischenbilanz gezogen: Während Bayern technologische Fortschritte bei Apps und Krisendiensten macht, gefährden strukturelle Mängel in der polizeilichen Einsatzstrategie und die prekäre Finanzierung von Dolmetscher*innenleistungen die Sicherheit gehörloser Bürger*innen.

Der LVBYGL begrüßt die Verstetigung der nora Notruf-App und des Tess-Notrufs sowie die Barrierefreiheit der Krisendienste Bayerns. Gehörlose können nun in psychischen Krisen rund um die Uhr professionelle Hilfe in Gebärdensprache erhalten. Ein weiterer Erfolg ist der Bayerische Notfallbereitschaftsdienst, der nachts und an Feiertagen eine verlässliche Kommunikation in Akutlagen garantiert. „Dies sind wichtige Meilensteine, doch sie lösen lediglich den Zugang zum Notruf“, erklärt Daniel Buter, Politischer Referent des LVBYGL.

Eskalationsgefahr durch mangelhafte Einsatzprotokolle

Die Sicherheit darf jedoch nicht an der Wohnungstür enden. Der tragische Fall in Bochum (November 2025), bei dem ein gehörloses Kind durch Polizeischüsse lebensgefährlich verletzt wurde, belegt ein systemisches Versagen der Vor-Ort-Kommunikation. In jener Nacht waren zudem die Bodycams der Beamten nicht aktiviert. „Wenn die Polizei Eigensicherung über das Leben von Menschen stellt, die akustische Befehle physisch nicht wahrnehmen können, ist das ein unhaltbarer Zustand“, betont Buter. Der LVBYGL fordert daher eine verbindliche Eskalationsstopp-Klausel für bayerische Einsatzkräfte: Bei erkennbarer Hörbehinderung muss die Anwendung von Zwang ausgesetzt werden, bis visuelle Kommunikationswege versucht wurden.

Finanzierungslücke bei Dolmetschleistungen schließen

Ein zentrales Problem bleibt die angemessene Vergütung für Dolmetscher*innen bei regulären Polizeieinsätzen. Während das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) 6 seit Juni 2025 einen Satz von 93 Euro pro Stunde vorsieht, zahlt die bayerische Polizei in der Verwaltungspraxis oft deutlich geringere Sätze. Dies führt zu einem massiven Fachkräftemangel bei Vernehmungen und Ermittlungen. Barrierefreiheit ist eine staatliche Kernaufgabe und darf nicht am Budget scheitern.

Der LVBYGL appelliert an das bayerische Innenministerium, die Sicherheit für alle Bürger*innen ernst zu nehmen und eine lückenlose Rettungskette – von der App-Absetzung bis zum Einsatzen vor Ort – zu garantieren.

Quelle: LVBYGL



Foto: eytronic / Adobe Stock

*Erfahrung ist nicht das,
was mit einem Menschen geschieht,
sondern das, was er daraus macht.*

Aldous L. Huxley

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes Bayern gratulieren allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 4.3. Martina Bahtke, Sulzdorf; 5.3. Sylvia Wolf, Mömbriß; 10.3. Thomas Peyerl, Nürnberg; 13.3. Wolfgang Mengel, Baar-Ebenhausen; 15.3. Robert Bayer, Zirndorf; 18.3. Margit Gerlicher, Großheirath; 31.3. Arthur Brandl, Mitterteich.

70 Jahre: 23.3. Willi Huber, Ziemetshausen.

75 Jahre: 18.3. Ewald Fries, Elsenfeld; 24.3. Horst Leppert, Nürnberg.

85 Jahre: 5.3. Fritz Sommer, Floß; 17.3. Jürgen Walter, Oberottmarshausen.

90 Jahre: 4.3. Erwin Dusold, Ebensfeld.

Rückblick auf die bisherigen Veranstaltungen des Ortsverbandes Michelau in 2026

Jahresbeginn im SoVD Michelau

Der Ortsverband Michelau bietet auch im neuen Jahr seine bewährte Sozialrechtsberatung an und die beliebten Treffen danach. Im Januar stand es unter dem Motto „Neujahrsempfang“ und im Februar im Zeichen des Faschings.

Am 10. Januar startete der Ortsverband Michelau ins neue Verbandsjahr mit seiner ersten Sozialsprechstunde und dem traditionellen Neujahrsempfang für die Mitglieder im Mehrgenerationenhaus. Drei Mitglieder ließen sich beraten, 22 Mitglieder begrüßten gemeinsam das neue Jahr.

Am 7. Februar nahmen vier Mitglieder eine Beratung in Anspruch und 23 Mitglieder versammelten sich anschließend zum Faschingstreffen. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Schatzmeister Markus Rübensaal dem Vorsitzenden Günter Ruckdäschel einen neuen Drucker für die Mitgliederarbeit.

Dr. Josef Haas erhielt einen Benzingutschein vom 2. Vorsitzenden Thomas Fischer. Das ist eine Hilfe und Anerkennung



Dr. Josef Haas (li.) erhielt von Thomas Fischer einen Benzingutschein.

für seinen Einsatz für die Mitglieder in der Region. Dr. Haas fährt vierteljährlich im Monat aus seinem Heimatort Hirschaid viele Kilometer mit dem eigenen



Markus Rübensaal (li.) übergibt Günter Ruckdäschel einen neuen Drucker.

Auto, unter anderem nach Michelau zur Sozialberatung, um dort seine jahrzehntelange Erfahrung als Unterstützung mit einzubringen.



Zum jährlichen Neujahrsempfang fanden sich fast zwei Dutzend Mitglieder ein.



Faschingstreffen des SoVD im MGH Michelau.



Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminver-

einbarung, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken / Bayreuth.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags–donnerstags, 9–11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr zu den Grundlagen für eine soziale Gesellschaft

Darum ist der Sozialstaat wichtig

Der Sozialstaat wird immer wieder von Interessenverbänden, Politiker*innen und auch Bürger*innen kritisiert. Letztere machen sich aber oft nicht klar, was hinter dem Prinzip des Sozialstaates steckt, und dass zum Beispiel die ungeliebten Steuern erhoben werden, um Leistungen für alle Bürger*innen zu finanzieren. SoVD-Juristin Sigrid Jahr macht in diesem Artikel deutlich, wie der Sozialstaat funktioniert und was seine Abschaffung für Folgen hätte.

Der Sozialstaat hilft mit Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Renten und anderen Leistungen. Er kämpft gegen die Sozialverbände, Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen. Die Grundpfeiler unseres Miteinanders sind Solidarität, sozialer Ausgleich und Unterstützung in Notlagen. Der Sozialstaat steht für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Allen Menschen soll die Chance auf ein würdiges Leben und Teilhabe gegeben werden.

Der Sozialstaat tritt für die Daseinsvorsorge ein; das heißt, er sorgt dafür, dass wichtige Dienstleistungen wie zum Beispiel die Versorgung mit Wasser und Strom funktionieren und dass sich jede*r diese leisten kann. Der Sozialstaat schafft bessere Bildungs- und Aufstiegschancen und sichert den Lebensstandard über Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Seine Produktivität zeigt sich im Ausbau von Kitas bis Hochschulen sowie im Ausbilden qualifizierter Fachkräfte. Solidarität im Sozialstaat wird je nach Einkommen von allen finanziert. Dies geschieht durch das Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeprinzip. Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat und handelt nach dem sogenannten Sozialstaatsprinzip. Hierbei müssen Politik und Gesetze, Sicherheit und Gerechtigkeit fördern.

Wenn ein Staat die Sicherheit

der Bevölkerung fördert, stärkt dies auch die Wirtschaft. Es kommt zu Unternehmensgründungen und schafft Wachstum. In der jetzigen politischen Debatte wird immer wieder beklagt, der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar. Jedoch sind die Sozialabgaben im internationalen Vergleich nicht hoch. Gemäß dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) haben 2024 zum Beispiel Neuseeland, Irland und Polen die höchsten Sozialausgaben. Deutschland liegt nach den Berechnungen des IMK unter den 27 OECD-Ländern, mit einem Zuwachs von insgesamt 26 Prozent auf dem drittletzten Platz. Folglich explodieren bei uns nicht die Sozialausgaben. Wirtschaftsberater*innen sehen eher das Problem in der Verteilung der Ausgaben sowie im schlecht funktionierenden Controlling. Meinungsäußerungen, wie zum Beispiel Abschaffung des Sozialstaates, weil dann im Nachtwächterstaat jeder für sich selbst verantwortlich ist, erscheinen als inhuman und verantwortungslos. Die Folge wäre zum Beispiel keine staatliche, allgemeine Krankenversicherung und so weiter.

Dass der Sozialstaat aufgrund des demografischen Wandels, steigender Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich, Digitalisierung etc. vor großen Aufgaben steht, ist unstrittig.

60 Prozent der Erwerbsbevölkerung (gemäß Wirtschafts-



Sigrid Jahr

und Sozialwissenschaftlichem Institut), hält den Sozialstaat nur dann als weiter finanzierbar, wenn eine gerechte Umverteilung stattfindet.

Dies geschieht über Steuern und Sozialabgaben in folgender Form:

- progressive Einkommenssteuer: Wer mehr verdient, zahlt einen höheren Prozentsatz, was zu einer direkten Umverteilung führt
- Vermögenssteuer: Die Erhebung der Steuer auf sehr hohe Nettovermögen, um die Vermögenskonzentration zu verringern
- höhere Erbschaftssteuer für Großvermögen: Mit dem Ziel, die Weitergabe von externer Ungleichheit über Generationen hinweg zu begrenzen
- Reduzierung indirekter Steuern für Geringverdienende: Durch Reduzierung der Mehrwertsteuer werden ärmere Haushalte weniger belastet
- Kampf gegen Steuerflucht und internationale Mindeststeuer: Verhindert, dass multinationale Unternehmen etc. Steuern in Steueroasen umgehen, um sicherzustellen, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie entstehen.

Wird einer der oben genannten Vorschläge in Zukunft nicht realisiert, stellt sich immer wieder die Frage nach der Definition des Sozialstaates, dessen Ziel es sein sollte (Sozialstaatsprinzip), für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen. Der SoVD setzt sich jeden Tag für seine Mitglieder und Interessierte dafür ein. **Sigrid Jahr, Sozialjuristin in den SoVD-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Hessen**

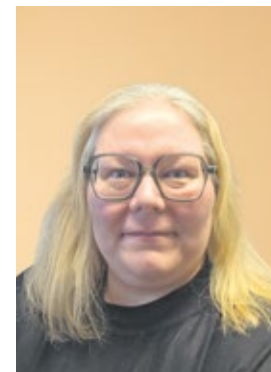


Personalien

Nadine Ruf ist seit dem 1. Februar Landesbevollmächtigte für die SoVD-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland. Nach dem Studium der internationalen Betriebswissenschaft hat sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Büroleiterin für hessische Landtagsabgeordnete sowie als Geschäftsführerin bei der AGAH (Arbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländerbeiräte und Landesausländerbeiräte Hessen) gearbeitet.

Auch ehrenamtlich war und ist sie engagiert im kommunalpolitischen Bereich, aktuell im Mieterbund und in der AWO Wiesbaden.

All ihre Kenntnisse und Erfahrungen wird Nadine Ruf jetzt in den SoVD einbringen, um die vorhandenen Strukturen in den beiden Landesverbänden zu stärken und auszubauen sowie die ehrenamtlich Aktiven in ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen.



Nadine Ruf

Die Aktion „Das sichere Haus“ informiert

Digitale Hilfsmittel für ältere Menschen

Menschen über 80 Jahre brauchen eine sichere Umgebung für einen selbstbestimmten Alltag. Ein Beitrag dazu sind konventionelle und digitale Hilfsmittel, die zum Beispiel Bewegungen erleichtern, Stürze verhindern und in Gefahrensituationen Alarm schlagen.

Die Aktion „Das sichere Haus“, Deutsches Kuratorium für Sicherheit in Heim und Freizeit e.V. (DSH) hat ihre Webseite jetzt um die Rubrik „(Smarte) Hilfsmittel“ erweitert. Ältere Menschen und ihre Angehörigen bekommen hier einen produktneutralen Überblick über klassische und digitale Alltags- und Mobilitätshilfen. Dazu zählen Seh- und Aufstieghilfen ebenso wie Haltegriffe, Treppenlifte, intelligente Beleuchtung und Sturzerkennung. Die DSH bietet praktische Tipps zu Kauf, Anwendung und Finanzierung.

Digitale Helfer im Alltag

Die Online-Beiträge ermutigen ältere Menschen, sich auch mit digitalen Hilfsmitteln vertraut zu machen. Vorgestellt werden zum Beispiel Bodenmatten als Sturzerkennungssystem oder Smartwatches mit Notruffunktion. Die Lesenden erfahren, wie die Technologien funktionieren, welche Varianten zu ihnen passen und worauf sie bei der Auswahl, beim Datenschutz und bei der alltäglichen Nutzung achten sollten.

Linksammlung zur Sturzprävention

Die DSH bietet online unter: <https://das-sichere-haus.de/> verschiedene Links zur Sturzprävention.

Außerdem gibt es auf ihrer Webseite kostenlose Broschüren unter: <https://das-sichere-haus.de/broschueren/sicher-alt-werden>.

Quelle: Das sichere Haus

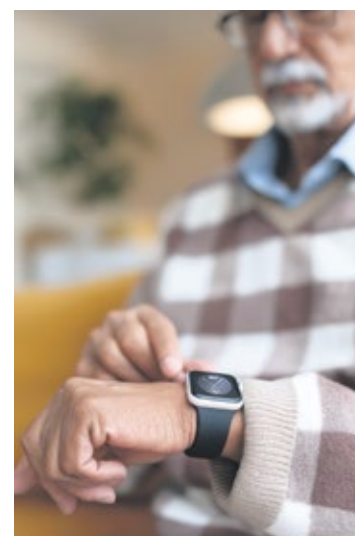


Foto: Curioso.Photography / Adobe Stock

Smartwatches mit Notruffunktion sind gerade für Ältere eine sinnvolle Anschaffung.



Foto: cherryandbees / Adobe Stock

Durch Steuern finanziert der Staat zum Beispiel den Bau von Kitas, die es den Eltern ermöglichen, tagsüber arbeiten zu gehen.

Die AOK Hessen rät Patient*innen, den medizinischen Nutzen von individuellen Leistungen zu überprüfen

Nicht überrumpeln lassen mit IGeL-Angeboten

Ob beim Routinebesuch oder im Wartezimmergespräch: Vielen gesetzlich Versicherten werden in Arztpraxen sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) angeboten. Diese Untersuchungen oder Behandlungen müssen privat bezahlt werden – und versprechen oft zusätzliche Sicherheit. Doch der medizinische Nutzen mancher IGeL-Leistungen ist wissenschaftlich nicht belegt oder sogar fraglich.

Umso wichtiger ist es, sich nicht überrumpeln zu lassen. IGeL-Leistungen sind freiwillig. Niemand muss sofort zustimmen, niemand muss an Ort und Stelle unterschreiben. Ärzt*innen sind verpflichtet, transparent über Nutzen, Risiken und Kosten aufzuklären – und diese Informationen schriftlich festzuhalten. „Gesundheit ist kein Spontankauf an der Praxistheke“, betont Dr. Christoph Stein aus dem Me-

dizinischen Kompetenzzentrum der AOK Hessen. „Wer sich unter Druck gesetzt fühlt, sollte besonders skeptisch sein.“

Erst Leistung prüfen, dann entscheiden

Patient*innen haben das Recht, Unterlagen mitzunehmen und sich in Ruhe zu informieren. Sinnvolle Leitfragen sind: Was ist das Ziel der Untersuchung? Gibt es wissenschaftliche Belege für einen Nutzen? Welche Risiken oder Folgeuntersuchungen können entstehen? Und wie hoch sind die tatsächlichen Kosten? Eine wichtige Orientierung bietet der IGeL-Monitor. Dort werden Studien ausgewertet und IGeL-Leistungen unabhängig bewertet. Das Ergebnis ist oft ernüchternd: Viele häufig angebotene Leistungen bringen keinen nachweisbaren Vorteil – einige können sogar schaden. Stein betont aber auch: „IGeL-Leistungen sind nicht per se unseriös – sie können im Einzelfall sinnvoll sein, etwa bei besonderen Risiken oder individuellen Fragestellungen.

Entscheidend ist, dass Patient*innen nachvollziehen können, welchen Nutzen sie

erwarten dürfen und wo die Grenzen dieser Leistungen liegen.“

Zwei Beispiele mit klar negativer Bewertung

Hyaluronsäure-Spritzen bei Arthrose im Knie oder in der Hüfte werden vom IGeL-Monitor eindeutig negativ bewertet. Die Behandlung wird häufig als Aufbau- oder „Schmiermittel“ für das Gelenk beworben, doch wissenschaftliche Studien zeigen keinen relevanten, anhaltenden Nutzen gegenüber Placebo. Kurzfristige Effekte sind – wenn überhaupt – gering und klinisch kaum bedeutsam. Gleichzeitig bestehen Risiken wie Schmerzen, Entzündungen oder Infektionen im Gelenk, insbesondere bei wiederholten Injektionen. Für Patient*innen bedeutet das: hohe Eigenkosten bei fehlendem Beleg für eine nachhaltige Verbesserung der Arthrosebeschwerden.

Vorsicht beim Ultraschall der Eierstöcke

Ebenfalls negativ bewertet wird der Ultraschall der Eierstöcke bei beschwerdefreien Frauen. Eine hochwertige Studienübersicht von 2018 so-



Foto: illustrissima / Adobe Stock

Spritzen mit Hyaluron werden von Ärzt*innen als Behandlung bei Kniearthrose angeboten. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten aber nicht, da sie den Nutzen infrage stellen.

wie Langzeitergebnisse einer der wesentlichen Studien zu diesem Thema bestätigen die Ergebnisse vorangegangener Veröffentlichungen: Mit Ultraschalluntersuchung – auch in Kombination mit Tumormarkern – sterben gleich viele Frauen an Eierstockkrebs wie ohne Untersuchung.

Außerdem werden Frauen durch falsch positive Ergebnisse häufig unnötig beunruhigt – bei etwa drei von hundert Frauen werden gesunde, nicht krebserkrankte Eierstöcke entfernt. „Nicht alles, was technisch möglich ist, ist medizinisch sinnvoll“, betont Christoph Stein von der AOK Hessen.

IGeL – das sollten Patienten und Patientinnen wissen

- IGeL-Leistungen sind freiwillig und müssen nicht sofort entschieden werden.
 - Ärzt*innen müssen Nutzen, Risiken und Kosten verständlich und auf Wunsch schriftlich erklären.
 - Eine Bedenkzeit ist Ihr gutes Recht – Unterschrift niemals unter Druck.
 - Vorsicht bei Versprechen wie „mehr Sicherheit“ ohne klare Studienlage.
- Unabhängige Informationen bietet der IGeL-Monitor unter <https://www.igel-monitor.de/index.html>.

Quelle: AOK Hessen



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Kostenpflichtige medizinische Angebote sollte nicht unter Zeitdruck in der Sprechstunde ausgemacht werden.



Glückwünsche



Sprechstunden und Sozialberatung

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 6.3.: Volker Freitag, Offenbach; 7.3.: Vigo Führer, Homberg; 12.3.: Jana Diehl, Wetzlar; 16.3.: Michael Klein, Frankfurt; 19.3.: Claudia Kopp, Twistetal; 25.3.: Linda Masjosthusman, Gemünden; 27.3.: Daniela Luksova, Haina, und Birol Günerkan, Wiesbaden.

65 Jahre: 9.3.: Roger Podstatny, Frankfurt; 13.3.: Dieter Nolte, Wesertal; 15.3.: Ralf Zummach, Witzenhausen; 21.3.: Ursula Widder, Wiesbaden; 22.3.: Bernd Lenhardt, Dreieich; 27.3.: Ute Hagen, Immenhausen; 29.3.: Wolfgang Muth, Wetter.

70 Jahre: 31.3.: Wolfgang Schäfer, Nentershausen, und Jürgen Clemens, Allendorf.

75 Jahre: 3.3.: Karl-Heinz Walter Kentel, Bad Wildungen, und Peter Braun, Amöneburg; 30.3.: Ursula Badusche, Keltersbach, und Franz Seitz, Mainz-Kastel.

80 Jahre: 5.3.: Willi Sandrock, Nentershausen; 6.3.: Rosemarie Butterweck, Calden; 12.3.: Wilhelm Paul, Grünberg; 14.3.: Renate Golz, Frankfurt; 29.3.: Rolf Strack, Weimar.

85 Jahre: 18.3.: Wolfgang Hohenberger, Wesertal, und Rolf Warmuth, Hammersbach.

91 Jahre: 22.3.: Gerda Bergmann, Bad Wildungen.

93 Jahre: 14.3.: Wolfgang Hermfisse, Marburg.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Wir bitten Sie, sich bezüglich eines Beratungstermins telefonisch an folgende Telefonnummer zu wenden: 0611 / 85 108. Zu erreichen ist das Mitgliederservicetelefon zu folgenden Zeiten: montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 13 Uhr.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Susanne Namaschk, Bürozeiten: montags bis freitags 10 bis 15 Uhr, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landes-

geschäftsstelle, 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Calden

Kontakt über Irmgard Fohr, Tel.: 05674 / 65 67, oder per

E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Korbach

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Beratung Vernawahlshausen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611 / 85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.



Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr (re.) nahm sich Zeit, um mit den anwesenden Mitgliedern zu sprechen.



Die Jahreshauptversammlung war gut besucht.

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl im Ortsverband Berzhahn

Serowi als Vorsitzende bestätigt

Am 24. Januar fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Berzhahn statt, bei dem auch eine neue Führung gewählt wurde. Zahlreiche Mitglieder waren erschienen, um einen neuen, gemeinsamen Vorstand zu wählen, denn der Ortsverband Unna wurde eingegliedert.

Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war die Eingliederung des Ortsverbandes Unna in den Ortsverband Berzhahn. Daher waren auch der 1. Landesvorsitzende Norbert Weber und die Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr persönlich zur Versammlung gekommen. Zusammen mit den Mitglieder saßen sie bei Kaffee und Kreppelel zusammen und hörten sich die Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder an, ehe diese dann entlastet wurden und man zur Neuwahl des Vorstandes übergehen konnte.

Als 1. Vorsitzende wurde Martina Serowi einstimmig wiedergewählt, auch Ernst-Werner Wengenroth wurde als 2. Vorsitzender bestätigt. Die Kassenführung übernimmt Helga Leonhardt (Ortsverband Unna), Schriftführer wurde Joachim Serowi, die Frauenbeauftragte



V. li.: Ernst-Werner Wengenroth, Sigrid Jahr, Martina Serowi und Norbert Weber.

ist Helge Pfeiffer (Ortsverband Unna) gewählt. Beisitzer*innen sind Jürgen Metzger (Ortsverband Unna) und Monika Petroschka.

Landesvorsitzender Weber bedankte sich bei den scheidenden Vorstandsmitgliedern

für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit und wünschte dem neuen Vorstand viel Erfolg. Sozialrechtsberaterin Jahr stand danach noch für Gespräche zur Verfügung.



Editorial

Liebe Mitglieder,

Sie wissen ja, am Sonntag, den 22. März, also drei Wochen, nach Erscheinen dieser März-Ausgabe, wird in Rheinland-Pfalz eine neue Landesregierung gewählt. Sie werden vermutlich Briefwahl beantragen, sich von zu Hause aus und ohne Zeitdruck die Kandidat*innen und deren Wahlprogramm anschauen und dann nach bestem Wissen und Gewissen Ihr Kreuz setzen. Ich kann Sie nur aufmuntern, dies auch zu tun, auch wenn Ihnen die Kandidat*innen und deren Programme nicht immer zusagen. Aber wir leben in einer Demokratie, und wir haben die Wahl.

Die liberale Demokratie ist ein politisches System, das nach liberalen und demokratischen Grundsätzen konstruiert ist. Liberale Demokratien sind durch freie Wahlen, Gewaltentrennung, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte sowie bürgerliche und politische Freiheitsrechte charakterisiert, die durch eine Verfassung garantiert werden.

Dieser Tage habe ich in einem Focus-Interview folgenden Abschnitt gelesen: „Fest steht, dass Trump sich kritikresistent gemacht hat, indem höhere Werte bei ihm kaum mehr vorkommen. Andererseits wirkt er gerade deswegen nahezu glaubwürdiger als so mancher seiner Vorgänger, denn Trump ist ein ehrlicher Lügner: Trump weiß, dass er lügt, seine Verhandlungspartner wissen, dass er lügt, ja, selbst seine Anhänger wissen, dass er lügt. Wenn moralische Standards fallen, ist das gleichwohl schlimm, denn dann herrscht die nackte Gewalt, das Recht des Stärkeren. Niemand muss – oder darf – sich darüber Illusionen machen.“ Unsere Eltern und Großeltern haben das alles erlebt und unsere liberale Demokratie gestaltet, auf die wir stolz sein können. Wir brauchen keinen Populismus und keinen Extremismus. Wir wollen ein faires, ehrliches und gerechtes Miteinander. Ich bin mir sicher Sie, liebe Leser*innen, wissen das und Sie wissen auch, was bei Ihrem Gang zur Wahlurne oder bei der Briefwahl auf dem Spiel steht. Ich wünsche Ihnen eine gute Entscheidung!

Ihr Norbert Weber, Landesvorsitzender

Bald wieder KfW-Zuschüsse für barrierefreies Wohnen

Jetzt beraten lassen!

Die Zuschüsse der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Maßnahmen zur Barrierereduzierung sollen in Kürze wieder freigegeben werden. Dies ist eine gute Nachricht für alle Menschen, die auf barrierearmen Wohnraum angewiesen sind.

Umbauten wie schwellenlose Zugänge, barrierearme Bäder oder der Einbau von Treppenliften, aber auch bestimmte altersgerechte Assistenzsysteme (AAL) und Smart-Home-Anwendungen werden bezuschusst. „Erfahrungsgemäß sind die Fördermittel stark nachgefragt und oft schnell ausgeschöpft. Wer die Zuschüsse nutzen möchte, sollte jetzt aktiv werden, denn eine frühzeitige qualifizierte Beratung und Planung ist entscheidend, um bei Förderstart sofort antragsbereit zu sein“, so Petra Ruß, Leiterin der Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen.

Wer sich in Rheinland-Pfalz darüber informieren möchte, wie die Wohnumgebung barrierefrei gestaltet werden kann und welche aktuellen Fördermöglichkeiten es gibt, kann sich in 15 Städten von qualifizierten Architekt*innen der Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen kostenfrei beraten lassen. Bei Bedarf kann die Beratung auch zu Hause stattfinden.

Anfragen, Kurzinfos und Terminvereinbarungen sind möglich unter Tel.: 06131 / 28 48 71 (Mo., Mi. und Do., 10–13 Uhr) oder per E-Mail an: barrierefrei-wohnen@vz-rlp.de.

Quelle: VZ RP

Nachruf



Der SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland trauert um

Richard Dörzapf,

der im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Über Jahrzehnte hinweg hat er den SoVD auf Orts-, Kreis- und Landesebene maßgeblich geprägt und sich mit großem persönlichem Einsatz für soziale Gerechtigkeit und die Interessen der Schwächsten unserer Gesellschaft eingesetzt.

Von 1992 bis 2019 war er Ortsvorsitzender, Kreisvorsitzender sowie von 2000 bis 2019 Landesvorsitzender des SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland und gehörte in dieser Zeit auch dem Bundesvorstand an.

Lange Jahre war er ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht in Mainz. Für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement wurde er unter anderem mit der Landeseh-

rennadel und dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet und zum Ehrenbürger seiner Heimatgemeinde ernannt.

Mit Richard Dörzapf verliert der SoVD einen hochgeschätzten Mitstreiter, der dem Verband über viele Jahre hinweg Gesicht, Stimme und Haltung gegeben hat. Sein Wirken bleibt unvergessen.

Der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland

Laut Barmer Arzneimittelreport lassen sich zu wenig Personen im Saarland gegen Gürtelrose impfen

Niedrige Impfquote gefährdet ältere Menschen

Im Saarland sind deutlich zu wenig ältere Menschen gegen die gefährliche Gürtelrose geimpft. Das zeigt der Barmer-Arzneimittelreport. Demnach verfügten im Jahr 2023 nur 18,3 Prozent der saarländischen Barmer-Versicherten über 60 Jahren über eine vollständige Impfung gegen diese Krankheit, obwohl für Menschen dieses Alters eine entsprechende Impfempfehlung vorliegt und die Impfkosten von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden.

„Per Impfung lässt sich das Risiko einer Gürtelrose-Infektion erheblich verringern. Um die Impfquote zu steigern, müssen künftig alle Menschen mit Anspruch auf eine Gürtelrose-Impfung dazu Informationen in ihrer Hausarztpraxis erhalten“, sagt Dunja Kleis, Landesgeschäftsführerin der Barmer in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Zudem solle die Prüfung des Impfstatus und die Beratung zu empfohlenen Impfungen fester Bestandteil des Gesundheits-Check-ups werden.

Gürtelrose kann zu Tod oder Erblindung führen

Auch wie gefährlich Gürtelrose ist, analysiert der Arzneimittelreport für über 60-jährige Barmer-Versicherte aus dem Saarland anhand von Daten aus dem Jahr 2023. In dieser Gruppe erkrankten 10,6 von 1.000 an Gürtelrose, was bei ihnen zu einem für diese Erkrankung typischen bandförmigen, sehr schmerzhaften, einseitigen

Hautausschlag mit kleinen flüssigkeitsgefüllten Bläschen führte. In der gleichen Gruppe litten 0,4 von 1.000 an einer Gürtelrose unter Beteiligung des Auges mit der Gefahr einer Erblindung und 1,4 von 1.000 an postherpetischer Neuralgie, einer Gürtelrose-Variante mit Wochen oder Monate anhaltenden, starken Nervenschmerzen. „Eine Schutzimpfung gegen Gürtelrose ist vor allem für Menschen im höheren und hohen Alter wichtig, da das Erkrankungsrisiko mit dem Alter steigt. Die elektronische Patientenakte sollte künftig eine Funktion aufweisen, die in den Arztpraxen an die Empfehlung einer Gürtelrose-Impfung erinnert“, meint Kleis. Eine Gürtelrose könne im Extremfall auch tödlich verlaufen.

Ausweitung auf chronisch Kranke ab 18 Jahren

Weiterhin wertet der Arzneimittelreport die Gürtelrose-Erkrankungsraten bei den 18-

bis 59-jährigen saarländischen Barmer-Versicherten aus. Bei ihnen tritt die Krankheit demnach nur etwa halb so oft auf wie bei den über 60-Jährigen. „Bisher hatten neben den über 60-Jährigen auch Menschen von 50 bis 59 Jahren mit chronischer Erkrankung wie Diabetes Anspruch auf Kostenübernahme einer Gürtelrose-Impfung durch die gesetzliche Krankenversicherung. Die Ständige Impfkommission hat aber jüngst entschieden, diesen Anspruch auf chronisch Kranke ab 18 Jahren auszuweiten“, erklärt Kleis. „Die Gürtelrose-Impfung für chronisch Kranke ab 18 Jahren war schon vor Entscheidung der Ständigen Impfkommission Satzungsleistung bei der Barmer und damit kostenfrei für ihre Mitglieder möglich“, betont Kleis.

Große Unterschiede bei Gürtelrose-Impfquoten

Der Arzneimittelreport untersucht zudem mögliche Gründe

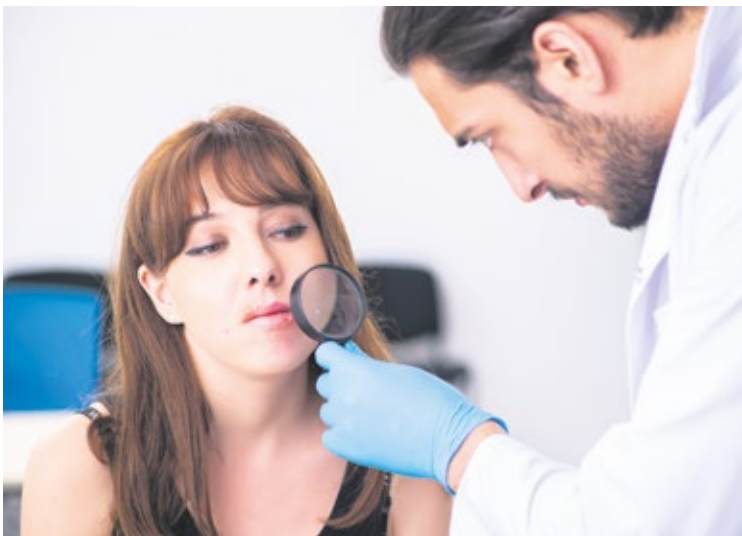


Foto: Elnur / Adobe Stock

Was mit Lippenbläschen beginnt, kann sich schnell zur gefährlichen Gürtelrose entwickeln. Eine Schutzimpfung wird schon jungen Leuten, besonders chronisch erkrankten, empfohlen.

für die geringen Quoten bei den Impfungen gegen Gürtelrose, die meist in Hausarztpraxen vorgenommen werden. Demnach reichen die Gürtelrose-Impfquoten bei saarländischen Hausarztpraxen in den Jahren 2019 bis 2023 unter den über 60 Jahre alten Barmer-Versicherten von null bis 55 Prozent. „Die enormen Unterschiede bei den Gürtelrose-Impfquoten zwischen den saarländischen Hausarztpraxen legen den Ver-

dacht nahe, dass nicht alle Praxen gleichermaßen strukturiert ihren Patient*innen Impfangebote unterbreiten. Es darf nicht von der Wahl der Hausarztpraxis abhängen, ob Menschen eine für sie empfohlene Impfung erhalten oder nicht“, unterstreicht Kleis. Wie sich Impfen in der Praxis wirksam organisieren lasse, solle daher künftig Teil ärztlicher Fortbildungen sein.

Quelle: Barmer Krankenkasse

Glückwünsche



Foto: Ortis / Adobe Stock

60 Jahre: 7.3.: Ralf Penner, Bruchweiler; 10.3.: Ralf Behnke, Andernach; 11.3.: Stephan Zentz, Weitersburg; 12.3.: Michael Schneider, Kaiserslautern; 14.3.: Uwe Geiger, Bellheim; 22.3.: Jürgen Cadorn, Rülzheim; 23.3.: Agatha Skorupa, Nierstein; 24.3.: Jutta Sell, Rheinzabern; 26.3. Axel Morlock, Rheinzabern.

65 Jahre: 1.3.: Claudia Lohne, Maring-Novian; 9.3.: Harald Schröder, Schiffweiler; 13.3.: Christiane Matthäi, Gau-Heppenheim; 14.3.: Manfred Stephan, Rülzheim; 18.3.: Jutta Klein, Zweibrücken; 20.3.: Jürgen Höh, Ilbesheim; 21.3.: Werner Jacobi, Bingen; 24.3.: Claudia Wantje, Herxheim; 29.3.: Barbara Herres, Neunkirchen.

70 Jahre: 4.3.: Helga Leonhardt, Norken; 17.3.: Thomas Wolff, Rülzheim; Renate Schneider, Gaggenau; 26.3.: Karin Wilser, Karlsbad; 30.3.: Lothar Kohler, Schwegenheim; 31.3.: Jürgen Nesweda, Gernersheim.

75 Jahre: 1.3.: Beate Sachweh, Landau; 3.3.: Elisabeth Josef, Ludwigshafen; 7.3.: Gisela Foullois, Kindsbach; Bernhard Dörzapf, Kuhardt; 13.3.: Karl Gerhard Sinß, Schweppenhäusen; 14.3.: Ursula Burr, Ottweiler; 17.3.: Aysel Baumgärtner, Bingen; 20.3.: Wolfgang Röhring, Rülzheim; 30.3.: Erika Hoffmann, Hatzenbühl; 31.3.: Willi Wittenmeier, Hochstadt.

80 Jahre: 7.3.: Fritz Dörzapf, Bellheim; 15.3.: Heinz-Werner Wölfl, Lebach; 16.3.: Amandus Mandl, Laubenheim; 29.3.: Gudrun Doll, Kuhardt.

90 Jahre: 6.3.: Irma Scherrer, Rülzheim; 19.3.: Ursula Junghans, Bingen; 20.3.: Herta Weber, Rülzheim.

91 Jahre: 4.3.: Anita Floerschinger, Schifferstadt; 11.3.: Monika Gensheimer, Wörth.

92 Jahre: 5.3.: Inge Vogel, Gau-Bischofsheim.

94 Jahre: 10.3.: Anita Keller, Gernersheim.

96 Jahre: 16.3.: Margot Pistor, Berzhahn.

99 Jahre: 15.3.: Günther Brömer, Spiesen-Elversberg.

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern unter Tel.: 0631/73 657. Dort nennt man Ihnen den*die zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung über die Zuständigkeiten:

- Für die **Region Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinland-Pfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller unter Tel.: 06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. In **Bad Kreuznach** findet eine monatliche Sprechstunde jeden letzten Mittwoch im Monat, nach vorheriger Terminver-

einbarung im Lotte-Lemke-Haus, Saline-Theodorshalle 22 statt.

- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. In **Gernersheim** findet eine Sprechstunde nach Terminvereinbarung in der Bergstraße 21 statt.

- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an.

Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtage werden nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 abgehalten; Änderungen vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 11. März, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 11. März, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 25. März, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (das Sozialbüro ist links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 25. März, 13.30–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Internationaler Aktionstag „Safer Internet Day“ zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Internet

Immer häufiger Chatbots im Kundenservice

Auf dem diesjährigen „Safer Internet Day“ im Februar in Stuttgart lautete das Motto „KI and me. In künstlicher Beziehung“. Dabei ging der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk, auch auf die Probleme von Verbraucher*innen mit KI im Kundenservice und dessen Vor- und Nachteile ein.

„Sogenannte Chatbots, Roboter mit denen man sich mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) unterhalten kann, werden immer häufiger von Unternehmen im Kundenservice eingesetzt, um Nutzer*innenanfragen in Echtzeit zu beantworten. Perspektivisch werden Chatbots für viele Bereiche im Kundenservice zum Standard, dies bringt für die Verbraucher*innen Vorteile aber auch Herausforderungen mit sich“, sagte der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk, auf dem „Safer Internet Day“ 2026.

Der Safer Internet Day ist ein weltweiter Aktionstag für mehr Online-Sicherheit. Er findet seit 2004 statt und setzt jedes Jahr einen neuen thematischen Schwerpunkt. In Deutschland wird der Safer Internet Day von der Initiative klicksafer der Europäischen Union (EU) koordiniert.

Virtueller Kundendienst auf dem Vormarsch

Die fortschreitende Digitalisierung verändert auch die Kommunikation im Kundenservice

zwischen Verbraucher*innen und Unternehmen. Hier gewinnen Chatbots immer mehr an Relevanz. Der Grund dafür liegt auf der Hand: KI-unterstützte Kommunikationsprozesse sparen zumindest mittel- bis langfristig Zeit und Geld.

Solche virtuellen Schnittstellen sollen die Servicemitarbeiter*innen entlasten. Durch weitere technologische Fortschritte könnten automatisierte Interaktionen für viele Bereiche des Kundenservice zum Standard werden. Laut Statista wird in diesem Bereich von einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 23 Prozent bis zum Jahr 2032 ausgegangen.

Nachteile der KI für Auskunftssuchende

Die Kommunikation zwischen Mensch und Chatbot verläuft jedoch nicht immer störungsfrei. Einer Umfrage der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) zufolge hätten viele Verbraucher*innen schlechte Erfahrungen mit Chatbots gemacht und würden die Kommunikation im

Verlauf des Gesprächs eher genervt abbrechen. Auf manchen Webseiten von Unternehmen suchen Kund*innen vergeblich den direkten Kontaktweg zu einer*inem menschlichen Mitarbeiter*in. Im schlimmsten Fall kann ein schlechter Kundenservice dazu führen, dass Betroffene ihre Gewährleistungsrechte zum Beispiel gar nicht einfordern und finanzielle Einbußen erleiden.

Mögliche Vorteile der KI für die Unternehmen

Digitale Kundenkommunikation kann aber auch sinnvoll sein und einige Chancen bieten. KI-unterstützte Kundenberatung kann das Anliegen eines Kunden erkennen und bestenfalls auch schon einordnen, bevor man an eine*n Mitarbeiter*in weitergeleitet wird. Ein Vorteil ist darüber hinaus die Möglichkeit, sein Anliegen orts- und zeitunabhängig vorzubringen oder für Standardprobleme relativ schnell Hilfestellung zu erhalten. „Damit bei Verbraucher*innen keine falschen Erwartungen geweckt werden, sind Unter-



Foto: Drobot Dean / Adobe Stock

Wutausbrüche am Telefon lassen die KI kalt, während Anrufer*innen verzweifelt versuchen, eine Antwort zu bekommen.

nehmen dazu angehalten, klar zu kommunizieren, dass es sich um einen Chatbot handelt“, so Minister Hauk.

Unternehmen haben beim Onlineauftritt Pflichten

Unternehmen dürfen sich nicht vollständig aus der Kundenkommunikation verabschieden, nur weil dies finanzielle Einsparungen bietet. Nach geltendem Recht gibt es Pflichtangaben, die ein Unternehmen auf seiner Webseite machen müsse. Dazu zählt die Veröffentlichung vom Firmennamen und -sitz, die Postanschrift und eine E-Mail-

Adresse sowie die Impressumspflicht und ein Kündigungsbutton für online geschlossene Dauerschuldverhältnisse. Ein telefonischer Kundendienst darf dabei nicht nur über eine teure 0180-Rufnummer bereitgestellt werden. Warteschleifen bei Sonderrufnummern müssen kostenfrei sein.

Wer den Kundendienst eines Unternehmens nicht erreichen kann, sollte sich postalisch per Einwurf-Einschreiben oder an die E-Mail-Adresse im Impressum des Unternehmens wenden. *Quelle: Ministerium für Verbraucherschutz BW*



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Hockenheim

Kristina Nowak wurde im Ortsverband Hockenheim für stolze 50 Jahre Mitgliedschaft im Verband geehrt (s. li. Foto).

Auf dem Neujahrsempfang

der Stadt Hockenheim am 9. Januar war der SoVD mit einem Infostand vertreten. Die Landesbevollmächtigte Heike Sommerauer-Dörzapf nutzte diesen Anlass, um die langjäh-

rige Ortsvorsitzende Heidegard Busch (s. re. Foto, Mitte, mit Ehemann Peter) mit einer Urkunde und einem Blumenstrauß für ihre 35-jährige Mitgliedschaft beim SoVD zu ehren.



Ortsverband Hockenheim



Ortsverband Hockenheim

Freiwillige Beiträge in Rente noch bis März

Freiwillige Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung können nicht nur die spätere Rente erhöhen, sondern auch einen Rentenanspruch begründen. Davon profitieren beispielsweise Menschen, die bereits Pflichtbeiträge für die Erziehung eines Kindes bekommen, die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren damit aber noch nicht erfüllen.

Der monatliche Mindestbeitrag für die freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt seit dem 1. Januar 112,16 Euro, der Höchstbeitrag 1.571,70 Euro. Noch bis zum 31. März können freiwillige Beiträge für das Jahr 2025 nachgezahlt werden. Die Beträge liegen hierfür zwischen 112,16 Euro und 1.497,30 Euro.

Die freiwillige Versicherung ist möglich für alle Menschen, die mindestens 16 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in Deutschland haben und in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht pflichtversichert sind, ebenso für Deutsche mit Wohnsitz im Ausland. Auch wer eine vorgezogene Altersrente bezieht, kann bis zum Erreichen des regulären Rentenalters freiwillige Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und dadurch die eigene Rente weiter erhöhen. Ausgeschlossen von der freiwilligen Versicherung sind Versicherte, die die reguläre Altersgrenze erreicht haben und eine volle Altersrente beziehen. *Quelle: DRV*

Interessierte für das Ehrenamt gesucht

Der **Ortsverband Höpfigen** sucht Mitglieder, die sich gerne engagieren möchten, für die folgenden ehrenamtlichen Funktionen:

- 1. Vorsitzende*r,
- stellvertretende*r Vorsitzende*r,
- Schatzmeister*in (Kassenführung, bar und Bank),
- Schriftführer*in (Protokollführung, Einladungen, Glückwünsche etc.),
- Frauensprecherin (Engagement für Frauenrechte wie Gleichstellung etc.),
- Beisitzer*innen,
- Revisor*innen.

Gerne können Sie sich in diesem Ortsverband auch zunächst einmal als Kümmerer oder Kümmerin einbringen.

Melden Sie sich für weitere Informationen gerne bei Karin Lokotsch unter Tel.: 06283/54 39 oder in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Der **Ortsverband Hockenheim** sucht ebenfalls dringend Mitglieder oder Interessierte, die sich für die aktive Fortführung des Ortsverbandes engagieren und sich gerne im Vorstand oder als Kümmerer oder Kümmerin einbringen möchten.

Melden Sie sich bei Interesse bitte gerne bei der Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf unter Tel.: 0171/22 62 628 oder E-Mail an: Heike.Sommerauer-Doerzapf@sovd.de.



Ortsverband Mannheim-Mitte

7. März, 11 Uhr: Mitgliedertreffen mit Ehrungen, Gaststätte Stollenwörthweiher, Rheingoldstraße 202, 68199 Mannheim, Straßenbahnlinie 3 (Haltestelle Stollenwörthweiher).

Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim

12. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen zur Jahresplanung, Café Starke, Gutenbergstraße 16, 68775 Ketsch.



Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Zugleich wünschen wir den kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

70 Jahre: 17.3.: Uwe Hildenbrand, Mannheim; 18.3.: Corinna Senft, Langenargen; 20.3.: Reinhard Pilz, Geislingen; 30.3.: Ingrid Schwarz, Höpfigen.

75 Jahre: 1.3.: Maria Dornfeld, Baienfurt; 4.3.: Bertram Jaiser, Friedrichshafen; 4.3.: Margit Marquardt, Stuttgart; 9.3. Anton Müller, Bad Waldsee; 16.3.: Renate Walter, Höpfigen; 23.3.: Bernd Falseler, Sinsheim; 25.3.: Thomas Grusch, Rauenberg.

80 Jahre: 5.3.: Cristos Konstantinidis, Heilbronn; 15.3.: Wilhelm Weber, Altshausen.

85 Jahre: 11.3.: Elke Weinges, Mannheim; 23.3.: Alfred Schödlisch, Filderstadt; 25.3.: Rosmarie Streitel, Langenargen.

90 Jahre: 12.3.: Franz Gaaß, Tübingen; 19.3.: Johanna Chlosta, Albstadt; 24.3.: Klaus Werner, Weilheim.

91 Jahre: 26.3.: Paul Gidius, Mannheim.

92 Jahre: 16.3.: Ursula Becker, Rheinfelden.

94 Jahre: 8.3.: Hildegard Umbach, Stuttgart.

95 Jahre: 14.3.: Waltraud Zanger, Mannheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg sammelt Fälle Betroffener

Wurde Ihr Rentenfaktor gekürzt?

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat nach Klage der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg gegen die Allianz Lebensversicherung am 10. Dezember 2025 entschieden: Eine Klausel der Allianz Lebensversicherungs-AG in Riester-Verträgen, die eine einseitige Absenkung des Rentenfaktors erlaubt, ist unwirksam (Az. IV ZR 34/25).

Die Klausel sah Kürzungen bei sinkenden Zinsen oder steigender Lebenserwartung vor, verpflichtete den Versicherer aber nicht, den Rentenfaktor bei besseren Bedingungen wieder anzuheben.

Die Klausel wurde Angaben der Allianz zufolge in Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) fondsgebundener Riester-Rentenversicherungen verwendet, die zwischen Juni und November 2006 abgeschlossen wurden, und lautet wie folgt: „Wenn aufgrund von Umständen, die bei Vertragsabschluss nicht vorhersehbar waren, die Lebenserwartung der Versicherten sich so stark erhöht oder die Rendite der Kapitalanlagen (siehe Paragraph 25 Abs. 1 a Satz 4) nicht nur vorübergehend so stark sinken sollte, dass die in Satz 1 genannten Rechnungsgrundlagen voraussichtlich nicht mehr ausreichen, um unsere Rentenzahlungen auf Dauer zu sichern, sind wir be-

rechtigt, die monatliche Rente für je 10.000 Euro Policenwert so weit herabzusetzen, dass wir die Rentenzahlung bis zu Ihrem Tode garantieren können.“

Die Allianz teilte der Verbraucherzentrale mit, dass sie Rentenkürzungen aus dieser Klausel rückgängig machen würde. Die Allianz und andere Versicherer haben aber auch Klauseln zur Kürzung des Rentenfaktors verwendet, die sich im Wortlaut von dem vom BGH entschiedenen Fall unterscheiden. Unter Umständen kann eine Kürzung, die sich auf eine ähnliche Klausel bezieht, dennoch rechtswidrig sein. Die Verbraucherzentrale sammelt Fälle, um zu prüfen, wie sie Verbraucher*innen unterstützen kann, sich gegen unzulässige Rentenkürzungen zu wehren.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg prüft derzeit, ob die Allianz das Urteil wie angekündigt umsetzt. Außerdem beobachtet sie, wie andere Ver-

sicherer, die ähnliche Klauseln verwendet haben, sich nun verhalten. Dazu sucht sie Betroffene, denen der Rentenfaktor gekürzt wurde.

Auf der Internetseite der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg können Versicherte ihren Vertrag überprüfen lassen.



Foto: Kzenon / Adobe Stock

Alte Versicherungsverträge zur Riesterrente sollten jetzt überprüft werden.



Sprechstunden

Eine persönliche Sozialberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialberater*innen statt. Neben telefonischer Beratung sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich. Aufgrund derzeit eingeschränkter Kapazitäten können wir eine zeitnahe Erledigung rechtlicher Angelegenheiten (Anfragen zu Rechtsberatungen/-vertretungen) nicht gewährleisten.

Mit einer Bearbeitungszeit von mehreren Wochen müssen Ratsuchende momentan leider rechnen. Bei Abschluss einer Mitgliedschaft bitten wir dies zwingend zu berücksichtigen.

Sozialberatung in Albstadt / Raum Bodensee-Alb

Die persönliche Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt am dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 16 Uhr, nur nach vorheriger Terminvereinbarung bei Beraterin Christine Weidenauer unter Tel.: 0176/40 13 99 50.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Terminvereinbarungen erfol-

gen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Terminvereinbarungen erfolgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung in Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Windeckstraße 9 in 68163 Mannheim statt, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Ortsverband Höpfigen / Raum Neckar-Odenwald

Eine Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Karin Lokotsch, Tel.: 06283/54 39. Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag im Monat von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“, Heidelberger Straße 18 in 74746 Höpfigen statt. **Nächster Termin: 13. März.**

Sozialberatung im Ortsverband Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer im August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172. **Nächster Termin: 25. März.**

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 10 bis 16 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt. Bitte unbedingt vorher einen Termin über die Landesgeschäftsstelle vereinbaren unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die Terminvereinbarung zur telefonischen Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 172 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68163 Mannheim unter der gleichen Telefonnummer zur Verfügung.

Ein bundesweites Portal meldet gesundheitsschädliche Lebensmittel

App warnt vor Kauf und Verzehr

Auf dem Portal lebensmittelwarnung.de publizieren die 16 Bundesländer und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Rahmen ihrer Zuständigkeiten unter anderem öffentliche Produktrückrufe von Unternehmen.

Auf der Startseite des Portals finden sich aktuelle Meldungen zu gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln in Listenform. Im Suchbereich können Meldungen nach Schlagworten gesucht oder auch nach Themenbereichen gefiltert werden. Meldungen gibt es zu folgenden Kategorien: Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel, Baby- und Kinderprodukte sowie Mittel zum Tätowieren.

Dazu gibt es weiterführende Infos zur Lebensmittelüberwachung sowie den Zuständigkei-

ten der Behörden und Unternehmen sowie ein Glossar.

Zudem ist vorgesehen, lebensmittelwarnung.de als Infomedium zum Beispiel in Krisensituationen zu nutzen. Die Inhalte werden sowohl in Leichter Sprache als auch in Gebärdensprache dargestellt.

Besonders praktisch: die kostenlose App, die alle Meldungen aktuell an die Verbraucher*innen weitergibt, ist erhältlich für Android und iOS.

Eine App warnt beim Einkaufen vor verseuchten Lebensmitteln.



Foto: Koegelenberg Coop / peopleimages.com / Adobe Stock

BürgerServiceCenter-Mitte ist umgezogen

Bereits Ende Januar hat das BürgerServiceCenter-Mitte (BSC-Mitte) seinen bisherigen Standort in der Pelzerstraße 40 verlassen. Der Umzug in die Martinistraße 3 wurde notwendig, weil das Parkhaus Mitte abgerissen wird.

Laut Innenressort ermöglichen die neuen, komplett sanierten Räumlichkeiten mit einer zeitgemäßen Ausstattung verbesserte und schnellere Abläufe. Insgesamt stehen im Erdgeschoss und den beiden darüberliegenden Etagen rund 3.800 Quadratmeter zur Verfügung. Die Wartebereiche sind deutlich größer und komfortabler ausgestattet. Auch die Barrierefreiheit soll nach dem Umzug allen aktuellen Standards entsprechen.

Am neuen Standort stehen Self-Check-in-Terminals sowie Automaten für Passfotos, Fingerabdrücke und Unterschriften zur Verfügung. Außerdem ist eine Dokumentenausgabebox vorgesehen.

Der neue Standort in der Martinistraße ist gut zu erreichen, denn Straßenbahnen und Busse halten nur wenige Schritte entfernt an der Domsheide.

Quelle: Senatspressestelle

Jahrespressekonferenz der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin fordert mehr Geschlechtersensibilität

Geschlecht als Teil personalisierter Therapie

Frauen und Männer können bei denselben Erkrankungen unterschiedliche Symptome entwickeln, unterschiedliche Risiken haben und unterschiedlich auf die gleichen Therapien ansprechen. Doch Forschung, Leitlinien und Versorgung bilden diese Realität noch zu selten ab. Auf der Jahres-Pressekonferenz der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin e.V. (DGIM) machten Expert*innen deutlich, dass Geschlechtersensibilität als Teil der personalisierten Medizin die Voraussetzung für gute Versorgung ist – und Fehl- sowie Unterversorgung vermeiden hilft.

Diabetes, Herzinsuffizienz und bösartige Geschwüre: Bei vielen häufig auftretenden internistischen Krankheitsbildern arbeitet die Forschung intensiv daran, Krankheitsmechanismen, Risikofaktoren und Behandlungsansätze immer besser zu ergründen. „Hingegen stehen wir eher am Anfang bei der Aufklärung, in welcher Form sich biologische Unterschiede zwischen den Menschen – vor allem zwischen Männern und Frauen – auf die Entstehung von Erkrankungen, ihre Prävention und Behandlung auswirken“, sagte Professorin Dr. Dr. med. Dagmar Führer-Sakel, die Vorsitzende der DGIM. Dieses Wissen sei aber erforderlich, um Patientinnen zukünftig möglichst personalisiert behandeln zu können.

Die Endokrinologin erklärte, dass hierbei insbesondere hormonelle Faktoren relevant sind. Bei Frauen etwa rund um die Menopause verschlechtern sich mit dem Abfall der protektiv wirkenden Östrogene die Werte für Blutdruck, Fettstoffwechsel und Blutzuckerkontrolle.

Bei Männern verändere der im höheren Lebensalter sinkende Testosteron-Spiegel den Knochenstoffwechsel, wodurch das Osteoporose-Risiko steigt. „Bei beiden Geschlechtern haben die individuellen hormonellen Veränderungen im Laufe des Lebens Konsequenzen für Prävention und Therapie“, so Professorin Führer-Sakel. In vielen Bereichen bestehe jedoch noch Nachholbedarf. „Wir brauchen noch mehr Grundlagenforschung, um genau zu verstehen, wie Geschlechtshormone Stoffwechselprozesse, die Entstehung von Krebs und Autoimmunerkrankungen beeinflussen“, so die DGIM-Vorsitzende.

Entscheidend für den Erfolg einer modernen Inneren Medizin sei, dass Patient*innen eine Versorgung erhalten, die sich stets am aktuellen Stand der Evidenz orientiere und zugleich individuelle Faktoren berücksichtige. Dies sei bislang nicht immer der Fall. Mit der Initiative „Klug entscheiden“ trage die DGIM hingegen schon viel dazu bei, evidenzbasierte Empfeh-

lungen in den klinischen Alltag zu bringen.

„Die Forschung muss dort ansetzen, wo die Versorgung bislang noch zu oft ‚blind‘ für Unterschiede geblieben ist“, sagte auch Professorin Dr. med. Petra-Maria Schumm-Draeger aus München. „Die Praxis orientiert sich noch zu oft am ‚Standardpatienten‘, so die Diabetologin und Sprecherin der neu gegründeten DGIM-Kommission Geschlechtersensible Medizin. Gerade bei Diabetes seien Frauen häufig ‚untertherapiert‘ und erreichten empfohlene Blutzuckerwerte und andere Therapieziele seltener als Männer.

Bislang würde geschlechtersensible Medizin in Deutschland noch den Gender Data Gap und strukturelle Ungleichheit erschwert, ergänzte Professorin Dr. med. Ute Seeland, Leiterin der Sektion Geschlechtersensible Medizin und Prävention an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Ähnlich sah das auch der DGIM-Generalsekretär Professor Dr. med. Georg Ertl, Herz-



Foto: wladimir1804 / Adobe Stock

Die Medizin orientiert sich in Forschung, Diagnostik und Therapie am männlichen Durchschnittspatienten. Dabei reagieren Frauenkörper oft anders auf Erkrankungen und Medikamente.

Kreislauf-Erkrankungen sind in Deutschland die häufigste Ursache für Krankenhausaufnahmen und die häufigsten Todesursachen. „Ein erster Schritt in Richtung Personalisierung ist die Berücksichtigung des Geschlechts bei der Diagnostik und Therapie“, sagte der Würzburger Internist und Kardiologe.

Personalisierte Medizin bedeute allerdings nicht beliebige Einzelentscheidungen, sondern müsse stets auf wissenschaftlicher Evidenz fußen. Damit diese – auch mit Blick auf geschlechtersensible Medizin – weiter gestärkt werde, forderte auch er mehr Studien, die Frauen

konsequent einschließen. „Die Forderung nach inklusiven Studienprotokollen unterstützt die DGIM deshalb sehr“, sagte Ertl. Nur so lasse sich erreichen, dass Patientinnen bei Diagnostik und Therapie nicht länger benachteiligt werden.

Neben der geschlechtersensiblen Medizin treibt die DGIM die zukunftsorientierte Innere Medizin mit zahlreichen weiteren Aktivitäten voran, wie der Geschäftsführer Dr. iur. Oliver Franz erläuterte. Die Fachgesellschaft begleite Reformen in Fort- und Weiterbildung sowie im Gesundheitswesen mit konstruktiven Vorschlägen und unter enger Einbindung der internistischen Schwerpunktgesellschaften. Quelle: DGIM

Inklusive Studienprotokolle gefordert

Broschüre für Menschen mit Behinderungen

Tipps zum Gewaltschutz

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im November letzten Jahres eine Broschüre herausgegeben, die Menschen mit Behinderungen wichtige Tipps gibt, wie man sich vor Gewalt schützen und wo man gegebenenfalls Hilfe finden kann.

Seit 2021 sind die Erbringer von Leistungen der Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen verpflichtet, besondere Maßnahmen zum Schutz von Menschen mit Behinderungen oder von einer Behinderung bedrohten Menschen vor Gewalt zu treffen, insbesondere auch für Frauen und Kinder. Zu einer wirksamen Umsetzung gehören spezielle Konzepte zum Gewaltschutz, die auf die jeweiligen Einrichtungen oder Dienstleistungen abgestellt sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat Ende 2024 den „Arbeitskreis Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen“ eingerichtet, in dem Vertreter*innen aus Politik, Verbänden, Wissenschaft, Praxis und Selbstvertretung zusammenarbeiten, um den Gewaltschutz zu stärken. Die Mitglieder des Arbeitskreises haben gemeinsam einen Wegweiser erarbeitet, der im November 2025 vorgelegt wurde. Es werden fünf Handlungsfelder beschrieben, die eine Hilfestellung darstellen, um Menschen mit Behinderungen besser vor Gewalt zu schützen. Einvernehmen besteht darin, dass es sich nicht um einen einmaligen Vorgang sondern um einen fortlaufenden Prozess handeln muss, dass alle Beteiligten daran mitwirken müssen und dass es wichtig ist, die Betroffenen einzubeziehen und zu stärken.

Den Wegweiser gibt es auf der Homepage des Ministeriums unter: www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren.

Quelle: BMAS Bremen

Glückwünsche



Foto: Ortis / AdobeStock

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Ehrenamt sucht ...

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421 / 16 38 490;
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband, Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen, Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Verbraucherzentrale Bremen informiert zu Bleirohren und Legionellen

Gefahr aus der Wasserleitung?

In Gebäuden, die vor 1973 errichtet wurden, sind vereinzelt immer noch Bleirohre verlegt. Rohre, die den strengen Bleigrenzwert von 0,010 Milligramm pro Liter überschreiten, müssen von Eigentümer*innen ausgetauscht werden. Ab 2028 gilt ein neuer Bleigrenzwert von 0,005 Milligramm pro Liter.

Wer zur Miete wohnt, muss sich an ihren*seinen Vermieter*in wenden. Auch wenn die Einhaltung des Richtwertes kein Problem ist, haben Mieter*innen das Recht, über die Existenz von Bleirohren informiert zu werden.

In Mehrfamilienhäusern mit zentralen Warmwasseranlagen, die über eine Speicherkapazität von mehr als 400 Liter verfügen, muss das Wasser zudem regelmäßig auf Legionellen untersucht werden. Denn die gesundheitsschädlichen Bakterien können bei anfälligen Menschen Lungenentzündungen auslösen.

Vermieter*innen sind verpflichtet, Mieter*innen über die Ergebnisse einer Legionellenprüfung zu unterrichten. Mehrfamilienhäuser, in denen die Wohnungen über einen eigenen Boiler zur Wassererwär-

mung verfügen, sowie in Zweifamilienhäusern ist eine Gefahr von Legionellen allerdings eher unwahrscheinlich. Eine Überprüfung ist meist nicht erforderlich. Eigentümer*innen sollten jedoch darauf achten, dass Warmwasser im Haus auf 60 Grad Celsius erwärmt wird.

Rost oder Sandpartikel aus dem städtischen Rohrleitungsnetz können in den Wasserleitungen zu Lochfraß führen oder Armaturen verstopfen. Um dies zu verhindern, ist seit 2012 der Einbau von Partikelfiltern am Hausanschluss Pflicht. Diese Filter sind nicht zu verwechseln mit Schadstofffiltern, die aus Sicht der Verbraucherzentralen unnötig sind.

Die regelmäßige Wartung ist jedoch ein Muss. Partikelfilter ohne automatische Rückspülung müssen zudem regelmäßig gespült werden. Die War-

tungsintervalle des Herstellers sollten dazu beachtet werden.

Fehlt ein Partikelfilter in der Leitung, könnte es sein, dass Versicherungen bei einem Wasserrohrbruch den Schaden nicht übernehmen. Um eine gute Trinkwasserqualität zu erhalten, sollten zudem die Siebaufsätze an den Wasserhähnen, sogenannte Perlatoren, regelmäßig abgeschraubt und gereinigt werden, am besten mit einer milden Zitronensäurelösung.

Das muss ein Fachbetrieb machen. Um zu verhindern, dass ungeeignete Materialien verwendet werden und dadurch eventuelle teure Schäden entstehen, dürfen laut Trinkwasserverordnung nur sachkundige Betriebe Arbeiten an Rohren durchführen. Welche Betriebe dafür zugelassen sind, erfahren Sie bei Ihrem örtlichen Wasserversorger. Quelle: VZ Bremen

Termine

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

10. März, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen bei Kaffee und Kuchen sowie einem Vortrag der AOK Bremen / Bremerhaven zur elektronischen Patientenakte.

Jeden 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen.

Ort: Altbürgerhaus, Neulandstraße 48. **Ansprechpartner*in:** 1. Ortsvorsitzender Horst Cordes, Tel.: 0471 / 29 00 801, und 2. Ortsvorsitzende Birgit Schild, Tel.: 0471 / 80 43 67.

Ortsverband Bremerhaven-Leherheide

13. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Infoveranstaltung. Anmeldung bei Alfred

Bultmann, Tel: 0471 / 80 27 98 oder Norbert Krajewski, 2. Vorsitzender, Tel: 0471 / 66 370, Ev. Gemeindezentrum Leherheide, Heideschulweg 9, 27578 Bremerhaven.

Ortsverband Geestemünde

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen bei den Veranstaltungen der Ortsverbände Leherheide und Bremerhaven Nord-Süd.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal

18. März, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen im „Zum grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Bremen-Lesum

13. März, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen,

Sportpark Marßel, Stader Landstraße 100, 28719 Bremen.

Ortsverband Vegesack

7. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen im Restaurant „Zum Alois“, Breite Straße 12, 28755 Vegesack.

Kreisverband Bremen Ortsverband Bremen-Süd

21. März, 12 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen im Rotheo in Huckelriede, Niedersachsendamm 20 a, 28201 Bremen. Einlass ab 11.30 Uhr. **Anmeldung bis zum 16. März** bei Erhard Flemming unter Tel.: 0152 / 06 55 11 55 oder an: erhardflemming@sovd-hb.de oder bei Bianca Muhs unter Tel.: 0175 / 46 65 433.

Bitte den Mitgliedsausweis mitbringen!

JHV mit Wahlen – TOP

- Die Tagesordnungspunkte sind:
- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen.
 - Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung.
 - Wahl des Ortsvorstandes.
 - Wahl der Revisor*innen.
 - Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung.
 - Entlastung des Ortsvorstandes.

Newsletter

Mitglieder, die einmal monatlich (außer der Sommer-Ausgabe) den E-Mail-Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, senden bitte einen Hinweis an: newsletter@sovd-hb.de.



Internationaler Frauentag macht auf herrschende Ungleichheit aufmerksam

Frauen häufiger arm im Alter

Der Internationale Frauentag am 8. März erinnert jedes Jahr daran, dass Gleichberechtigung keine Selbstverständlichkeit ist. Auch 2026 zeigt sich: Frauen sind in vielen Lebensbereichen noch immer strukturell benachteiligt – in Hamburg ebenso wie bundesweit. Besonders deutlich wird dies bei Einkommen, Sorgearbeit, Gesundheit und sozialer Absicherung.

Ein zentrales Problem bleibt die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern. In Hamburg verdienen Arbeitnehmerinnen im vergangenen Jahr durchschnittlich 17 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit liegt die Lohnlücke in der Hansestadt sogar über dem bundesweiten Durchschnitt von 16 Prozent. „Schlimm ist, dass sich seit Jahren viel zu wenig tut, um diese Ungleichheit wirksam zu verringern“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Klaus Wicher. „Gleiche Bezahlung ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Frage von Gerechtigkeit und Gleichstellung.“

Die Folgen dieser Ungleichheit sind gravierend. Niedrigere Löhne führen zu geringeren Rentenansprüchen und erhöhen das Risiko finanzieller Unsicherheit im Alter. „Wer heute weniger verdient, trägt ein deutlich höheres Risiko für Altersarmut“, warnt Wicher. In Hamburg, wo die Lebenshaltungskosten besonders hoch sind, verschärft sich dieses Problem zusätzlich. Altersarmut ist auch hier überwiegend weiblich.

Hinzu kommt die weiterhin ungleiche Verteilung der Sorgearbeit. „In Hamburg übernehmen Frauen nach wie vor den größten Anteil der unbezahlten Care-Arbeit – von der Kinderbetreuung bis zur Pflege von Angehörigen“, weiß Susanne Langhagel, Vorsitzende des Landesfrauenausschusses und



Foto: Firma V / Adobe Stock

Frauen übernehmen immer noch den Großteil der Sorgearbeit

Landesfrauensprecherin des SoVD Hamburg. „Sorgearbeit ist jedoch eine gemeinsame Verantwortung von Frauen und Männern.“ In der Praxis führt die ungleiche Verteilung dazu, dass vor allem Frauen ihre Arbeitszeit reduzieren oder ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Alleinerziehende – überwiegend Frauen – haben durch diesen Spagat ein erhöhtes Armutsrisiko.

Vor diesem Hintergrund rückt die neue Grundsicherung in den Fokus. Sie setzt stärker auf schnelle Arbeitsaufnahme und verschärfte Mitwirkungspflichten. „Für viele Frauen und Männer in Hamburg mit familiären Sorgeverpflichtungen, insbesondere für Alleinerzie-

hende, bedeutet dies zusätzlichen Druck“, sagt Langhagel. „Eine existenzsichernde Beschäftigung setzt eine verlässliche und bedarfsgerechte Kinderbetreuung voraus, die auch atypische Arbeitszeiten wie Schicht- oder Nacharbeit abdeckt. Andernfalls besteht die Gefahr, dass insbesondere Frauen zwar schneller in Arbeit gedrängt werden, aber weiterhin im Niedriglohnbereich verbleiben und auf staatliche Leistungen angewiesen sind.“

Gleichstellung endet zudem nicht beim Einkommen. Frauengesundheit, der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und bezahlbarer Wohnraum sind entscheidende Faktoren für ein selbstbestimmtes Leben. Frauen müssen sich aus Gewaltbeziehungen lösen können, ohne an fehlendem Wohnraum oder finanzieller Unsicherheit zu scheitern. Der Bundesrat hat Ende Januar einen Gesetzesantrag aus Hamburg zugestimmt, der künftig Opfern von häuslicher Gewalt helfen soll, einen gemeinsam mit dem Täter geschlossenen Mietvertrag einfacher auflösen zu können. Wicher sieht darin einen wichtigen Schritt, dem nun Maßnahmen auf dem Wohnungsmarkt folgen müssen. Er mahnt: „Echte Gleichberechtigung braucht politische Entscheidungen, die Frauen schützen, stärken und absichern – nicht nur am 8. März, sondern an jedem Tag des Jahres.“



Editorial

**Liebe Mitglieder,
liebe Interessierte,**

der Internationale Frauentag am 8. März erinnert alljährlich daran, wie weit Anspruch und Wirklichkeit noch auseinanderliegen. Auch in Hamburg ist Armut weiblich. Frauen sind deutlich häufiger armutsgefährdet als Männer – insbesondere Alleinerziehende und ältere Frauen. Rund jede fünfte Frau in unserer Stadt gilt als armutsgefährdet, bei Alleinerziehenden sind es sogar weit über 40 Prozent. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis struktureller Benachteiligung: niedrigere Löhne, Teilzeit und Minijobs, unbezahlte Sorgearbeit sowie unterbrochene Erwerbsbiografien führen direkt in finanzielle Unsicherheit – oft bis ins Alter. Frauenarmut ist politisch gemacht und kann politisch bekämpft werden. Doch dafür braucht es mehr als wohlmeinende Bekenntnisse. Wir brauchen existenzsichernde, transparente Löhne, eine armutsfeste Rente, eine bessere Absicherung von Care-Arbeit und eine soziale Infrastruktur, die ihren Namen verdient.

Wie dramatisch die Lage in sozial benachteiligten Quartieren ist, zeigt sich aktuell auch in Steilshoop. Die Schließung der vorletzten, verbliebenen Arztpraxis und die daraus resultierende unzureichende Gesundheitsversorgung treffen den Stadtteil besonders hart. Wer wenig Geld hat, kann Versorgungslücken nicht einfach kompensieren. Gesundheit darf kein Luxus sein – sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss für alle erreichbar bleiben. Gerade in Stadtteilen mit niedrigem sozialen Status fehlt es an allgemein- und fachärztlicher Versorgung, was gesundheitliche Ungleichheiten verstärkt. Menschen mit geringem Einkommen sind häufiger krank, früher pflegebedürftig und versterben früher. Politik und ärztliche Selbstverwaltung müssen diesen strukturellen Missstand anerkennen und endlich dafür sorgen, dass sozial benachteiligte Quartiere – nicht nur auf dem Papier – mit Gesundheitszentren und Arztsitzen ausgestattet werden, wie wir es bereits seit langem eindringlich fordern.

Soziale Gerechtigkeit ist keine Randfrage, sondern Grundvoraussetzung für eine solidarische Gemeinschaft. Als SoVD werden wir weiter Druck machen – laut, klar und unbeirrt.

**Ihr Klaus Wicher,
Landesvorsitzender**



Der SoVD hakt nach

„Geben zahlt sich nicht aus“

Drei Fragen und Antworten mit Susanne Langhagel, Vorsitzende des Landesfrauenausschusses und Landesfrauensprecherin SoVD Hamburg, zum Internationalen Frauentag 2026.

Der internationale Frauentag 2026 steht unter dem Motto „Give to gain – Geben, um zu gewinnen“. Frauen leisten jeden Tag enorme Sorgearbeit. Warum zahlt sich dieses Geben für viele Frauen bis heute nicht aus?

Dass eine Frau in Deutsch-

land den Großteil unbezahlter Sorgearbeit übernimmt, ist keine Ausnahme, sondern der Normalfall. Eine Frau leistet täglich eine Stunde und 16 Minuten mehr als der Partner, bei Partnerschaften mit Kindern ist der Anteil 57 Prozent, ohne Kinder 37 Prozent.

43 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten deshalb in Teilzeit. Dadurch entstehen erhebliche Lücken in der Erwerbsbiografie. Eine rentenrechtliche Anerkennung von Sorgearbeit gibt es noch nicht. Die Folge ist Altersarmut.

Fortsetzung auf Seite 14

Neue Podcastfolge

Dieses Mal ist Petra Lafferentz, Geschäftsführerin des Beschäftigungsträgers Alraune, ansässig in Steilshoop, beim SoVD Hamburg zu Gast.

Seit 1984 unterhält der Verein als Träger gemeinnützige Einrichtungen, die in den Hamburger Armutsgebieten angesiedelt sind. Er schafft so für langzeitarbeitslose Menschen Arbeitsplätze und belebt die soziale Infrastruktur in sozial benachteiligten Stadtteilen. Zu den Einrichtungen zählen zum Beispiel Stadtteilcafés, die Alraune Schulgastronomie, Second Hand Läden, eine Fahrradstation und der Hof Bullerbü in Steilshoop.

Im Internet finden Sie den aktuellen Podcast und alle weiteren Folgen unter: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast.



Petra Lafferentz

Der SoVD hakt nach

„Geben zahlt sich nicht aus“

Fortsetzung von Seite 13
Was sind die Stellschrauben im System?

Wenn man Gleichstellung und eigenständige Existenzsicherung für Frauen möchte, muss man gesetzliche, tarifliche und betriebliche Rahmenbedingungen verändern. Maßnahmen wie die Abschaffung der Lohnsteuerklasse fünf sowie des Ehegattensplittings zugunsten der Individualbesteuerung wären ein wichtiges Signal und können eine fairere Verteilung von Sorgearbeit bringen. Und vor allem müssen Männer darin unterstützt werden, mehr Sorgearbeit zu übernehmen.



Susanne Langhagel

Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist seit vielen Jahren ein Dauerthema – auch in Hamburg. Was bringt das neue Gewalthilfegesetz?

Fast jeden Tag begeht in Deutschland ein Mann einen Femizid, das heißt, er tötet eine Frau aufgrund ihres Geschlechts. In Hamburg ist die Gewalt gegenüber Frauen mit über 3.300 Fällen von häuslicher Gewalt weiter gestiegen. Die 251 Plätze in den sieben Hamburger Frauenhäusern reichen bei weitem nicht aus. Das neue Frauenhaus Kumi nimmt Frauen mit psychischen Erkrankungen auf, doch leider keine Kinder. Gemäß der Berechnung nach Istanbul-Konvention müsste Hamburg 477 Plätze anbieten. Aufgrund von Platzmangel sind viele Frauen gezwungen, gegen ihren Willen in andere Städte zu gehen. Die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes dauert für viele Frauen zu lange. Erst ab 2027 soll der weitere Ausbau des Hilfesystems seitens der Behörden erfolgen. Das muss schneller gehen.

JHVs mit Wahlen

Im April finden in den SoVD-Treffs Ottensen und Winterhude die Jahreshauptversammlungen mit der Delegiertenwahl für die Landesverbandstagung in 2027 statt. **Bitte denken Sie an Ihre Mitgliedskarte!**

22. April, 14 Uhr: **Ottensen**, DRK-Freizeittreff „Haus Ottensen“, Holstenring 6, 22763 Hamburg.

13. April, 16 Uhr: **Winterhude**, Epiphaniengemeinde, Wiesen-damm 125, 22303 Hamburg.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/61 16 070, per E-Mail: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/61 16 070, Fax: 040/61 16 07 50, Beratungszeiten: Mo.–Di. 9–16 Uhr, Do. 9–18 Uhr (Unterlagen können auch Mi. 9–16 und Fr. 9–14 Uhr eingereicht werden).
- SoVD-Beratungszentrum Harburg in den Räumen des Mietervereins, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeiten: Di. 9–12 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Altona in den Räumen des Mietervereins, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di. und Do. 9–12 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: jeden 2. und 4. Mittwoch, 9–12 Uhr. Nächster Termin: 25. März, der 11. März fällt aus!
- SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr. 10–12 Uhr.

Medizinische Grundversorgung in einzelnen Hamburger Stadtteilen dramatisch

Nur auf dem Papier überversorgt

In Steilshoop ist die medizinische Grundversorgung faktisch zusammengebrochen. Denn in einem der bevölkerungsreichsten Stadtteile Hamburgs ist für rund 20.000 Menschen aktuell nur noch eine einzige Hausarztpraxis erreichbar – und diese ist nicht barrierefrei. Der SoVD in Hamburg fordert ein entschiedenes Umsteuern in der Bedarfsplanung.

Die medizinische Unter-versorgung in Steilshoop ist längst Realität – trotz einer von der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVH) festgestellten statistischen Überversorgung mit Hausärzten und -ärztinnen in Hamburg insgesamt sowie im Umkreis von drei Kilometern. Besonders betroffen sind ältere Menschen, chronisch Kranke sowie Personen mit eingeschränkter Mobilität. Für sie stellen weite Wege in andere Stadtteile oft eine kaum zu überwindende Hürde dar. „Gerade in sozial benachteiligten Quartieren wie Steilshoop ist eine wohnortnahe medizinische Versorgung unverzichtbar“, betont der Hamburger SoVD-Landesvorsitzende Klaus Wicher. „Gesundheit ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht vom Wohnort ab-

hängig sein.“

Problematisch ist aus Sicht des SoVD vor allem die derzeitige Versorgungsplanung. Die statistisch festgestellte Überversorgung basiert auf Durchschnittswerten, welche die Lebensrealität in einzelnen Stadtteilen ausblenden. „Wenn Menschen vor Ort keinen Arzt finden, hilft ihnen keine Statistik“, stellt Wicher klar. „Eine rein rechnerische Betrachtung wird der tatsächlichen Bedarfslage nicht gerecht.“

Der SoVD Hamburg fordert deshalb eine grundlegende Neuausrichtung der Gesundheitsplanung. Hamburg muss künftig wie Berlin in mehrere Versorgungsbezirke unterteilt werden, um soziale Unterschiede, Altersstrukturen und konkrete Bedarfe besser zu be-

rücksichtigen. Zudem braucht es Gesundheitszentren in benachteiligten Stadtteilen.

Die Idee eines lokalen Gesundheitszentrums (LGZ) für Steilshoop gibt es bereits seit 2019. Doch die Umsetzung kommt nicht voran. Wicher weist auf den aktuellen Hamburger Doppelhaushalt, der für das Jahr 2026 ein Gesamtvolumen von 22,4 Milliarden Euro vorsieht – davon rund 5,5 Milliarden Euro für den Bereich Gesundheit und Soziales. „Am Geld liegt es nicht in einer so reichen Stadt wie Hamburg“, so Wicher. „Wir brauchen eine Kassenärztliche Vereinigung, die ihren Sicherstellungsauftrag erfüllt, eine Versorgung, die sich am Menschen orientiert, und eine Politik, die Verantwortung übernimmt.“



Foto: Racle Fotodesign / Adobe Stock

Ärztliche Praxen sind in Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung Mangelware.

SoVD lädt zum Mitsingabend in Eimsbüttel ein

Spontan im Chor singen

Der SoVD Hamburg unterstützt die Veranstaltungsreihe **Early Night Singing** und hilft dabei mit, Eimsbüttel zum Klingen zu bringen. Jede*r darf Teil des großen Eimsbütteler Chors werden und das fröhliche Singen in der Gemeinschaft genießen.

Am 5. März um 20 Uhr kehrt die Mitsingreihe **Early Night Singing** auf den Fanny-Mendelssohn-Platz zurück. Veranstalter ist der Musiker Juan Luis Merinero. Bereits im letzten Sommer sangen hunderte Menschen gemeinsam Beatles, Pop, Schlager und Lagerfeuer-Hits – ohne Anmeldung, ohne Eintritt, mit Booklet in der Hand oder Song-Download vom QR-Code aufs Handy. Auch dieses Jahr kann wieder jede*r mitmachen!

Juan Luis Merinero beim Abschied von SoVD-Geschäftsführerin Karin Wöhrmann.



Foto: Juan Luis Merinero

Grundsicherung und Sozialhilfe

Neues Servicetelefon

Der Telefonische Hamburg-Service (THS) hat ein neues Servicetelefon für Fragen zur Grundsicherung und Sozialhilfe eingerichtet. Seit Februar dieses Jahres können sich Bürger*innen in den Pilotbezirken Altona und Hamburg-Nord bei Fragen zu Grundsicherung und Sozialhilfe unter Tel.: 040/42 82 85 050 beraten lassen.

In den kommenden Monaten soll das Angebot auf alle Hamburger Bezirke ausgeweitet werden. Ziel des neuen Angebots ist es, die Erreichbarkeit zu verbessern und Anliegen schneller zu klären. So soll die Hamburger Verwaltung moderner, effizienter und bürgernäher gestaltet werden.

Landesverband Mitteldeutschland hat die App „Mein SoVD“ gestartet

Digital mit noch mehr Service

Als zweiter Landesverband startet der SoVD in Mitteldeutschland eine App, die Mitgliedern und Interessierten noch mehr Service bietet und zahlreiche Vorteile sichert. So können Nutzer*innen ihre Anliegen direkt über „Mein SoVD“ regeln und sparen damit Zeit, Papier und Porto. Die App kann sowohl im Google Play Store als auch im App Store von Apple heruntergeladen werden.

Der SoVD bietet ab sofort mit „Mein SoVD“ eine App, mit der Mitglieder alles Wichtige rund um ihre Beratungsanliegen zu den Themen Rente, Pflege, Behinderung und Gesundheit, einfach und bequem online erledigen können. Dabei stehen der Service und der direkte Kontakt im Vordergrund. Wer einen Widerspruch einlegen oder eine Klage einreichen möchte, findet in der App direkt Unterstützung und kann auch gleich alle wichtigen Dokumente übermitteln.

Zudem haben Nutzer*innen Zugriff auf bereits laufende Verfahren und sind so immer auf dem aktuellen Stand. Mitglieder können ihre persönlichen Daten selbstständig ändern.

„Mit ‚Mein SoVD‘ erweitern wir das Service-Angebot für unsere Mitglieder in Mitteldeutschland. Selbstverständlich stehen wir in unseren Kreisverbänden weiterhin jederzeit persönlich mit Rat und Tat zur Seite. Wer seine Angelegenheiten jedoch



Mit der SoVD-App können Mitglieder auch von unterwegs alle Angebote ihres Verbandes nutzen.

lieber bequem von zu Hause aus regeln möchte, kann dies direkt über die App tun. Das ist gerade im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ein großer Vorteil“, sagt Landesgeschäftsführer Holger Güssau.

Auch bei der App „Mein SoVD“

achtet der Verband auf maximalen Datenschutz. Alle über die App übermittelten Daten werden ausschließlich auf SoVD-eigenen Rechnern gespeichert. Die App „Mein SoVD“ ist sowohl im Google Play Store als auch im App Store von Apple kostenlos erhältlich.

Auch 2026 wieder eine Aktionswoche „Eine Stadt für alle“ in Magdeburg

Frauen hielten Mahnwache

Am 16. Januar 1945 wurde Magdeburg in einer Nacht zu großen Teilen zerstört. Etwa 200.000 Menschen wurden obdachlos und mindestens 2.000 Menschen getötet. Diesem Ereignis gedenkt die Stadt jedes Jahr. Zu den Teilnehmenden gehört auch der Politische Runde Tisch der Frauen.

Mehr als 120 Verbände, Vereine und Bildungsträger, die sich für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Magdeburg einsetzen, beteiligten sich an der Aktionswoche „Eine Stadt für alle“. Die Schirmherrschaft hatte wie in den Vorjahren die Oberbürgermeisterin Simone Boris übernommen.

Heike Ponitka, Susanne Drenger, Jenny Hoeft, Barbara Fröhlich, Editha Beier und Landesfrauensprecherin Monika Lück nahmen an der Mahnwache für Demokratie des Politischen Runden Tisches der Frauen und der Omas gegen Rechts im Rahmen der Aktionswoche am 17. Januar am Trümmerfrauen-denkmal vor der Johanniskirche teil. Trotz Minusgraden und eisigem Wind haben die Teilnehmerinnen mit einem Stand und Transparenten die Aktionswo-



Foto: Monika Lück

Die Teilnehmer*innen des Friedensweges gedachten an der Johanniskirche der Bombardierung Magdeburgs im 2. Weltkrieg.

che unterstützt.

Unter den Teilnehmer*innen des Friedensweges, der Station an der Johanniskirche machte, waren auch Schüler*innen der Förderschule „Hand in Hand“. Mit Liedern, Reden und Gebe-

ten gedachten sie gemeinsam der Zerstörung Magdeburgs.

Um 21.28 Uhr, als vor 81 Jahren die Bombardierung begann, läuteten auch dieses Jahr wieder alle Kirchenglocken in der Landeshauptstadt.



Editorial

Liebe Mitglieder,

im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurde eine Reformierung des Sozialstaates vereinbart. Auf einer kürzlich stattgefundenen Sozialstaatskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes setzte sich Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) frontal mit den hierzu geführten Debatten und Themen auseinander. Krankentage, Teilzeitarbeit, Bürgergeld, Migration waren Themen, die vor allem seit Monaten von den Unionsparteien vorangetrieben werden.

Völlig zu Recht machte die Ministerin deutlich, dass ihr diese teils unsachlichen Debatten gewaltig gegen den Strich gehen. Sie meinte damit solche Debatten, wie: Arbeitnehmer*innen sind alles Blaumacher*innen (Stichwort: Krankenversicherung); Lifestyle-Teilzeit und junge Menschen: alle sind arbeitsunwillig (Stichwort: Arbeitszeit); Menschen in der Grundsicherung: alle Drückeberger*innen (Stichwort: Sanktionen); Einwander*innen und Flüchtlinge.

„Ein solches pauschales Misstrauen hat nichts zu suchen in einem demokratischen Land mit einer sozialen Marktwirtschaft“, so die Ministerin, und wir meinen, damit hat sie völlig recht.

Klare Worte fand Ministerin Bas auch zur Bürgergeldreform mit der Aussage: „Das Bürgergeld wird beerdigt, an seine Stelle tritt die an einigen Stellen strengere Grundsicherung. Ihre Aussage „wer arbeiten könne, müsse mitziehen“, wird auch vom SoVD mitgetragen. Aber: Kranke Menschen dürfen keinesfalls sanktioniert werden. Menschen in der Grundsicherung können und dürfen keinesfalls unter Generalverdacht gestellt werden. Auch für uns gilt die Leitlinie „Solidarität statt Misstrauen“. Damit stellen wir uns gegen manche Forderung nach noch härteren Sanktionen, mehr Druck und strengen Regeln. Es gilt der Leitsatz: Der Sozialstaat werde von manchen bewusst schlechtgeredet – und das gefährdet den Zusammenhalt im Land.

Bereits im „Herbst der Reformen“, laut Bundeskanzler Friedrich Merz, hatte Ministerin Bas den Satz des Kanzlers, wonach der Sozialstaat nicht mehr lange finanzierbar sei, mit dem Kraftausdruck „Bullshit!“ zerlegt.

Die klare Botschaft lautet daher: Nicht weniger Sozialstaat, sondern sinnvolle, zielgerichtete Reformen, die allen Bürger*innen nützen.

Joachim Heinrich

**Mitglied Geschäftsführender Landesvorstand Mitteldeutschland
Vorsitzender Sozialpolitischer Ausschuss**

Glückwunsch an den Ministerpräsidenten

In einem offenen Brief gratulierten die SoVD-Landesvorsitzende Kerstin Römer und das Landesvorstandsmitglied Joachim Heinrich dem neu gewählten Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Sven Schulze (CDU).

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Schulze, ... Dr. Haseloff hat das Mandat nun in jüngere Hände gelegt. Wir und alle anderen Mitglieder des Landesvorstandes und der Kreisvorstände sowie der Ortsverbände vertrauen Ihnen, zumal Sie ja seit Jahren als Nachfolger für das Amt des Ministerpräsidenten aufgebaut wurden.

Wir wünschen Ihnen – auch im Namen aller Mitglieder im SoVD und seiner Vorstände – von Herzen für die kommenden Wochen und Monate weiterhin viel Kraft und Elan bei der Vorbereitung der Landtagswahlen in unserem so schönen Bundesland Sachsen-Anhalt, vor allem aber Gesundheit und Schaffenskraft.“

Der Auto Club Europa gibt Tipps zum richtigen Verhalten bei der Warnung vor falschfahrenden PKWs

Geisterfahrten: Lebensgefahr auf der Autobahn

Rund 2.000-mal im Jahr werden Autofahrende gemeldet, die entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung auf einer deutschen Autobahn unterwegs sind. Falschfahrten gefährden die Verkehrssicherheit akut. Wie Autofahrer*innen auf der Autobahn zu Falschfahrenden werden und was dann zu tun ist, erläutert der ACE Auto Club Europa.

Nicht selten werden Autofahrende absichtlich zu Geisterfahrenden: Es kommt etwa vor, dass Autofahrende im fließenden Verkehr wenden, um eine verpasste Ausfahrt doch noch zu nehmen. Auch Sekunden im Gegenverkehr bedeuten akute Lebensgefahr für alle Beteiligten.

Unbeabsichtigte Falschfahrten können aus einer ungewöhnlichen Verkehrsführung oder unübersichtlicher Beschilderung resultieren. Auch kann es durch Unachtsamkeit, Fehlorientierung, eine beeinträchtigte Sicht, Alkohol- oder Drogeneinfluss dazu kommen, dass jemand falschherum auf die Autobahn auffährt. Autobahnzufahrten, Autobahnkreuze und Rastplätze sind dafür potenzielle Schlüsselstellen. Gerade an komplexen Knotenpunkten ist grundsätzlich eine erhöhte Aufmerksamkeit gefragt, um Irrtümer zu vermeiden. Assistenzsysteme können zudem dazu beitragen, versehentliches falsches Auffahren zu vermeiden: Fahrzeuge mit Verkehrszeichen-Assistenten warnen teils über das Display im Cockpit, sobald man in einen Straßenabschnitt entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung einfährt. Per

Echtzeit-Kommunikation können dann auch andere Verkehrsteilnehmende gewarnt werden. Mittlerweile gibt es außerdem Apps, die erkennen, ob das eigene Auto oder andere Fahrzeuge entgegen der Fahrtrichtung unterwegs sind.

Geisterfahrer gesehen – wie verhalte ich mich richtig?

Wer eine Falschfahrt bemerkt, sollte sofort die Polizei verständigen. Dabei gilt es, die Position sowie die Fahrtrichtung des beobachteten Fahrzeugs so genau wie möglich anzugeben, sodass andere Verkehrsteilnehmende auf der Strecke schnellstmöglich gewarnt werden können. Das automatische Notrufsystem im Auto zu nutzen, geht besonders schnell und übermittelt Position und Fahrtrichtung des eigenen Fahrzeugs direkt mit.

Die Folgen von Unfällen mit Geisterfahrer*innen sind häufig besonders schwer, weil hohe Geschwindigkeiten, wenig Zeit zum Reagieren und oft ein Überraschungsmoment zusammenkommen. Eigenständige Versuche, ein entsprechendes Fahrzeug zu stoppen, sind unbedingt zu vermeiden. Sinnvoll ist es jedoch, die*den Geisterfah-

renden bei Sichtkontakt durch die Lichthupe oder Hupe auf die Gefährdungssituation hinzuweisen.

Wie sollte man auf eine Warnmeldung reagieren?

Sobald beispielsweise das Radio, Anzeigetafeln oder auch Handy- beziehungsweise Auto-Apps vor einem Geisterfahrenden auf dem befahrenen Abschnitt warnen, ist ein defensiver Fahrstil gefragt. Die Geschwindigkeit sollte kontrolliert reduziert werden, ohne hektische Manöver. Schneller als 80 Stundenkilometer sollte niemand auf einer betroffenen Strecke unterwegs sein. Die Warnblinkanlage einzuschalten, sensibilisiert andere für die Gefahrensituation. Sinnvoll ist es zudem, weiterhin dem Verkehrsfunk zu folgen, sich möglichst rechts einzuordnen und Überholvorgänge zu vermeiden. Ein größerer Abstand zum vorausfahrenden Fahrzeug schafft Reserven für unerwartete Brems- oder Ausweichreaktionen. Es ist außerdem zu empfehlen, den Seitenstreifen als mögliche Ausweichfläche im Blick zu behalten. Wenn es die Verkehrslage zulässt, sollte der gefährdete Bereich zügig ver-



Foto: Heiko Barth / Adobe Stock

Ein Alptraumszenario: Geisterfahrer*in auf der Autobahn.

lassen werden. Die nächste Ausfahrt oder ein Stopp auf einem nahegelegenen Rastplatz kommen dafür infrage. In der Regel ist keine lange Unterbrechung erforderlich, denn die meisten Falschfahrten sind bereits nach wenigen Minuten beendet.

Falschherum aufgefahren – was nun?

Wer feststellen muss, selbst falschherum unterwegs zu sein, darf auf der Autobahn keinesfalls wenden oder rückwärtsfahren. Es gilt stattdessen zügig Licht und Warnblinkanlage einzuschalten, um bestmöglich sichtbar zu sein, die Geschwindigkeit deutlich zu reduzieren und an den Fahrbahnrand zu fahren. Das Fahrzeug sollte möglichst dicht an der Leitplan-

ke stehen. Anschließend muss eine Warnweste angelegt und die Polizei kontaktiert werden. Der sicherste Aufenthaltsort bis zu deren Eintreffen ist hinter der Leitplanke.

Auch wenn es nicht beabsichtigt war, ist mit einer Strafe zu rechnen. Wer versehentlich entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung fährt, muss in der Regel mit einem Entzug der Fahrerlaubnis und einem Bußgeld rechnen. Kommen durch die Falschfahrt Menschen zu Schaden, können zusätzliche Verfahren die Folge sein. Neben einer Geldstrafe droht dann eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. Wer vorsätzlich zum Falschfahrenden wird, muss mit deutlich höheren Strafen rechnen. *Quelle: ACE*

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, dritte Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Sprechstunden siehe Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/ 54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Gentin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr. Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0151/21 89 64 57 oder Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barri-

erefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.

Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–18 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-

wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Am Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kaffeerunde im SoVD-Kreisverband Schwerin mit Politikerin und Fernsehteam

OB-Kandidatin stellte sich vor

Der SoVD-Kreisverband Schwerin lud kürzlich zu einer besonderen Kaffeerunde ein. Die Bewerberin auf den Posten der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin, Mandy Pfeifer (SPD), war zusammen mit einem Fernsehteam von Schwerin-TV gekommen.

„Ich freue mich sehr, dass Sie alle trotz Eis und Streik im ÖPNV gekommen sind“, begrüßte die Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky die zahlreich erschienen Gäste. Besonders hieß sie den Ehrengast Mandy Pfeifer sowie das Team von Schwerin-TV willkommen, das die Veranstaltung begleitete.

Zu Beginn stellte sich Mandy Pfeifer den Anwesenden vor und berichtete über ihre Motivation, für das Amt der Oberbürgermeisterin zu kandidieren. In einem offenen und persönlichen Gespräch erläuterte sie, welche Themen ihr besonders am Herzen liegen und wie sie die Zukunft Schwerins gestalten möchte.

Im Anschluss hatten die Gäste die Gelegenheit, Fragen zu stellen und mit der Kandidatin ins Gespräch zu kommen. Dabei ging es um zentrale Themen wie soziale Gerechtigkeit und

Teilhabe, die Zusammenarbeit mit Sozialverbänden, Pflege, Alter und Inklusion sowie Fragen der Barrierefreiheit in der Stadt. Auch der Wunsch nach einer benutzerfreundlichen Überarbeitung der städtischen Homepage wurde deutlich angesprochen. Ebenso diskutierten die Teilnehmenden über die Entwicklung von Wohnraum, Stadtplanung, Bürgernähe und Beteiligungsmöglichkeiten.

Die lebhafte Diskussion zeigte, wie groß das Interesse an sozialpolitischen Themen und an der zukünftigen Entwicklung Schwerins ist. Zum Abschluss wies Andrea Preuß-Borowsky darauf hin, dass der SoVD-Kreisverband weitere Gesprächsrunden mit Kandidat*innen für das Amt des Oberbürgermeisters plant.

So war die Kaffeerunde nicht nur eine gelungene Veranstaltung, sondern auch ein



Die Oberbürgermeister-Kandidatin Mandy Pfeifer stellte sich im SoVD Schwerin vor.

wichtiger Beitrag zum demokratischen Dialog in der Landeshauptstadt Schwerin.

Der Beitrag ist im Internet zu sehen unter: <https://youtu.be/SZKfxbyhbmM>



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist März, etwas wie Frühling ist zu spüren.

Nach einem Winter mit Kälte, Schnee, klaren Himmeln, sonnenbeschienenen Landschaften und weitem Eis auf der Ostsee freuen wir uns alle auf neues Grün. Es wird in diesem Jahr später zu sehen sein, wie auch die wuchtigen Bodenmaschinen der Agrar-genossenschaften noch warten müssen. Verständige Landwirte haben in der Zeit des starken Frostes mögliche Arbeiten, Dünger ausbringen usw., vorausschauend auf den stabilen Feldern erledigt. Mit dem Tauwetter können die ausgebrachten Nährstoffe in den Boden eindringen.

Alle prüfen jetzt, wie vorausschauend sie waren, was sie im letzten Sommer und Herbst vorbereitet hatten für die Winterzeit. Manches nicht: Weichen sind eingefroren, eisbeladene Äste sind auf Stromleitungen gefallen, Glätteschutzmittel waren Mangelware, zum Teil einer verfehlten Wetterpolitik zum Opfer gefallen.

Menschen brachen sich Arme und Beine, Kliniken mussten hohen Einsatz zeigen. An den Tagen des stärksten Frostes, von vielen nur zu überstehen durch enges solidarisches Zusammenrücken, wurde der ÖPNV in wichtigen Zentren lahmgelegt. Mütter konnten ihre Kinder nicht in den Kindergarten bringen, die Verkehrsströme mit all ihren Risiken bei vereisten Straßen schwallen an. Das zeigte Folgen: Alte Menschen kamen nicht zum Arzt, Fahrten zur Tagesbetreuung von Dementen fielen aus.

Es wird Vieles besprochen werden müssen, bevor der nächste Schnee kommt. Solidarität ist immer mehrdimensional und Solidarität hat Grenzen, wenn sie Unsolidarität verursacht.

Denken wir an Menschen, die ohne Bleibe durch Frost, Eis und Schnee kommen mussten. Gerade in Ballungszentren nutzen viele von ihnen die Wagen des ÖPNV als mobile Wärmestube und sind bis zur üblichen Nachtfahrtpause permanente Fahrgäste. Fahrzeugführende nehmen dies zur Kenntnis, praktische Solidarität.

Der Frühling kommt, vielleicht auch ein Osterspaziergang.

Es gibt so Vieles, über das wir dabei nachdenken und worüber wir dann sprechen müssen, aus meiner Sicht besonders über die Solidarität. Unsere Menschlichkeit fordert sie ein. Unser Grundgesetz macht sie für unser Staatswesen verbindlich.

Ihr Dr. med. Helmhold Seidlein, SoVD-Landesvorsitzender



Helmhold Seidlein

Buchautor Jürgen Szybalski zu Gast im SoVD-Kreisverband Schwerin

Der harte Weg weg vom Alkohol

Mit einer eindrucksvollen Veranstaltung startete der SoVD Schwerin in das neue Jahr. Zu Gast war der Autor Jürgen Szybalski, der aus seiner bewegenden Biografie „(K)ein hoffnungsloser Fall“ las. In seinem Buch erzählt Szybalski offen von seinem Weg aus der Sucht – einem Weg voller Rückschläge, Mutproben und kleiner Schritte in ein neues Leben.

Jürgen Szybalski gab Einblicke in ein Schicksal, das viele Zuhörer*innen berührt hat: Einst verlor er durch den Alkohol alles – Familie, Arbeit und Gesundheit. Erst als er in einer kleinen Dorfgemeinschaft Menschen fand, die ihm Halt und Zuversicht gaben, begann für ihn ein neuer Lebensabschnitt. Offen und ehrlich sprach er darüber, was ihm geholfen hat und warum er heute anderen Mut machen möchte, selbst Hilfe anzunehmen.

Musikalisch wurde die Lesung von Klaus Bürgel begleitet, der mit gefühlvollen Liedern die Stimmung des Abends untermalte. Besonders eindrucksvoll waren die „Rausch-Brillen“, die Szybalski mitgebracht hatte: Sie simulierten unterschiedlich starke Alkoholisierungszustände. Wer sie aufsetzte und kleine Aufgaben lösen sollte, merkte schnell, wie sehr Alkohol das



Mitglied Volker Großmann versucht unter den Blicken des Referenten Jürgen Szybalski und Mitglied Klaus Bürgel mit einer Spezialbrille „betrunken“ eine Aufgabe zu lösen.

Denken und Handeln verändert. Die praktische Erfahrung hinterließ bleibenden Eindruck – und regte viele Gespräche an. Ein ausführlicher Bericht mit

Tipps im Umgang mit Alkoholkranken und Hilfsadressen finden sich auf der Webseite des Kreisverbandes unter: www.sovd-schwerin.de/aktuelles/.

HPV-Impfung schützt

Rund 80 Frauen aus Mecklenburg-Vorpommern sind 2022 an Gebärmutterhalskrebs erkrankt, etwa 35 starben daran. Die Humane Papillomviren (HPV)-Impfung hätte viele dieser Todesfälle verhindern können. Trotzdem ist in Mecklenburg-Vorpommern rund ein Viertel der jungen Frauen nicht vollständig gegen HPV geimpft. In Ländern wie Portugal und Island liegen die Quoten bei über 90 Prozent. Darauf weisen die AOK Nordost und die Krebsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern hin.

Eine neue Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zeigt, wie wirksam die HPV-Impfung ist: Bei Frauen, die in ihrer Kindheit gegen HPV geimpft wurden, müssen später deutlich seltener Vorstufen von Gebärmutterhalskrebs entfernt werden.

Die erste Impfung gegen HPV steht im Alter zwischen neun und 14 Jahren an. In dieser Zeit haben viele Kinder jedoch nur noch wenig Kontakt mit der Kinderärztin oder dem Kinderarzt. Nun ist geplant, im kommenden Jahr eine neue Vorsorgeuntersuchung einzuführen.

Quelle: AOK Nordost

 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / AdobeStock

Kreisverband Rostock

10. März, 12 Uhr: Frauentagsveranstaltung im Chinarestaurant „Mr. Wu“, Platz der Freundschaft 2 (gegenüber Hauptbahnhof, Hinterausgang). Kein Kostenbeitrag! **Anmeldung erforderlich bis 5. März** bei Ulrike Memmner unter Tel.: 0381/76 96 130; Tel.: 0151/26 22 65 48 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

Vorschau: 13. April: Ausflug zur mecklenburgischen Seenplatte mit Bootsfahrt, Mittagessen und Kaffeetrinken, Abfahrt: 9 Uhr Warnemünde, 9.15 Uhr Lichtenhagen, 9.30 Uhr Evershagen. Kostenbeitrag pro Person 25 Euro, einzahlbar im Büro. **Anmeldung erforderlich bis 3. April** unter Tel.: 0381/76 96 130; Tel.: 0177/87 43 828 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

 Rechtsberatung

Greifswald: 10.3.: **Bergen:** 17.3.: **Röbel:** 24.3.: Es berät Donald Nimsch.
Güstrow: 4. 3.: **Grevesmühlen:** 11.3.: **Parchim:** 18.3.: Termine über die Landesgeschäftsstelle in Rostock; **Schwerin:** 25.3.: Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.



Foto: Thomas Wolter / pixabay

 Kontakt

Kreisverband Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.
Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.
Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.
Kreisverband Müritzt: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.
Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.
Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.
Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.
Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.
Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5.OG (hinter der Glastür rechts, erster Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Rückblick des Kreisverbandes Rostock auf das Verbandsjahr 2025

Mitgliedern wird viel geboten

Der Kreisverband Rostock kann auf zahlreiche Aktivitäten im vergangenen Jahr zurückblicken. Dazu kommen die regelmäßigen Sozialrechtsberatungen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Die Bemühungen des Vorstandes zeigen sich auch in der steigenden Mitgliederzahl.

Einer der ersten Höhepunkte des vergangenen Verbandsjahres war die Frauentagsveranstaltung, organisiert vom Vorstandsmitglied Ulrike Memmner. Sie wird auch dieses Jahr wieder stattfinden (siehe Rubrik Termine).

Ein weiteres Highlight war die gemeinsame Ausfahrt in die Landeshauptstadt Schwerin mit Besuch des Schlosses. Der Besuch des Plenarsaales der Landesregierung wird noch nachgeholt.

In besonderer Erinnerung bei allen, die daran teilnahmen, bleibt der Besuch der Störtebeker Festspiele auf Rügen im Juli 2025.

Weiter ging es mit dem Ausflug im Oktober zum Münster in Bad Doberan, der wegen des schlechten Wetters leider vorzeitig beendet werden musste.

Die traditionelle Weihnachtsveranstaltung war der krönende Abschluss des Verbandsjahres. Der Auftritt von Klaus Lass, früher Mitglied des Duos „Die Plattfööt“, war eine der Attraktionen des Unterhaltungsprogramms.

Die Mitgliederzahl im Kreisverband Rostock ist auf stolze 800 Personen gestiegen. Das ist auch eine Bestätigung für die engagierte Arbeit des Vorstandes. Der trifft sich alle zwei Monate zu Beratungen und befasst sich vor allem mit sozialen Aspekten. Das Büro ist montags und dienstags von 9 bis 12 Uhr besetzt und berät hilfesuchende Mitglieder nach Kräften. Der 1. Vorsitzende Bernd Memmner kümmert sich zum Beispiel um Fragen, die mit der Pflege und der dazugehörigen Vorsorge zu tun haben und hilft beim Ausfüllen der Formulare und Dokumente.



Nicht immer spielte das Wetter mit, wenn ein Ausflug angesagt war, wie im Herbst in Bad Doberan. Die Reise musste deshalb abgekört werden.



Bei den meisten Ausflügen des SoVD Rostock herrschte allerdings gutes Wetter und die Reisenden konnten die Ausflugsziele ausgiebig zu Fuß erkunden.

Am 20. September wurden die Vorstandsmitglieder Gerhard Beug und Bernd Memmner mit ihren Partnerinnen zum Ehrenamtsball in Rostock eingeladen – eine schöne Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit und der Bedeutung des SoVD.

Für das Jahr 2026 hat der Vorstand wieder interessante Angebote für seine Mitglieder geplant und baut seine Kontakte aus. So soll zum Beispiel die Zusammenarbeit mit dem Verein „Feierabend.de“ intensiviert werden.



Klaus Lass sorgte auf der Weihnachtsveranstaltung für die passende Stimmung.



Die beliebte Frauentagsveranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages findet auch dieses Jahr, wie hier im letzten Jahr, im Chinarestaurant „Mr. Wu“ statt.

Weniger Leiharbeit und Minijobs, höherer Mindestlohn

SoVD fordert mehr Anstrengung gegen Niedriglöhne

Noch immer arbeiten in Niedersachsen mehr Menschen zu einem niedrigeren Gehalt als im Bundesdurchschnitt – obwohl der Mindestlohn erst zum 1. Januar 2026 erhöht wurde. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb mehr Anstrengungen von der Landesregierung, damit alle Beschäftigten von ihrem Job leben können.

In Niedersachsen arbeiten 17 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Bundesweit sind es 16 Prozent. Besonders betroffen sind dabei Frauen. Viele dieser schlecht bezahlten Jobs sind in der Dienstleistungsbranche zu finden.

„Die Folgen des großen Niedriglohnsektors in Niedersachsen sind enorm: Viele Arbeitnehmer*innen müssen ihr Gehalt mit Bürgergeld oder Wohngeld ergänzen, weil es nicht zum Leben reicht. Und auch eine geringe Rente und damit Altersarmut sind für die Betroffenen vorprogrammiert“,

erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Im Beratungsalltag des größten Sozialverbands in Niedersachsen werde dies sehr deutlich: „Zu uns kommen viele Mitglieder, die mit Leistungen aufstocken müssen, weil sie ansonsten nicht wissen, wie sie ihre Miete oder Lebensmittel bezahlen sollen.“

Deshalb fordert der SoVD von der niedersächsischen Landesregierung mehr Einsatz bei der Bekämpfung des Niedriglohnsektors. „Befristete Jobs und Leiharbeit drücken oft die Löhne, deshalb müssen diese Arbeitsverhältnisse besser

reguliert werden. Außerdem brauchen wir allgemeinverbindliche Tarifverträge für ganze Branchen. Davon profitieren auch Beschäftigte, die in nicht tarifgebundenen Unternehmen arbeiten“, ist sich Swinke sicher. Darüber hinaus müsse sich die Landesregierung dafür starkmachen, dass unsichere Arbeitsverhältnisse wie Minijobs eingedämmt werden und der Mindestlohn weiter erhöht wird. „Berechnungen zeigen, dass erst ein Mindestlohn von mindestens 15,12 Euro für arbeitsfeste Renten sorgt. Das muss das Ziel sein“, fordert der Vorstandsvorsitzende.



Foto: Drobot Dean / Adobe Stock

Wer während seines Erwerbslebens wenig verdient, kann im Seniorenalter oft nicht von der Rente leben.

Barrierefreiheit: Menschen mit Behinderung bei Notrufen nicht vergessen

SoVD zum „Tag des Notrufs“

Vor allem für Menschen mit Behinderung, die nicht sprechen oder hören können, ist es wichtig, dass Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste barrierefrei erreichbar sind. Der SoVD in Niedersachsen sieht hier noch deutlichen Nachholbedarf und fordert von der Politik, die Barrierefreiheit auszubauen und bestehende Lösungen bekannter zu machen.



Foto: EKunlathida / Adobe Stock

Damit alle Menschen im Bedarfsfall barrierefreie Notrufe nutzen können, ist es auch wichtig, bereits bestehende Angebote bekannter zu machen.

Nach Auskunft der Telekom benötigen täglich 72.000 Menschen Hilfe und wählen den Notruf. Doch was passiert, wenn Menschen aufgrund einer Akutsituation, einer Sprach- oder Hörbehinderung oder geringer Sprachkenntnisse nicht telefonieren können? „Dann gibt es zum Beispiel ‚Nora‘, die Notfall-App der Bundesländer, die einen Notruf absetzt, auch wenn man nicht sprechen kann. Das Problem: Viele Menschen kennen das Angebot nicht“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das Land müsse viel stärker die

Werbetrommel rühren und dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen die App nutzen. „Nora“ ist eigentlich für alle Menschen eine wichtige Unterstützung im Notfall, vor allem aber für Menschen mit einer entsprechenden Behinderung“, so Swinke weiter.

Der Vorstandsvorsitzende macht aber auch deutlich, dass dabei diejenigen, die Schwierigkeiten mit einer solchen digitalen Lösung haben, nicht vergessen werden dürfen. „Barrierefreie Zugänge zum Notruf müssen für alle möglich sein, egal, ob sie eine Behinderung haben oder nicht, und egal, wie alt sie sind

oder wie gut sie Deutsch sprechen. Deshalb sind neben der App auch weitere barrierefreie Angebote wie Text-, Video- oder Gebärdensprach-Notrufe und analoge Dienstleistungen wie der Hausnotruf wichtig und müssen ausgebaut werden“, fordert der Vorstandsvorsitzende und ergänzt: „Wir haben in den vergangenen Wochen zum Beispiel durch den Strom-Ausfall in Berlin gesehen, dass Katastrophen unvorhergesehen eintreten können. In solchen Situationen ist es unerlässlich, dass jede*r einen Notruf absetzen kann und Hilfe erhält.“

Attraktiver Versicherungsschutz für SoVD-Mitglieder

Gemeinsam stark abgesichert

Als SoVD in Niedersachsen setzen wir uns jeden Tag für soziale Sicherheit ein – und genau deshalb haben wir eine Kooperation mit der ERGO-Versicherung. ERGO ist unser starker Ansprechpartner rund um das Thema Vorsorge. Durch diese Zusammenarbeit profitieren SoVD-Mitglieder von besonderen Vorteilen bei wichtigen Versicherungen. Sie erhalten mehr Leistungen zu besseren Konditionen, als sie normalerweise üblich sind. Ob Rechtsschutz-, Unfallversicherung oder Hinterbliebenenvorsorge: Unsere Mitglieder können deutliche Rabatte und vorteilhafte Tarifvarianten nutzen, die zur individuellen Lebenssituation passen.

Persönliche Absicherung ist wichtig, vor allem, wenn sich im Leben etwas verändert. Gleichzeitig sind Ver-

sicherungsangebote schwer zu überblicken. ERGO bietet hier eine umfassende, kostenlose und unverbindliche Beratung zu Vorsorge- und Versicherungsfragen. In allen Regionen in Niedersachsen stehen kompetente Ansprechpartner*innen bereit. Sie informieren und begleiten fair und transparent.

Jedes SoVD-Mitglied in Niedersachsen hat Anspruch auf diese Sonderkonditionen. Es lohnt sich also doppelt, Teil unserer Gemeinschaft zu sein.

Sie möchten wissen, welche Absicherung wirklich zu Ihnen passt? Dann starten Sie eine kostenlose und unverbindliche Online-Bedarfsanalyse. Die Analyse sowie Infos zur Verbandsvorsorge durch die ERGO können Sie unter www.sovd-nds.de/verbandsvorsorge abrufen.



Foto: Nemanja Mandic / Adobe Stock

Mit der ERGO-Kooperation weitet der SoVD die Vorteile für seine Mitglieder aus.

SoVD diskutiert mit Bundestagspolitiker Timon Dzienus

Wichtige Themen – starker Austausch

Regelmäßig treffen sich Vertreter*innen des SoVD in Niedersachsen und seiner Kreisverbände mit Politiker*innen, um sich über sozial- und gesellschaftspolitische Themen auszutauschen und Lösungen zu diskutieren. Im Februar besuchte Timon Dzienus, Bundestagsabgeordneter (Bündnis 90/Die Grünen) und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, auf Einladung des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt die SoVD-Landesgeschäftsstelle in Hannover. Ingeborg Saffe, Vorsitzende des Kreisverbands, Ingrid Beyer, Sprecherin des Sozialpolitischen Ausschusses im Kreisverband, und Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik im SoVD in Niedersachsen, freuten sich über

ein offenes und konstruktives Gespräch mit dem Politiker. Schwerpunkt des Austauschs waren Themen, die derzeit sehr viele Menschen in Niedersachsen beschäftigen: die Sozialstaatsreform, bezahlbarer Wohnraum und ein vereinfachter Zugang zu sozialrechtlichen Leistungen. Timon Dzienus, der bei der Bundestagswahl über die Landesliste in den Bundestag gewählt wurde, gehört zum Wahlkreis Hannover-Stadt. Daher drehte sich das Gespräch auch um konkrete Herausforderungen vor Ort: „Housing First“ und die Situation wohnungsloser Menschen sowie um Jugendzentren und Stadtteilbibliotheken als wichtige Orte für Begegnung, Teilhabe und Zusammenhalt.



Ingeborg Saffe, Timon Dzienus, Katharina Lorenz und Ingrid Beyer (v.l.)

Hohe Abbruchquoten und strukturelle Probleme sind große Herausforderungen

Über die Zukunft der Pflegeausbildung

Bei einer Podiumsdiskussion in Nordhorn, organisiert von ver.di, DGB, AWO und SoVD Grafschaft Bentheim, haben Fachleute und Beteiligte über die Zukunft der Pflegeausbildung diskutiert. Dabei wurde deutlich: Die Gewinnung und der Verbleib von Auszubildenden in der Pflege wird zunehmend schwieriger.

Bundesweit lösen rund 30 Prozent der Pflege-Auszubildenden ihren Vertrag vorzeitig, wie Zahlen des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahr 2025 zeigen. Ob diese Quote auch in der Grafschaft Bentheim gilt, ist unklar. Konkrete Zahlen liegen nicht vor. Klar sei jedoch, dass es mehr Ausbildungsplätze als Bewerber gebe, erklärten Kreisrätin Gunda Gülker-Alsmeier und Sozialdezernent Gerd Lödden. Positiv entwickle sich die Gewinnung von Auszubildenden aus dem Ausland. Die Zusammenarbeit der Pflegeschulen verbessere die Ausbildungsqualität. Gleichwohl gebe es auch Probleme.

Kritisch diskutiert wurde die seit 2020 geltende generalistische Pflegeausbildung. Insbesondere in der Kinderkrankenpflege fehlten in der Euregio-Klinik Nordhorn ausreichend Praxisplätze, sodass Auszubildende auf andere Einrichtungen wie Kindertagesstätten ausweichen mussten. Dies sei zwar rechtlich zulässig, für die fachliche Qualifikation jedoch problematisch, hieß es aus dem Kreis der Teilnehmenden.



Foto: Dr. Heinrich Schepers

Auf dem Podium stellten sich (v.l.) Antje Schüper (BBS), Katja Spieard (BBS), Kreisrätin Gunda Gülker-Alsmeier, Sozialdezernent Gerd Lödden und Bernd Mentgen (DGB) den Fragen aus dem Plenum.

Ein weiteres Thema war die Erreichbarkeit der Ausbildungsorte. Fehlende Mobilität, ein eingeschränkter öffentlicher Nahverkehr und weite Wege erschwerten vielen Auszubildenden den Alltag. Der Landkreis verwies auf Investitionen in den ÖPNV, räumte jedoch Einschränkungen im ländlichen Raum ein. Auch der angespannte Wohnungsmarkt in Nordhorn stellt ein Hindernis dar. Ein früheres Wohnheim für Pflege-Auszubildende existiert nicht mehr, bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Mit einer Ausbildungsvergütung lasse sich eine hohe Miete

kaum finanzieren, so der Tenor der Diskussion. Einigkeit bestand darüber, dass die hohe Arbeitsbelastung und psychische Herausforderungen zum Abbruch einer Ausbildung beitragen. Zwar gebe es Unterstützungsangebote, dennoch sei weiterer Handlungsbedarf vorhanden. Konkrete Lösungen konnten an diesem Abend nicht präsentiert werden. Als mögliche Ansätze wurden eine landkreisweite Kampagne zur Fachkräftegewinnung sowie Gespräche über eine bessere psychologische Begleitung von Auszubildenden genannt.

Online-Plattform informiert Schüler*innen zu Umgang mit psychischen Problemen

Jugendliche stärken

Mobbing, Gewalterfahrung, Leistungsdruck in der Schule – wenn Kinder und Jugendliche psychische Probleme haben, kann das verschiedene Auslöser haben. Um Betroffenen und Mitschüler*innen altersgerecht und übersichtlich Informationen rund um das Thema mentale Gesundheit zur Verfügung stellen zu können, hat die Medical School Hamburg (MSH) in Zusammenarbeit mit Expert*innen die Online-Plattform „Jugendliche stärken“ ins Leben gerufen.

Woran erkenne ich, dass ein*e Mitschüler*in psychische Probleme hat? Wie soll ich reagieren und wie kann ich helfen? Wo finde ich Hilfe? Um derartigen Fragen begegnen und Schüler*innen altersgerecht, niedrigschwellig und übersichtlich Informationen zur Verfügung stellen zu können, hat die MSH in Kooperation mit Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen die Online-Plattform „Jugendliche stärken. Gemeinsam stark in der Schule: Für dich. Für andere“ entwickelt. Sie ist auf der Internetseite unter www.jugendlichestaerken-niedersachsen.de zu finden.

Obwohl sich die Inhalte vornehmlich an Schüler*innen zwischen 14 und 19 Jahren richten, finden dort auch Lehrkräfte und Eltern hilfreiche Auskünfte. „Mit kurzen, erklärenden Texten und Videos informiert die Webseite



Foto: Daniel / Adobe Stock

Das Online-Portal kann Jugendliche mit psychischen Problemen stärken und Mitschüler*innen sensibilisieren.

unter anderem zu mentaler Gesundheit, Ursachen psychischer Belastungen und konkreten Unterstützungsmöglichkeiten“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Ziel sei es, den Blick Jugendlicher auf- und füreinander zu schärfen, den Umgang mit psychischen Problemen zu lernen und Mittel an die Hand zu geben, sich

selbst zu stärken. „Ähnlich wie wir es in unserer aktuellen Kampagne ‚Für mehr Miteinander‘ tun, rückt das Projekt so den Zusammenhalt unter Schüler*innen und die Stärkung von Diversität in den Fokus. Das begrüßen wir sehr“, lobt Lorenz. Informationen zur SoVD-Kampagne sind unter www.fuer-mehr-miteinander.de abrufbar.

Neue Podcast-Folge – jetzt reinhören!

Psychische Gesundheit und Arbeit

Psychische Erkrankungen können den Berufsalltag komplett aus der Bahn werfen – aber es gibt Wege zurück. In dieser Folge sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel über berufliche Reha als wichtige Chance für Betroffene und darüber, warum Anträge so oft scheitern. Anhand eines aktuellen Beratungsfalls geben die beiden konkrete Tipps, wie man mit Hürden umgeht und zu seinem Recht kommt.

Außerdem zu Gast: Dr. Simona Maltese vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim. Sie erklärt, warum Erste-Hilfe-Kurse für psychische Erkrankungen so wichtig sind – und wer davon profitiert. Hören Sie rein, wenn Sie selbst betroffen sind, jemanden unterstützen oder wissen wollen, wie Hilfe konkret aussehen kann! Der Podcast ist auf allen gängigen Plattformen und unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.



Fotos: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge des SoVD-Podcasts.

Hausnotruf der Johanniter für das SoVD-Beratungszentrum Holzminden

Ein hilfreicher Knopf

Was ist, wenn beispielsweise eine SoVD-Mitarbeiterin eine Zeit lang alleine im Beratungszentrum ist und plötzlich ein Notfall eintritt? Da kann der Hausnotruf der Johanniter ganz schnell für Hilfe sorgen. Insbesondere, wenn die Mitarbeiterin auf den Rollstuhl angewiesen ist, wie die Sozialberaterin Anja Arnemann im SoVD-Beratungszentrum Holzminden.

„Sollte der Fall einmal eintreten, dass ich ausrutsche und niemand da ist, so ist der Notfall-Knopf ganz wichtig für mich“, sagt Anja Arnemann und ist sehr dankbar, dass der Arbeitgeber SoVD ihr – und auch den anderen Mitarbeiterinnen – diesen zur Verfügung stellt.

Die Lösung für das Büro funktioniert so: Wird der Knopf gedrückt, geht ein Ruf an die Notrufzentrale der Johanniter. Diese veranlasst sofort einen Anruf bei einem Pflegedienst ganz in der Nähe des Büros oder wenn es erforderlich ist, gleich den Rettungswagen. Der Schlüssel für das Büro ist an sicherer Stelle deponiert und der Notrufzentrale bekannt, sodass die eintreffende Hilfe auch Zugang hat und schnell eingreifen kann. Und sollte es

einmal zu einer unvorhergesehenen Situation im Beratungszentrum kommen, so ist von der Notrufzentrale auch schnell die Polizei informiert, die in Holzminden nur einen Steinwurf weit entfernt ist. Behörden und Gerichtsgebäude sind nur über Schleusen oder gar nicht mehr betretbar. Der SoVD aber ist und bleibt für seine Mitglieder vor Ort ansprechbar.

Abschließend bemerkt der SoVD-Kreisvorsitzende Hermann Schlieker: „Wir setzen uns nicht nur für die Inklusion, also das gleichberechtigte Miteinander der Menschen mit und ohne Behinderung, ein, wir leben sie auch! Und hoffen, mit ein wenig mehr Sicherheit auch etwas für die Inklusion getan zu haben, auch als Arbeitgeber.“



Foto: SoVD Holzminden
SoVD-Beraterin Anja Arnemann (vorne) mit Hermann Schlieker, Vorsitzender des SoVD in Holzminden, und Irja Rauhut von den Johannitern

Finanzielle Unterstützung in der Ausbildung möglich

Berufsausbildungsbeihilfe beantragen

Ob Miete, Lebensmittel oder Fahrten nach Hause: Wenn die Vergütung während der Ausbildung nicht ausreicht, um anfallende Kosten zu decken, kann unter bestimmten Voraussetzungen die sogenannte Berufsausbildungsbeihilfe bei der Agentur für Arbeit beantragt werden.

Auszubildende können unter Umständen in Form der sogenannten Berufsausbildungsbeihilfe finanzielle Unterstützung von der Agentur für Arbeit erhalten. Als wichtige Voraussetzung für diesen Zuschuss muss eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf absolviert werden. Gleichzeitig muss entweder der*die Auszubildende über 18 Jahre alt oder verheiratet sein, die Entfernung zwischen Ausbildungsbetrieb und Elternhaus zu groß sein, um zu Hause wohnen zu können, oder ein Kind mit in der eigenen Wohnung leben. „Darüber hinaus

kann die Berufsausbildungsbeihilfe auch im Falle einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme oder einer Assistierten Ausbildung bezogen werden. Ein Anspruch auf diesen Zuschuss besteht allerdings nicht bei einer schulischen Ausbildung etwa zum*zur Physiotherapeuten*Physiotherapeutin oder wenn bereits vergleichbare Leistungen wie beispielsweise Bürger- oder Wohngeld bewilligt wurden“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Bei der Entscheidung über einen Antrag berücksichtigt die Agentur für Arbeit unter anderem die Höhe der Ausbil-

dungsvergütung, das Einkommen von Eltern sowie Ehe- oder Lebenspartner*innen, geltende Freibeträge und benötigte Zusatzbedarfe, etwa wegen einer Behinderung. „Eine Bewilligung erfolgt üblicherweise zunächst für 18 Monate. Anschließend kann ein Antrag auf Weiterbewilligung gestellt werden“, weiß Lorenz.

Weitere Fragen rund um die Berufsausbildungsbeihilfe und andere Unterstützungsleistungen beantworten die Berater*innen des SoVD. Gesprächstermine können über das Mitglieder-Service-telefon unter 0511 65610721 vereinbart werden.



Foto: Monkey Business / Adobe Stock

SoVD-Tipp: In bestimmten Fällen haben Auszubildende Anspruch auf eine Berufsausbildungsbeihilfe.

SoVD-Vortrag informiert über Rechte bei Krankheit im Job

Krankheit und Arbeitsrecht

Jede*r ist im Job einmal krank. Deshalb informiert der SoVD-Landesverband Niedersachsen am Donnerstag 26. März 2026 von 16 bis 17.30 Uhr im kostenlosen Online-Vortrag rund um das Thema „Arbeits- und sozialrechtliche Probleme im Krankheitsfall“ und beleuchtet Wissenswertes.

Wer wegen Krankheit nicht arbeiten kann, sollte wissen, was in so einem Fall unbedingt beachtet werden muss und welche Rechte man hat. In seinem kostenlosen Online-Vortrag „Arbeits- und sozialrechtliche Probleme im Krankheitsfall“ bespricht Referent Frank Rethmeier am

26. März von 16 bis 17.30 Uhr die gängigsten Probleme und stellt Lösungen vor. Dabei geht er unter anderem auf die Entgeltfortzahlung, die Aussteuerung aus dem Krankengeld und die krankheitsbedingte Kündigung ein.

Mitglieder und Interessierte können sich bis zum 23. März unter weiterbildung@sovd-nds.de für die digitale Veranstaltung anmelden. Einen Zoom-Teilnahmelink erhalten angemeldete Personen spätestens am Tag des Vortrags per E-Mail zugesandt. Weitere Informationen zur digitalen SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de verfügbar.



Foto: Rymden/ Adobe Stock

Die Veranstaltungen der digitalen SoVD-Vortragsreihe sind kostenfrei für alle Interessierten.

BERATUNG



Foto: ant / Adobe Stock

Jetzt vormerken: März-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 3. und 17. März, jeweils Dienstag, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-69

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Patientenverfügung
und Vorsorgevollmacht

Unsere Beratung gibt Ihnen Sicherheit



Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover

Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovd-nds.de
www.sovd-nds.de

Minijob und Midijob: In der Region Braunschweig rund 114.000 Betroffene Arbeiten ohne Absicherung

Hohe Mieten, steigende Lebensmittelkosten und teure Energiepreise zwingen viele der rund 25.000 Menschen in Braunschweig und 114.000 Personen in der Region ihr Haupteinkommen mit Minijobs aufzustocken – auch Vollzeitkräfte. Der SoVD in Braunschweig kritisiert dabei die soziale Absicherung bei Minijobs und teils auch bei normaler Teilzeitarbeit, den sogenannten Midijobs.

Die soziale Absicherung im Job dient dazu, arbeitenden Personen vor existenziellen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Alter zu schützen, indem sie ein Sicherheitsnetz bietet und ihnen Einkommenssicherheit gewährt. Das trifft auf viele Studierende, Rentner*innen, Alleinerziehende, Eheleute und auch Vollzeitkräfte, die ihre Haushaltskasse mit einem Minijob bis zu 603 Euro im Monat aufbessern, nicht zu. Denn erleiden diese Menschen einen Jobverlust, fällt das Gehalt komplett weg. Auch bei Krankheit länger als sechs Wochen – in denen es Lohnfortzahlung gibt – gehen die Betroffenen leer aus. Denn Minijobs sind teils nicht sozialversicherungspflichtig. „Das dürfte viele Betroffene vor große Probleme stellen, denn der Personenkreis ist häufig angewiesen auf das Geld. Man kann davon ausgehen, dass eine große Anzahl der Minijobbende gerne bereit wären, einen Anteil des Gehalts für mehr soziale Absicherung zu geben“, sagt Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig. Bundesweit sind 7,6 Millionen

Foto: Kyril Lis / Adobe Stock

In einem Minijob Beschäftigte erwerben beispielsweise keinen Anspruch auf Krankengeld von ihrer Krankenkasse.

Menschen betroffen, darunter rund 750.000 in Niedersachsen. Bei Rentner*innen wegen voller Erwerbsminderung ist das sogar im normalerweise sozialversicherungspflichtigen Midijob, also der „normalen“ Teilzeitarbeit über 603 Euro im Monat, der Fall. Denn Personen, die diese Rente erhalten, können aus gesundheitlichen Gründen maximal bis zu drei Stunden am Tag arbeiten. Eine reguläre Arbeitslosenversicherung greift aber erst ab drei Stunden Arbeitszeit am Tag. Auch von einem Krankengeldbezug bei Krankheit länger als sechs Wochen ist der Personenkreis

ausgeschlossen. Bei Jobverlust oder langer Krankheit müssen diese Menschen auch bei regulärer Teilzeitarbeit von ihrer meist geringen Rente alleine über die Runden kommen. „Wir fordern hier Nachbesserungen für die Betroffenen. Es sollte zumindest auf freiwilliger Basis möglich sein, dass die Menschen sich im Sozialsystem besser absichern können“, so Bursie. In Braunschweig sind von diesen Problemen angenähert 380 und in der Region 2.600 Beziehende von Erwerbsminderungsrente betroffen. In Niedersachsen 15.700 Menschen, bundesweit 156.000 Personen.

SoVD in Holzminden leistet Beitrag zur Gesundheitsversorgung

Luftreiniger für das MVZ

„Die Schließung des Krankenhauses Holzminden konnte auch der SoVD nicht verhindern, leider“, stellte der Vorsitzende des SoVD-Kreisverbands Holzminden, Hermann Schlieker, fest. Und er ergänzte: „Aber einen kleinen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung wollen wir gerne leisten.“

Anlass war die Übergabe von zwei Luftreinigungsgeräten an den „Förderverein für die Gesundheitsversorgung“ und damit an das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) im Gebäude des ehemaligen Krankenhauses. Aber nun sei ja mit dem MVZ und dem angeschlossenen Regionalen Gesund-

heitszentrum RGZ die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich ein wenig vorangegangen. „Eine gute gesundheitliche Versorgung vor Ort ist für uns als SoVD ein zentrales Anliegen“, so Schlieker weiter. Denn Gesundheit gehe alle an.

Gerade in sensiblen Bereichen wie Warteräumen sollen

die Luftreiniger dazu beitragen, das Infektionsrisiko zu senken und das Sicherheitsgefühl sowohl der Patient*innen als auch der Mitarbeitenden zu erhöhen. Die Luftreiniger finden in den Warteräumen des MVZ ihre Verwendung. Im Rahmen einer gemeinsamen Übergabe gingen die Geräte an den Geschäftsführer des MVZ, Ingo Goldammer, sowie an den Ärztlichen Leiter, Dr. Christian Schröter. Auch der Förderverein zeigte sich dankbar für die Unterstützung. Benjamin Beineke, Vorsitzender des Fördervereins, erklärte: „Wir freuen uns sehr, dass wir mit dem SoVD-Kreisverband Holzminden einen engagierten Partner gewinnen konnten. Diese großzügige Spende zeigt, wie durch gemeinsames Engagement konkrete Verbesserungen für die Gesundheitsversorgung im Landkreis erreicht werden können.“

Foto: SoVD Holzminden

Benjamin Beinecke, Vorsitzender des Fördervereins, Norbert Tyrasa und Hermann Schlieker, 2. und 1. Vorsitzender des SoVD in Holzminden, Dr. Christian Schröter, Ärztlicher Leiter, und Ingo Goldammer, Geschäftsführer (v.l.)

SoVD beteiligt sich an Demokratie-Konferenz des Bündnisses

10 Jahre „Niedersachsen packt an“

Zu seinem 10-jährigen Bestehen hat das Bündnis „Niedersachsen packt an“ im Februar eine Demokratie-Konferenz unter dem Motto „Demokratie braucht ...“ veranstaltet. Rund 800 Teilnehmende aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten über erfolgreiche Integration, Vielfalt und demokratische Teilhabe. Auf dem Programm standen Podiumsdiskussionen und Workshops, begin-

nend mit Grußworten und einer Keynote von Ministerpräsident Olaf Lies und dem ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Zusammen mit rund 60 weiteren Organisationen, Initiativen und Projekten aus den Bereichen Integration, demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement stellte sich der SoVD auf dem „Marktplatz der Ideen“ vor und tauschte sich mit anderen Engagierten aus.

Foto: Sara Masić

Am Stand des SoVD konnten sich Interessierte über sein politisches und sozialrechtliches Engagement informieren.

SoVD NRW-Sozialberatung erfolgreich im Kampf mit Kostenträgern

9,5 Millionen Euro erkämpft

Dass sich die Mitgliedschaft im SoVD lohnt, zeigt sich nicht zuletzt anhand seiner erfolgreichen Sozialrechtsberatung. Im zurückliegenden Jahr 2025 hat der SoVD NRW über 11.000 Verfahren im Namen seiner Mitglieder geführt und rund 9,5 Millionen Euro erstritten.

Landesgeschäftsführer Jens Eschmann ist stolz auf die Arbeit der Jurist*innen SoVD-Landesverbandes. Besonders freut ihn auch die hohe Zahl der gewonnenen Widerspruchsverfahren: „Wir konnten also in vielen Fällen in recht kurzer Zeit helfen – ohne Verfahren vor den Sozialgerichten“. Rund vier Millionen Euro seien auf diesem Wege an die Mitglieder des Verbandes geflossen.

Von den über 11.000 Verfahren wurden nur 1.300 in Form von Klagen vor den Sozialgerichten in NRW geführt. Mehrheitlich ging es um Fragen zum Schwerbehindertenrecht, zum Beispiel dem Grad einer Behinderung und den entsprechenden Merkzeichen im Behindertenausweis. Außerdem bezogen sich die Verfahren auf Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Ansprüchen gegen die Deutsche Rentenversicherung, insbesondere Er-

werbsminderungsrenten und Reha-Leistungen. Die restlichen Verfahren teilten sich im Wesentlichen in Streitigkeiten im Bereich Pflege, Krankenversicherung (Leistungen der GKV, Hilfsmittel) sowie Unfallversicherung (Arbeitsunfall und Berufskrankheit) auf.

„Rund 9,5 Millionen Euro haben wir für Mitglieder unseres Verbandes im Jahre 2025 erkämpft. Das ist ein großer Erfolg für alle, die sich mithilfe des SoVD gewehrt haben – gegen falsche Bescheide, fehlerhafte Ablehnungen von Rente und Reha, abgelehnten Pflege- und Behinderungsgrade oder etwa zu Unrecht abgelehnte Hilfsmittel“, so der Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes NRW, Franz Schrewe. „Die Zahlen zeigen einmal mehr, dass es sich lohnt, sich zu wehren. Die Kostenträger scheinen Anträge und Widersprüche auch schon mal abzulehnen und abzuwar-



Jens Eschmann

ten, ob sich Widerstand regt.“ Dank des SoVD NRW müsse man sich das aber nicht gefallen lassen. „Anders als bei einer Rechtschutzversicherung gibt es bei uns keine Wartezeit. Auch wer bereits ein akutes Problem hat, kann sofort Mitglied bei uns werden und Hilfe erwarten.“ Angesichts eines Monatsbeitrags von 7,90 Euro lohne sich die Mitgliedschaft auch dann, wenn man erst nach Jahren auf die Hilfe des Verbandes zurückgreifen müsse..

Proteste gegen Schließung der Bonner Einrichtung waren erfolgreich

Stottererhilfe bleibt erhalten

Die Stotterertherapie an der LVR-Klinik in Bonn gilt seit ihrer Gründung 1989 als einmalige und hervorragende Einrichtung. Schon über 1.500 Stotternde aus ganz Deutschland haben das Angebot bisher genutzt. Die angekündigte Schließung wurde nach großem Protest wieder zurückgenommen.

Im Rahmen der Krankenhausplanung sollte die Bonner Stotterertherapie zum 31. März 2026 geschlossen werden. Begründung: Die Neurologie dort habe keine „Stroke Unit“, (also keine für Schlaganfälle spezialisierte Abteilung) und müsse daher komplett geschlossen werden. Das hätte das Aus für dieses Therapieangebot dort bedeutet.

Diese Pläne lösten Empörung aus, nicht nur beim Stotterer-Verband – auch der SoVD NRW und weitere Organisationen übten Kritik. Dr. Michael Spörke, Leiter der Sozialpolitik im SoVD NRW, machte sich in Gesprächen mit Abgeordneten des Landtages und dem Staatssekretär im NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales stark für die Belange der Betroffenen und mahnte an, die Schließung zurückzunehmen. Das Ministerium hat die Stellungnahme der



Foto: Peakstock / Adobe Stock

Stottern belastet die Betroffenen schwer und behindert ihre sozialen und beruflichen Chancen, wenn es nicht therapiert wird.

LVR-Klinik in Bonn im Rahmen einer Anhörung noch einmal geprüft. Im Ergebnis wird die Klinik sowohl die Stotterertherapie als auch das Kinderneurologische Zentrum als sogenannte „besondere Angebote“ weiter

betreiben können.

Wieder einmal hat sich gezeigt, dass es sich lohnen kann, Protest gemeinsam zu koordinieren und sich zusammenzutun, um etwas im Sinne der Menschen zu erreichen.

Landesgeschäftsstelle lädt zum Reinschnuppern ein

Boys' Day im SoVD NRW

Der SoVD NRW öffnet die Türen der Landesgeschäftsstelle Düsseldorf zum „Jungen-Zukunftstag“ (Boys' Day). Bereits im letzten Jahr hatten zwei junge Schüler die Gelegenheit, die Arbeit des Verbandes kennenzulernen.

Auch in diesem Jahr ermöglicht die SoVD-Landesgeschäftsstelle zwei Jungen im Alter von 15 Jahren ein Tagespraktikum. Wer erfahren möchte, wie eine Mediengestalterin und Eventmanagerin arbeitet, die Medienarbeit in der Pressestelle organisiert wird und wie der SoVD NRW politisch arbeitet, der kann sich gerne bei Julia Kuhn melden unter der E-Mail Adresse: j.kuhn@sovd-nrw.de. Als Referentin für Frauen- und Jugendpolitik hat sie sich bereit erklärt, den „Boys'- und Girls' Day im Verband wieder zu betreuen. Anmeldeschluss ist der 16. April.



Julia Kuhn

SoVD NRW kritisiert Neubau von Förderschule

Inklusion statt Exklusion

Gemeinsam mit anderen Organisationen hat der SoVD NRW eine Kommunalaufsichtsbeschwerde gegen den Landschaftsverband Rheinland (LVR) eingereicht. Dessen Beschluss, im Rhein-Sieg-Kreis eine neue Förderschule zu errichten, stellt aus Sicht des SoVD einen deutlichen Rückschritt für die inklusive Bildung in Nordrhein-Westfalen dar.

Der LVR hatte im Oktober 2025 den Grundsatzbeschluss für den Neubau gefasst. Geplant sind rund 180 Schulplätze bei Baukosten von etwa 97 Millionen Euro zuzüglich Grundstückskosten. „Statt zunächst gemeinsam mit den Kommunen zu prüfen, wie Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen wohnortnah an allgemeinen Schulen gut unterstützt werden können, wird mit dem Neubau wieder in ein separates System investiert, wo junge Menschen mit Behinderungen unter sich bleiben“, kritisiert Dr. Michael Spörke, Leiter der Sozialpolitik im SoVD NRW.

Aus Sicht des Verbandes müssen Mittel dort eingesetzt werden, wo sie langfristig Teilhabe ermöglichen – und das ist der Ausbau inklusiver Strukturen an allgemeinen Schulen. Dr. Spörke: „97 Millionen in eine Förderschule zu investieren und gleichzeitig mit Verweis auf ein Haushaltsloch von 100 Millionen in anderen Bereichen den Rotstift ansetzen, hinterlässt nicht den Eindruck, dass Inklusion beim LVR ganz oben steht auf der Prioritätenliste.“

Der SoVD NRW sieht den Vorgang nicht als Einzelfall. Landesweit wird seit Jahren beobachtet, dass hohe Summen in den Aus- und Neubau von Förderschulen fließen, während inklusive Angebote vielerorts unterfinanziert bleiben. Häufig wird dies mit dem sogenannten Elternwahlrecht begründet. Aber von einer echten Wahl kann keine Rede sein, solange es kein flächendeckendes Angebot guter inklusiver Schulen gibt. Die zuständige Beobachtungsstelle der Vereinten Nationen hat Deutschland wegen des Fortbestandes der Förderschulen schon mehrfach ermahnt.

Spörke stellt fest: „Das NRW-Kommunalministerium muss den Fall nun prüfen, auch mit Blick auf das Schulgesetz, dass der inklusiven Beschulung eindeutig Vorrang gibt.“



Dr. Michael Spörke

Die Forderungen des SoVD NRW zum Weltfrauentag

Auf dem langen Weg zur Gleichberechtigung

Am 8. März findet jährlich der internationale Frauentag statt. Ein Anlass für die Frauen (nicht nur) im SoVD, an die vielen bestehenden „Baustellen“ auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu erinnern.



Jede gewaltbetroffene Frau und ihre Kinder müssen unabhängig von Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Herkunft einen Platz in einem Frauenhaus kostenlos und unbürokratisch erhalten.

- Jutta König

Die Entgelte von Frauen müssen diskriminierungsfrei werden. Es muss der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ gelten!

- Anne-Dörthe Lorenz



Ich fordere eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Möglichkeiten zur partnerschaftlichen Aufteilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit.

- Elke Köhn



Frauen und Mädchen mit Behinderungen müssen Zugang zu einer barrierefreien gynäkologischen Regelversorgung erhalten!

- Heike Harich



Die Vorgaben aus der UN-Frauenrechtskonvention müssen endlich konsequent beachtet und umgesetzt werden!

- Julia Kuhn



Mit den Kreisfrauen ins Kölner Puppentheater

Im Mai gehen die SoVD-Frauen wieder ins Händchen-Theater. Im traditionellen Kölner Puppentheater werden Stücke für die ganze Familie aufgeführt. Diesmal wird „Ein Geheimnis um die Villa Schäl“ gespielt. „Et Jeheimnis om de Villa Schäl“ startet um 16.30 Uhr am 22. Mai. Eine Anmeldung ist erforderlich bei Waltraud Brandt unter Tel.: 0221/61 43 79 oder per E-Mail an: brandt.w27@gmail.com.

In dem Familienstück von Mareike Marx und Scott Cameron genießen die Pänz ihre freie Zeit, als sie erfahren, dass Schäl die große Villa seiner Großtante Ambrosia Schäl erbt. Ganz Knolledörp ist in heller Aufregung! Doch als Schäl erfährt, dass es in der Villa spukt, setzt er keinen Fuß mehr in das altherwürdige Haus.

Händchen, Bärbelchen, Röschen und Köbeschen werden neugierig. Gibt es in der Villa Geister? Sind Sie gut oder böse? Oder steckt etwas ganz anderes dahinter?

Quelle: Händchen Puppenspiele

Die stellvertretende Landesgeschäftsführerin zum Equal Pay Day 2026

Verdienstunterschiede bleiben

März ist Gleichstellungsmonat. Rund um den Internationalen Frauentag und den Equal Pay Day wird jedes Jahr sichtbar, wie hartnäckig sich Ungleichheit hält. Deutschland zählt zu den reichsten Ländern Europas, aber Gleichstellung bleibt ein Versprechen, das nur halb eingelöst ist.

Frauen verdienen durchschnittlich 16 Prozent weniger. Rechnet man den Wert in Tage um, arbeiten Frauen vom 1. Januar an 58 Tage unentgeltlich. Der Equal Pay Day macht die Lohnlücke symbolisch sichtbar. Er lag 2026 auf dem 27. Februar.

Besonders sichtbar wird die Ungleichheit im Alter. Frauen tragen hier ein deutlich höheres Risiko für Armut. Der Hauptgrund liegt nicht darin, dass sie weniger gearbeitet hätten, sondern darin, dass ihre Arbeit schlechter bezahlt, häufiger unterbrochen und häufiger unbezahlt war. Sorgearbeit für Kinder, Partner oder Eltern wird im deutschen Sozialsystem kaum abgebildet, obwohl sie gesellschaftlich notwendig ist. Dass das Thema Pflege in Familien überwiegend von Frauen getragen wird, ist bekannt. Politisch geändert hat sich daran wenig.



Greta Lutterbach

Gleichstellung ist jedoch nicht nur eine soziale Frage, sondern auch eine ökonomische. Fachkräftemangel, Rentensystem, Finanzierung der sozialen Sicherung und Wettbewerbsfähigkeit hängen unmittelbar davon ab, ob Frauen in Deutschland arbeiten können, wollen und dürfen zu Bedingungen, die fair und existenzsichernd sind. Gleichstellung ist

kein Luxusprojekt, sondern eine Voraussetzung für Wohlstand.

Viele wissen inzwischen, was zu tun wäre. Gute und bezahlbare Kinderbetreuung. Mehr Tarifbindung. Faire Löhne in den sozial- und pflegenahen Berufen. Flexible Arbeitsmodelle, die nicht mit Karriereverzicht bezahlt werden. Ein Rentensystem, das Sorgearbeit nicht zur Armutsfalle macht. Und eine politische Prioritätensetzung, die Gleichstellung nicht als Randthema abtut. Der Gleichstellungsmonat März erinnert uns daran, dass Fortschritt möglich ist, aber nie von allein kommt. Er braucht Entscheidungen. Und er braucht den Mut, alte Strukturen zu verändern. Wer Gleichstellung ernst meint, darf sie nicht nur feiern, sondern muss sie gestalten.

Autorin: Greta Lutterbach, stellv. Landesgeschäftsführerin

Zehn Fakten zum GPG

1. Die Berechnung: Der Gender Pay Gap (GPG) wird jährlich vom Statistischen Bundesamt berechnet. 2025 lag er in Deutschland unbereinigt bei 16 Prozent und bereinigt – bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation bei 6 Prozent.

2. Familiengründung: Der GPG wächst mit dem Alter, besonders während der Familiengründung. Er steigt von etwa 9 Prozent bis zum 30. Lebensjahr auf rund 28 Prozent bis 49, da Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger wegen Sorgearbeit unterbrechen. Die Einkommenslücke zwischen Müttern und kinderlosen Frauen liegt bei etwa 40 Prozent bei einem Kind und bis zu 70 Prozent bei drei Kindern.

3. Sorgearbeit: Frauen leisten mit knapp 30 Stunden pro Woche deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer mit 21 Stunden. Der GPG liegt bei 44,3 Prozent, wodurch Frauen weniger Zeit für Erwerbsarbeit haben und häufiger in Teilzeit arbeiten. Das schmälert Einkommen und Karrierechancen.

4. Frauentypische Berufe: Frauendominierte Berufe werden systematisch schlechter bezahlt, weil Tä-

tigkeiten von Frauen tendenziell unterbewertet werden. Auch bei ähnlicher Verantwortung, Belastung oder Qualifikation verdienen Frauen weniger als Männer. Besonders betroffen sind soziale und personenbezogene Berufe wie Pflege und Erziehung, die für die Gesellschaft unverzichtbar sind.

5. Vorbilder: In Führungspositionen und gut bezahlten Berufen fehlen weibliche Vorbilder. Nur 29,1 Prozent der Führungskräfte sind Frauen, in MINT-Berufen sogar nur 16,4 Prozent. Der Frauenanteil sinkt mit dem Alter kontinuierlich.

6. Abhängigkeit in Partnerschaften: Der GPG verhindert oft die finanzielle Eigenständigkeit von Frauen und führt zu Abhängigkeiten in Partnerschaften. Etwa 20 Prozent verdienen unter dem Existenzminimum, rund 50 Prozent können ihre Existenz langfristig nicht sichern. Fehlende Absicherung erhöht das Armutsrisiko bei Trennung oder Tod des Partners und steigert das Risiko von Gewalt in Beziehungen.

7. Altersarmut: Der Gender Pension Gap lag 2024 bei rund 26 Prozent, ohne Hinterbliebenenrenten sogar bei 37 Prozent. Frauen haben dadurch deutlich geringere Alterseinkünfte und sind häufiger von Armut ab 65

Jahren betroffen.

8. Migration und sozialer Herkunft: Auch soziale Herkunft und Migrationsstatus beeinflussen das Einkommen. Kinder aus nichtakademischen Haushalten oder mit Migrationshintergrund verdienen später im Beruf weniger. Frauen mit Migrations- oder nichtakademischem Hintergrund sind daher besonders stark vom GPG betroffen.

9. Ost- und Westdeutschland: 2025 lag der GPG im Osten bei 5, im Westen bei 17 Prozent. Gründe sind paritätischere Aufteilung von Sorgearbeit, kürzere Erwerbsunterbrechungen und häufiger Vollzeitarbeit von Frauen im Osten. Allerdings sind die Löhne dort insgesamt niedriger.

10. Im europäischen Vergleich: Der GPG in Deutschland liegt mit 16 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 12 Prozent. Nur in Lettland, Österreich, Tschechien und Ungarn ist er höher. Länder wie Belgien, Italien oder Rumänien haben niedrigere Gaps, doch das bedeutet nicht automatisch Gleichberechtigung, da auch niedrige Löhne oder geringe Beschäftigungsquoten von Frauen den Gap beeinflussen.

KV/OV

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Asemissen-Leopoldshöhe-Oerlinghausen



Ortsverband Waldbröl



Kreisverband Düsseldorf



Ortsverband Hedem-Lashorst

Ortsverband Asemissen-Leopoldshöhe-Oerlinghausen
Im Begegnungszentrum B vier trafen sich 55 Mitglieder des Ortsverbandes Asemissen-Leopoldshöhe-Oerlinghausen Mitte Dezember zur Jahresabschlussveranstaltung. Der 1. Vorsitzende Hans Koppmann hielt einen Rückblick auf das zurückliegende Jahr, dankte den Helfer*innen für ihren Einsatz und den Mitgliedern für ihre Treue. Für langjährige Zugehörigkeit im SoVD ehrte er zwölf Mitglieder (s. Foto, v. li.: der 1. Vorsitzende Hans Koppmann, die 2. Vorsitzende Ulrike Rösner, Hella Pastewski, Margret Jansen, Hans-Dieter Ibenenthal, Konrad Kranefuß, und Rolf Krausch).

Ortsverband Hedem-Lashorst
Auf einer gemeinsamen Jahreshauptversammlung haben 38 Mitglieder der SoVD-Ortsverbände Hedem und Lashorst deren Zusammenlegung beschlossen. Zum Vorsitzenden des neuen Ortsverbandes wurde Thomas Brückner gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Heiner Bering, der zuvor Vorsitzender des Ortsverbandes Hedem war. Zum Schriftführer wurde Wolfgang Schrodke ernannt, sein Stellvertreter ist Heinrich Fricke. Das Amt des Kassierers übernimmt Wilhelm Katenbrink, stellvertretender Kassierer ist Günter

Möhlmeier. Als Frauensprecherin wurde Hanna Knorr gewählt. Beisitzer*innen sind Susanne Vögeding, Doris Braun, Erika Elbracht und Bernd Vögeding. Die Pressearbeit übernimmt künftig Marvin Schrodke.
Für die Mitglieder ergeben sich durch die Zusammenlegung keine Veränderungen. Sämtliche bisherigen Angebote der Ortsverbände bleiben bestehen, ebenso die bekannten Ansprechpartner*innen. Der neue Ortsverband versteht sich ausdrücklich als Fortführung der bisherigen Arbeit – nun jedoch mit gebündelten Kräften im Vorstand.
Im Rahmen der Versammlung wurden zudem mehrere langjährige Vorstandsmitglieder verabschiedet. Unter ihnen Hildegard Schwarze, ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Ortsverbandes Hedem, sowie Brigitte Blumenkamp, die seit dem Jahr 2000 im Vorstand aktiv war. Auch die bisherigen Kassenprüfer Wilhelm Hüffmann, Wilhelm Hucke und Uli Pollert wurden mit Dank verabschiedet.
Ortsverband Waltrop
Die Anwesenden der weihnachtlichen Abschlussveranstaltung erfreuten sich am Gesang des Kinder- und Jugendchores Waltrop. Zu Gast waren der stellvertretende

Bürgermeister Klaus Beie (SPD) und die Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Marl, Martina Bartz, als Vertretung für den Kreisverband. Beide konnten auf dem Treffen eine Spende von knapp 100 Euro zu Gunsten der Wunschbaum-Aktion in Empfang nehmen. Die Gäste sowie der Kinderchor erhielten am Ende der Veranstaltung noch ein kleines Präsent.
Der Ortsverband Waltrop gratuliert Erwin Kruszinski nachträglich von Herzen für seine jahrzehntelange Treue zum Verband. Er ist dieses Jahr seit 40 Jahren Mitglied und Schriftführer im SoVD Waltrop!
Ortsverband Waldbröl
Im festlich geschmückten Saal im Haus der AWO Waldbröl begingen die SoVD-Mitglieder zusammen mit Gästen und Hausbewohner*innen den Jahresabschluss mit Kaffee und Kuchen. Unterstützt wurde der Nachmittag vom Verein „Wir helfen vor Ort“, deren 1. Vorsitzender Eckhard Becker herzliche Grüße ausrichten ließ.
Wilhelmine Storzer vom Vorstand des Ortsverbandes Waldbröl hieß alle erschienenen Gäste willkommen, darunter auch Maria Poppinga, die kommissarische Vorsitzende des SoVD-Kreisverbandes Köln-Bonn-Aachen. Pfarrer a. D. Jochen Gran trug mit einer Nikolaus-Anekdote zur weihnachtlichen Stimmung bei.
Kreisverband Düsseldorf
Der SoVD war zusammen mit der KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung) Düsseldorf Gastgeber für ein Treffen des „Düsseldorfer Bündnisses für eine gerechte Gesellschaft, sozial und ökologisch“ am 27. Januar. Im Bündnis sind viele Düsseldorfer Sozialverbände und Sozialträger zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.
Auf der Sitzung wurde der

aktuelle Haushaltsentwurf der Stadt Düsseldorf bezüglich der Ausgaben für Soziales besprochen. (S. Foto, v. li.: Hans-Jochem Witzke, 1. Vorsitzender des Mietervereins Düsseldorf und 1. Landesvorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW, Sigrid Wolf, Geschäftsführerin der DGB-Region Düsseldorf Bergisch-Land, Ulrich Sander, Vorstandsvorsitzender der Kreisgruppe des Paritätischen in Düsseldorf, Dr. Sylvia Burkert, Mitglied im Leitungsteam des GEW Stadtverbandes Düsseldorf, Matthias Möller, Vorsitzender der NaturFreunde Düsseldorf, Pater Wolfgang Siefert OP, Vorsitzender der Altstadt-Armensküche, Winfried Gather, im Stadtvorstand Düsseldorf der KAB, sowie Wilhelm Reese, Mitglied im SoVD-Kreisvorstand Düsseldorf und Ortsvorsitzender im SoVD Düsseldorf Süd-Ost.)

Ortsverband Brackwede-Quelle
Am 16. Januar kamen zur Freude des Vorstandes weitaus mehr Mitglieder als erwartet zum Neujahrsempfang, sodass alle zur Verfügung stehenden Plätze besetzt waren.
Vorsitzender Wolfgang Kerker begrüßte die Gäste und informierte sie über Neues aus dem Verband. Danach gab es Kaffee und selbst gebackenen Kuchen. Bei angeregten Gesprächen verging die Zeit wie im Flug bis zum gemeinsamen Abendessen.
Kreisverband Bielefeld
Der Kreisverband Bielefeld hatte am 9. Januar alle Mitglieder seines Vorstandes zum Neujahrsempfang eingeladen. Bei gutem Essen und ausgezeichneter Stimmung saßen alle noch lange zusammen.



Ortsverband Waltrop



Ortsverband Brackwede-Quelle

Hohe Verbandsjubiläen

- 40 Jahre:** Jutta König (Bochum-Hattingen), Arno Nadolny (Essen), Martin Tecklenborg (Hamm-Unna), Karl-Heinz Schreve, Willi Vogt, Wolfgang Weber (Lübbecke) und Edith Döppelmann (Minden).
- 45 Jahre:** Magdalene Specht (Bielefeld), Ursula Pannbäcker (Essen), Wilhelm Bruns, Helga Hess, Heinz-Heribert Schmitz (Hamm-Unna), Helga Nordiecker, Doris Wehrmann, Wilfried Thielemann (Lübbecke), Emil Brinkhoff, Karin Müller (Witten).
- 50 Jahre:** Irmgard Schulz (Gelsenkirchen-Bottrop), Ralf Müller (Gütersloh), Edelgard Jegelka (Recklinghausen), Gerhard Jahnke (Witten).
- 60 Jahre:** Werner Gerfen (Minden).
- 65 Jahre:** Emilie Miller (Dortmund), Horst Rodenberg (Lübbecke), Friedhelm Stiefenhöfer (Westfalen-Ost).
- 70 Jahre:** Gerhard Neumann (Bielefeld).



Herzlichen Glückwunsch



Foto: Smileus / Adobe Stock

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen im März wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

- KV Bielefeld:** Gerda Mangel (93), Kläre Tichy (96).
- KV Bochum-Hattingen:** Fritz Ballendat (90), Wilhelm Zinda (90).
- KV Dortmund:** Ruth Ammann (90), Hans Meermann (90), Karl-Heinz Gehle (92), Erika Neidhardt (93), Hanna Tittmann (101), Heinrich Neuhaus (106).
- KV Düsseldorf:** Hans-Josef Hofgartner (91), Siegfried Eberle (92), Renate Possiencke (92), Hildegard Kemmerling (96), Inge Baumhauer Spehr (97).
- KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein:** Marianne Hamann (101).
- KV Essen:** Marianne Claas (91), Helga Kämper (93), Alfred Schulz (97), Hannelore Siebers (97).
- KV Gelsenkirchen-Bottrop:** Else Schäfer (94), Reinhard Söchtig (96), Johanna Wowries (96).
- KV Gladbeck:** Anneliese Trosin (96), Gisela Miersch (92), Margarete Pokojski (91).
- KV Gütersloh:** Gertrud Kempkensteffen (95), Theresia Heinrichsmeier (96).
- KV Hamm-Unna:** Johanna Gasch (90), Alfred Otto (90), Theodor Pake (90), Erich Larisch (93), Brigitte Fischer (94), Fredi Schneider (95).
- KV Herford:** Martha Stahl (93), Inge Wippermann (94).
- KV Iserlohn-Hagen:** Helene Gardner (94).
- KV Köln-Bonn-Aachen:** Regine Peetz (90), Maria Thomas (90), Irmgard Gogolin (97).
- KV Lippe:** Karlheinz Kotzan (90), Lore Schlinkmeier (92), Wilhelm Steffen (92), Helga Stuckmann (92), Irmgard Hausmann (93), Werner Jahn (94), Heinz Korf (95).
- KV Lübbecke:** Margret Pilchowski (90), Dieter Wandelt (90), Luise Kleybrink-Wellmann (91), Wilhelm Vathauer (91), Erna Reimers (92), Wilhelm Schwettmann (92), Kriemhilde Knickmeier (93), Anneliese Hartlage (94), Erna Hussmann (94), Elisabeth Szillat (94), Hilde Schlüter (95), Elli Südkamp (96), Frieda Kokemohr (98), Elfriede Koch (99).
- KV Märkischer Kreis:** Paul Bartholdy (90), Hans-Otto Cwiklenski (90), Else Kuffner (90), Helene Beuter (91), Erika Hermes (92).
- KV Minden:** Edith Gomolinsky (90), Peter Schnellbügel (92), Agnes Traue (94), Inge Wokoeck (94).
- KV Recklinghausen:** Katharina Weispfennig (91), Inge Kropp (92), Anneliese Wehmöller (94).
- KV Witten:** Gerhard Jahnke (90), Gerhard Schiller (90), Ruth Schmal (91), Hermann Schmidt (91), Irmgard Mayr (93), Aribert Tubbe (93).



Termine der Kreis- und Ortsverbände

- Ortsverband Ahle**
20. März, 18 Uhr: Jahreshauptversammlung im Sportlerheim, **Anm. bis 13. März** bei Andrea Rentz, Tel.: 0177 / 41 94 199.
- Ortsverband Asemissen-Leopoldshöhe-Oerlinghausen**
13. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Ehrungen und Vorstandswahl, im „B-vier“, Parkstraße 6, 33818 Leopoldshöhe. **Anmeldung bis acht Tage vorher** bei Erika und Hans Koppmann, Tel.: 05202 / 80 927 oder E-Mail: erika-und-hans@koppmann.org.
- Ortsverband Bochum-Wattenscheid**
Jeden 3. Donnerstag, 17 Uhr: Mitgliederversammlung, Gaststätte Pütz, An der Papenburg 11, 44866 Bochum.
- Ortsverband Brackwede-Mitte**
Jeden 2. Samstag, 10 Uhr: Mitgliedertreffen, Nachbarschaftstreff der Diakonie, Uhtmannstraße 13, 33647 Bielefeld.
- Ortsverband Dortmund-Eving**
Jeden 1. Montag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Vereinshaus St. Barbara, Kappenberger Straße 2-4, 44339 Dortmund.
- Ortsverband Dortmund Ost-West**
Jeden 2. Donnerstag im Monat, 16.30 Uhr: Treffen im Wilhelm Hansmann Haus, Märkische Straße 21, 44141 Dortmund.
- Ortsverband Ennigloh-Muckum**
28. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Ehrungen, Gasthaus und Pension Schlattheide, Schlattheide 37, 32257 Bünde.
- Ortsverband Essen-Borbeck**
13. März, 17.30 Uhr: Stammtisch mit Anmeldung für die Jahreshauptversammlung.
28. März, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung.
Ort: Kuhlmannsfeld 1, 45355 Essen.
- Ortsverband Essen Süd / Ost / West**
Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café „Extrablatt“, Rüttenscheider Straße 58, 45130 Essen.
- Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt**
Jeden 4. Mittwoch, 18 Uhr: Stammtisch, Goldene Gans, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.
- Ortsverband Gütersloh**
11. März, 9.30 Uhr: Frühstück bei Bruno Kleine im Restaurant in Marienfeld, **Anmeldung erforderlich**.
18. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, 33332 Gütersloh. Einladungen folgen per E-Mail. Bitte melden Sie ggf. Ihre E-Mailadresse bei: hubert.karnbrock@sovd-gt.de.
- Ortsverband Halver**
Jeden 3. Mittwoch, 14.30 Uhr: Treffen im Bürgerzentrum, Mühlenstraße 2, 58553 Halver.
- Ortsverband Herne / Wanne-Eickel**
Gruppe Wanne-Eickel: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr: Frauenstunde; 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Flora Marzina Seniorenzentrum, Hauptstraße 360, 44649 Herne.
Gruppe Herne: Jeden 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Thomas-Morus-Haus, Widumerstraße 23 a, 44627 Herne.
- Ortsverband Holsen**
31. März, 19 Uhr: Vorstandssitzung im Gemeindehaus.
- Ortsverband Lütgendortmund**
17. März, 18 Uhr: Gaststätte „Zur alten Post“, Theresenstraße 4, 44388 Dortmund.
- Ortsverband Marl**
4. März, 10 bis 15 Uhr: Infostand auf den Marler Gesundheitstagen, Marler Stern.
4. März, 15 Uhr: Mittwochs-treff, Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.
21. März, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen, Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.
- Ortsverband Marxloh**
Vorschau: 23 April, 17 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Anjas Schützenhof, Friedrich-Ebert-Straße 52, 47179 Duisburg. **Anmeldung bis 16. April** bei Klaus Seidel Tel: 02801 / 98 74 661.
- Ortsverband Neuenrade**
Jeden 1. Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Café „Karl“, Am Stadtgarten 4, 58809 Neuenrade.
- Ortsverband Oberes Versetal**
27. März, 15 Uhr: Infonachmittag.
- Ortsverband Plettenberg**
12. März, 14.30 Uhr: Kaffee & Info, Ev. Gemeindehaus, Kirchstraße 2, 58840 Plettenberg.
- Ortsverband Rödinghausen**
4. März, 15 Uhr: Vortrag im Haus des Gastes. Anmeldung bei Gisela Möller Tel.: 05226 / 88 79 003 oder 0177 / 54 61 798.
- Ortsverband Schildesche**
16. März, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Gemeindehaus Johannisstraße 13. **Anmeldung erbeten**.
- Ortsverband Südhemmern**
7. März 16 Uhr: Jahreshauptversammlung, Kneipe „Im Loh“, Diepenauer Straße 53, 32339 Espelkamp.
- Ortsverband Wellensiek**
19. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, AWO Mehrgenerationenhaus, Heisenbergweg 2, 33613 Bielefeld.
Anmeldung bei Helga Sack unter Tel.: 05206 / 92 39 876, E-Mail: helgasack@yahoo.de
20. März, 15 Uhr: Vortrag „Mobilität verbindet“ von Herrn Landgraf von der moBiel GmbH. **Anmeldung erforderlich**.
- Ortsverband Waldbröl / Siegkreis-Oderberg**
11. März, 15 Uhr: Kaffeetrinken.
21. März, 11 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen.
Ort: Räume der AWO, Schladerner Straße 10–12, 51545 Waldbröl.

Impressum

- SoVD Nordrhein-Westfalen e. V.**, Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner
Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.
Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.
Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Rund 150 Gäste beim Neujahrsempfang des SoVD-Landesverbandes

Digitalisierung als Möglichkeit

Beim Neujahrsempfang des SoVD Schleswig-Holstein stand in diesem Jahr die Digitalisierung als zentrales Zukunftsthema im Fokus. Rund 150 Gäste aus Politik, Verwaltung sowie aus befreundeten Verbänden und Organisationen folgten der Einladung und nutzten den Abend zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung.

Deutlich wurde dabei: Digitale Entwicklungen betreffen längst alle Lebensbereiche – und werfen gerade im Sozialstaat grundlegende Fragen nach Teilhabe und Gerechtigkeit auf.

In seinem Vortrag sprach der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm die zunehmende Unsicherheit über die künftige Ausgestaltung des Sozialstaates an. Angesichts von demografischem Wandel, Fachkräftemangel und fortschreitender Digitalisierung brauche es verlässliche soziale Sicherungssysteme, die niemanden zurücklassen. Bornhalm betonte, dass der SoVD auch künftig eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit sein werde und sich dafür einsetze, dass technische Neuerungen nicht zu neuen sozialen Hürden führen.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt setzte anschließend Alexander Boers, der das SoVD-Projekt „Digitale Gesandte“ vorstellte. Der Wirtschaftsingenieur machte deutlich, dass digitale Teilhabe nicht in erster Linie eine Frage von technischem Know-how, sondern von Haltung und Menschlichkeit sei. „Um Menschen auf Augenhöhe zu unterstützen, müsse man kein IT-Profi sein, sondern vor allem bereit, zuzuhören und zu helfen“, so der Experte. Digitalisierung, so Boers, sei auch eine Frage der Würde: Wer alltägliche Dinge wie das Buchen eines Arzttermins oder den Kauf einer Fahrkarte selbstständig erledigen könne, bewahre ein Stück Selbstbestimmung.

Boers warb dafür, Digitalisierung als „Ermöglichungsprojekt“ zu verstehen. Zudem verwies er darauf, dass auch diejenigen, die heute noch gut mit digitalen Angeboten zurechtkommen, in einigen Jahren vor ähnlichen Herausforderungen stehen könnten wie Menschen, für die digitale Anwendungen schon jetzt zu schnell oder zu kompliziert sind. Der Neujahrsempfang machte damit deutlich, wie wichtig es ist, Digitalisierung sozial zu gestalten – als Schlüssel für Teilhabe und Zusammenhalt im Sozialstaat.



Präsentierte in seinem Impulsreferat die Hintergründe zum Projekt „Digitale Gesandte“: Alexander Boers.



Alfred Bornhalm, der SoVD-Landesvorsitzende, warnte vor dem weiteren Aushöhlen des Sozialstaates.



Die Kieler Improsprotten sorgten für ein unterhaltsames Rahmenprogramm.



Hans-Otto Umlandt, Petra Lenius-Hemstedt (beide Mitglieder des SoVD-Landesvorstandes) und SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier beim Austausch.

SoVD setzt wichtige Leistungen für Mitglieder durch

15 Millionen erstritten

Der SoVD Schleswig-Holstein kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken: In den Beratungsstellen und durch seine juristische Vertretung hat er für seine Mitglieder mehr als 15 Millionen Euro an finanziellen Leistungen durchgesetzt. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig eine starke Gemeinschaft ist, wenn es darum geht, berechnete Ansprüche zu erhalten.

Konkret wurden rund 14,9 Millionen Euro an einmaligen Nachzahlungen sowie über 3 Millionen Euro an laufenden Leistungen für die Mitglieder erstritten. Dahinter stehen tausende Einzelfälle aus den Bereichen Rente, Kranken- und Pflegeversicherung, Schwerbehindertenrecht sowie Grundsicherung. Insgesamt haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als 5.500 Anträge gestellt, rund 5.000 Widersprüche eingelegt und über 1.000 neue Klageverfahren angestoßen.

SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm macht deutlich, warum diese Arbeit so entscheidend ist: „Nur weil wir hier im Norden eine starke Solidargemeinschaft sind, können wir unsere Mitglieder so wirkungsvoll unterstützen und ihre Rechte durchsetzen. Hinter jeder Zahl stehen Menschen, für die diese Leistungen oft existenziell wichtig sind.“

Mit aktuell rund 180.000 Mitgliedern gehört der SoVD Schleswig-Holstein zu den größten Verbänden im Land. Die hohe Summe der erstrittenen Leistungen zeigt deutlich, wie notwendig seine unabhängige sozialrechtliche Beratung und Vertretung weiterhin ist. Auch künftig wird sich der SoVD mit Nachdruck dafür einsetzen, dass soziale Rechte nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern im Alltag unserer Mitglieder ankommen.

Neujahrsempfang im Schloss Bellevue

SoVD-Kreisvorsitzende beim Bundespräsidenten

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Ehefrau Elke Bündenbender hatten rund 60 ehrenamtlich engagierte Bürger*innen aus ganz Deutschland zum Neujahrsempfang in das Schloss Bellevue eingeladen.

Unter den drei Damen aus Schleswig-Holstein war auch die SoVD-Kreisvorsitzende in Nordfriesland, Petra Lenius-Hemstedt aus Aventoft. Sie engagiert sich auf allen Ebenen des Sozialverband Deutschland und hat in ihrer Tätigkeit viele Themen entscheidend vorangebracht. Dazu auch der Einsatz für mehr soziale Sicherheit im Alter oder das Engagement für Menschen mit Beeinträchtigungen.



V. li.: Bundespräsidentengattin Elke Bündenbender, Petra Lenius-Hemstedt mit der Fahne ihres Heimatdorfes und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Eingeloggt!-Woche startet erstmals

Vom 16. bis 22. März 2026 findet in Schleswig-Holstein erstmals die Eingeloggt!-Woche statt. Mit dabei sind auch die Digitalen Gesandten des SoVD, die in dieser Woche ihr kostenloses Hilfsangebot in den Modellregionen Kiel und Dithmarschen vorstellen. In Kooperation mit der Förde Sparkasse und der Sparkasse Westholstein unterstützen sie insbesondere ältere Menschen beim Umgang mit Smartphone, Tablet und PC sowie beim Einstieg ins Online-Banking.

In Dithmarschen laden die Digitalen Gesandten unter anderem zu Digital-Stammtischen ein, in Kiel gibt es Handy-Sprechstunden in mehreren Filialen der Förde Sparkasse. Alle Veranstaltungen bieten die Gelegenheit, die ehrenamtlichen Helfer*innen kennenzulernen und Fragen zur digitalen Welt zu stellen. Das Angebot der Digitalen Gesandten besteht auch nach der Eingeloggt!-Woche weiter.

Ab dem 1. April kann die Unterstützung der Digitalen Gesandten in Kiel und Dithmarschen angefordert werden unter Tel.: 0431/65 95 94 29 (Montag und Dienstag 9 bis 11 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 15 bis 17 Uhr). Die Angebote der Digitalen Gesandten während der Eingeloggt!-Woche finden Sie im Programmflyer und online unter: sh.eingeloggt.net/programm.



V. li.: Ausbildungsleiter Alexanders Boers überreichte Maren Fischer, Jochen Garbers, Andrea Biere, Berit Peters, Jürgen Fleig, Ulrike Lahrsen, Reimer Reese und Petra Linke ihre Abschlusszeugnisse als Digitale Gesandte.



Auszeichnungen

- Für 5-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:
- Sönke Gatermann**
Ortsverband Nahe.
- Für 20-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:
- Wolfgang Broszio**
Ortsverband Hoisdorf.
- Für 30-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:
- Ingrid Wrage**
Ortsverband Nahe.
- Der Vorstand gratuliert herzlich.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Zarpfen

Ortsverband Zarpfen

Beim Ortsverband Zarpfen wurde ein neuer Vorstand für die kommenden zwei Jahre gewählt. Alle Positionen konnten problemlos besetzt werden; unterstützt wird das Gremium von vier Revisoren und drei Delegierten. Die alte und neue Vorsitzende Manuela Fick dankte dem bisherigen Vorstand für sein ehrenamtliches Engagement, während der Ortsverband mit inzwischen 323 Mitgliedern weiterhin auf eine lebendige Gemeinschaft blickt.



Ortsverband Glückstadt

Beim traditionellen Grünkohl-essen wurden auch in diesem Jahr wieder langjährige Mitglieder geehrt. Für zehn Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet wurden Irntrud Spenrad, Gerlinde Falk, Renate Hoppe, Luise Kranz und Karen Paulsen (krankheitsbedingt abwesend) sowie für 30 Jahre Detlef Riesch und Tobias Mayer.

Ortsverband Reinbek

bei leckerem Grünkohl und netten Gesprächen einen schönen Nachmittag verbringen.

Ortsverband Lütjenburg

Das diesjährige Neujahrssen des Ortsverbandes Lütjenburg war erneut ein voller Erfolg. Beim gemeinsamen Grünkohl- und Steckrübenessen kamen alle Teilnehmenden kulinarisch auf ihre Kosten.

Ortsverband Nahe

(s. Foto, v. li.: Jutta Bartsch, Vertreterin des Kreisvorstandes Bad Segeberg, Ortsvorsitzende Veronika Kraushaar, Schatzmeisterin Marion Petersen und Ingrid Wrage.)

Ortsverband Reinbek

Auf dem Weihnachtstreffen im Ortsverband Reinbek ehrte die Vorsitzende Elisabeth Musa-Uder für zehn Jahre Mitgliedschaft Friedhelm Kiehl und Björn Warmer (s. Foto, v. li.: Friedhelm Kiehl, Elisabeth Musa-Uder und Björn Warmer). Im Anschluss konnten 49 Teilnehmer*innen

Ortsverband Nahe

Auf der Weihnachtsveranstaltung im Ortsverband Nahe wurde Beisitzerin Ingrid Wrage für 30-jährige ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet. Sie ist für den Ortsverband ein Vorbild für ehrenamtliches Engagement.

Ortsverband Bergenhusen

Im Rahmen seiner Advents- und Weihnachtsveranstaltung ehrte der Ortsverband Bergenhusen langjährige Mitglieder. Für zehn Jahre Mitgliedschaft wurden Josephine Wever, Volker Sievers sowie Heidi und Werner Fehmann ausgezeichnet, für 20 Jahre Erich Schröder. Eine besondere Ehrung erhielt Hans Werner Mußfeldt, der für 25 Jahre ehrenamtliches Engagement von der 2. Vorsitzenden Birga Hansen gewürdigt wurde.



Ortsverband Lütjenburg

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Bergenhusen

de. Seit Juni 2000 führt er den SoVD-Ortsverband in Bergenhusen. (s. Foto, v. li.: Birga Hansen, Erich Schröder, Werner Fehmann, Heidi Fehmann, Christine Niemeyer, Volker Sievers, Josi Wever und Hans Werner Mußfeldt.)

Ortsverband Oldenburg

Beim Ortsverband Oldenburg referierte Jörg Brandt, stellvertretender Vorsitzender des ASB Heiligenhafen, über Vorsorge bei einem Blackout – also einem mehrtägigen Stromausfall. Er gab praktische Tipps, wie man sich mit Notfallrucksack, haltbaren Lebensmitteln, Wasser, Bargeld und wichtigen Dokumenten vorbereiten kann, und stellte dabei auch seine eigene Notfallkiste vor. Die rund zweieinhalbstündige Veranstal-



Ortsverband Oldenburg

tung wurde vom Publikum mit großem Interesse verfolgt.

Ortsverband Löwenstedt

Auf der Weihnachtsveranstaltung des Ortsverbandes Löwenstedt wurde Heinz Oldenburg für 20 Jahre zuverlässige Zustellung der Mitgliederzeitung geehrt. Von 2006 bis 2025 verteilte er die Zeitung bei Wind und Wetter, meist mit dem Fahrrad, und wurde dafür mit großem Dank in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Die Nachfolge übernimmt künftig Marina Wohler, sodass die regelmäßige Verteilung weiterhin gesichert ist.

Ortsverband Kaltenkirchen

Horst Zawada wurde in Kaltenkirchen erneut zum Vorsit-



Ortsverband Ratzeburg

zenden gewählt. (s. Foto, hinten, v. li.: Gabriela Schmidt, Axel Schmidt, Monika Vogel, Michael Heftrich und vorne, v. li.: Hermann Heitmann, Sigrid Vierow, Horst Zawada und Hannelore Hellbach.) In seinem Amt möchte er sich besonders für die Stärkung der Strukturen vor Ort einsetzen und wirbt zugleich um ehrenamtliche Unterstützung für die Geschäftsstelle. Gesucht wird Hilfe bei der Büroorganisation und dem Telefon für rund zwei Stunden pro Woche. Interessierte können sich melden unter: sovd-ov-kaki@vodafone-email.de.

Ortsverband Ratzeburg

Das erste „Kuchenkino“ des Ortsverbandes Ratzeburg im Januar war ein voller Erfolg: 70 Leute füllten den Kinosaal. Vor der Filmvorführung konnten sie im Foyer des Burgtheaters bei Kaffee und Kuchen gemeinsam plauschen. Das Format findet künftig jeden letzten Sonntag im Monat statt; SoVD-Mitglieder zahlen sieben Euro inklusive Kaffee und Kuchen.

Ortsverband Oster-/Wester-Ohrstedt

Mitte Dezember übergab der SoVD Oster-/Wester-Ohrstedt insgesamt 37 Päckchen an die Husumer Tafel. Zahlreiche Spender*innen folgten dem



Ortsverband Löwenstedt



Ortsverband Kaltenkirchen

Aufruf und übertrafen damit sogar das Ergebnis des Vorjahres. Der Ortsverband dankte allen Unterstützenden sowie der Husumer Tafel für ihr kontinuierliches Engagement für Menschen in schwierigen Lebenslagen. (s. Foto, v. li.: Petra Rudolph und Vera Petersen vor dem Ausliefern der Pakete.)

Ortsverband Lunden

Unter dem Titel „Wer kann das noch bezahlen?“ informierte der Ortsverband Lunden über die stark steigenden Kosten in der Pflege. Dr. Thorsten Harbeke vom SoVD-Landesverband und Pflegeberaterin Katja Klinckhamer machten deutlich, dass ein Pflegeheimplatz in Schleswig-Holstein mit durchschnittlich

über 3.200 Euro Eigenanteil im Monat für viele kaum noch finanzierbar ist. Die Veranstaltung zeigte eindrücklich, wie komplex das Pflegesystem ist – und wie wichtig unabhängige Beratung und politische Lösungen für eine zukunftssichere Pflege sind.

Ortsverband Flintbek

Der Ortsverband Flintbek setzt seinen erfolgreichen Kurs fort: Bei der jüngsten Mitgliederversammlung wurde der Vorstand um den Vorsitzenden Michael Hutzfeldt erneut gewählt. Der positive Trend zeigt sich auch in den Mitgliederzahlen – mit 88 Neueintritten zählt der Verband inzwischen 663 Mitglieder. Mit

Fortsetzung auf Seite 14



Ortsverband Oster-/Wester-Ohrstedt



Ortsverband Lunden

Nachruf



In unserem Landesverband verstarben

Karin Bahr,
langjährige Beisitzerin im Ortsverband Preetz,

Monika Ehlers,
langjährige Frauensprecherin im Ortsverband Selent,

Günter Flamm,
langjähriger 1. Kassierer im Ortsverband Flintbek,

Jörg Groth,
langjähriger 2. Ortsvorsitzender im Ortsverband Hohenfelde,

Walter Grametzki,
langjähriger Schriftführer im Ortsverband Kisdorf,

Otto Lüneburg,
langjähriger Revisor im Ortsverband Bargenstedt,

Otfried Mutz,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Kaltenkirchen,

Lieselotte Schocker,
langjährige Frauenbeauftragte im Ortsverband Osterrönfeld,

Karl-Heinz Stürck,
langjähriger Vorsitzender im Ortsverband Kellinghusen

Inge Trojaner,
langjährige Revisorin im Ortsverband Hasseldieksdamm-Mettenhof.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen eventuell lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder einem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

Der Patientenombudsverein bietet Rat und Hilfe für Patient*innen:

- für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04551/80 34 27;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447.

Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.

Das Kindernotlefon – anonym und gebührenfrei erreichbar unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/01 17 722.

Das Pflegenotlefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.

Das Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 13

neuen Veranstaltungsformaten, Ausflügen und einem eigenen Büro im Mühlenhof bringt der Ortsverband frischen Schwung in die Verbandsarbeit. (s. Foto, v. li.: Schatzmeisterin Dorit Hardekopf, Beisitzerin Gunda Hamann, 2. Vorsitzende Karen Johannsen, Beisitzer*in Udo Johannsen, Kurt Meyer sowie Marion Thomsen, 1. Vorsitzender Michael Hutzfeld, Schriftführerin Susanne Stegelmann und Frauensprecherin Ursel Voigt.)



Ortsverband Flintbek



Interview

„Hier kann ich selbst gestalten“

Der SoVD Schleswig-Holstein lebt vom Ehrenamt. In seinen über 300 Ortsverbänden läuft alles ohne hauptamtliche Strukturen – deswegen ist der Verband dankbar für Menschen wie Sylvia Böttcher. Sie ist seit mehreren Jahren die Frauensprecherin im Kreisverband Ostholstein.

Hallo Frau Böttcher, Sie sind jetzt seit vier Jahren auf Kreisebene im SoVD aktiv. Was genau gefällt Ihnen an Ihrem Ehrenamt?

Als ich vor einigen Jahren im Berufsleben kürzer getreten bin und sozusagen die Rente vor Augen hatte, habe ich mich ganz bewusst mit der Frage beschäftigt: Was willst Du dann mit Deiner Zeit machen? Mir war klar, dass ich mich ehrenamtlich einbringen will. Über Bekannte habe ich dann vom SoVD erfahren.



zit die Frauenarbeit auf die Fahne geschrieben hat.

Und wie läuft die Frauenarbeit in den Ortsverbänden?

Wir haben sehr engagierte Damen in den Ortsverbänden, die meisten sind sehr aktiv und wollen etwas auf die Beine stellen. Einige sind noch nicht so lange dabei und benötigen manchmal Unterstützung – da helfen wir uns dann gegenseitig. Zum Equal Pay Day stehen wir zum Beispiel gemeinsam in der Fußgängerzone hier in Neustadt.

Warum haben Sie sich dann für uns entschieden?

Ich war ja zunächst Frauensprecherin im Ortsverband Neustadt. Das Schöne ist, ich kann im SoVD viel selbst gestalten. Das liegt mir sehr, und das mache ich auch gern. Außerdem bin ich ganz gut darin, andere Leute zusammenzubringen, damit man sich vernetzen kann. Das kommt mir bei meiner Arbeit als Kreisfrauensprecherin natürlich sehr entgegen.

Und Sie waren dann zunächst im Ortsverband aktiv?

Ja, genau – seit 2018. Hier habe ich unter anderem einen monatlichen Frauentreff ins Leben gerufen. Der läuft immer noch, auch mit meiner Nachfolgerin.

Und nun sind Sie als Frauensprecherin für den Kreis Ostholstein zuständig?

Ja, am Anfang wurde auf der Kreistagung eine Stellvertreterin für die damalige Frauensprecherin gesucht. Das konnte ich mir gut vorstellen, weil man da erst einmal mitlaufen und gucken kann. Als die erste Frauenspre-

Sylvia Böttcher engagiert sich im Kreisverband Ostholstein.

cherin dann jedoch aus gesundheitlichen Gründen aufgehört hat, habe ich das Amt übernommen.

Wie kann man sich Ihre Arbeit als Kreisfrauensprecherin vorstellen?

Es geht vor allem ums Vernetzen. Ich bringe die Frauensprecherinnen aus den Ortsverbänden zusammen, damit wir uns austauschen können. Wenn etwas gut in einem Ort geklappt hat, dann kann das ja auch woanders funktionieren.

Leider müssen wir uns jedoch manchmal auch gegenseitig aufbauen – denn die Frauenarbeit wird von einigen im SoVD immer noch etwas belächelt.

Im Ernst? Und wie äußert sich das?

Wir haben zwar ein Budget für die Frauenarbeit. Teilweise ist es aber nicht immer und überall ganz einfach, Veranstaltungen über diese Gelder auszurichten. Das finde ich sehr schade, zumal sich der Verband doch ganz expli-

Welche Rückmeldungen bekommen Sie zum SoVD, wenn Sie „nach draußen“ gehen?

Das ist alles sehr positiv. Die Leute erkennen mich mittlerweile als Vertreterin des Verbands. Ich versuche auch, jede Gelegenheit zu nutzen, den SoVD in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Zum Beispiel mit Vorträgen zu unserer politischen Arbeit. Man wundert sich, wie viele Leute noch nichts vom Sozialverband gehört haben – auch bei den älteren Semestern.

Gibt es denn ein Ereignis aus Ihrem Ehrenamt, das Sie besonders berührt hat?

Ja, auf jeden Fall. Das war unser Grillfest hier bei uns im Garten mit Frauen und Kindern aus der Ukraine. Es gab schon vorher eine Gruppe, in der wir uns ausgetauscht haben, um den Frauen den Einstieg hier in Deutschland zu erleichtern. Irgendwann entstand die Idee für das Grillfest. Bis in den späten Abend haben wir gemeinsam zu ukrainischer Musik getanzt. Das war ein ganz besonderes Erlebnis.